

Bernd Rill (Hrsg.)

TÜRKISCHE AUßENPOLITIK

AMZ

80

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Bernd Rill (Hrsg.)

TÜRKISCHE AUßENPOLITIK

Impressum

ISBN	978-3-88795-409-3
Herausgeber	Copyright 2012, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 05 EINFÜHRUNG**
Bernd Rill
- 07 DAVUTOĞLU'S PLAN: DAS KONZEPT DER STRATEGISCHEN TIEFE**
Gülistan Gürbey
- 13 DIE HALTUNG DER EU ZUM BEITRITT DER TÜRKEI**
Markus Ferber
- 21 RELIGIÖSE KONNOTATIONEN DER NEUEN TÜRKISCHEN AUßENPOLITIK**
Gottfried Hutter
- 31 HERAUSFORDERUNG FÜR DIE STRATEGISCHE AUßENPOLITIK:
DIE AKP-REGIERUNG UND DIE ARABELLION**
Ludwig Schulz
- 41 AUßENPOLITISCHE IMPLIKATIONEN DES
TÜRKISCH-KURDISCHEN VERHÄLTNISSES**
Gülistan Gürbey
- 47 „NULL PROBLEME“ – FEHLANZEIGE:
DIE AKTUELLE ZYPERNPOLITIK DER TÜRKEI**
Heinz-Jürgen Axt
- 57 DIE TÜRKEI UND DIE GOLFSTAATEN –
EINE ZWECKBEZIEHUNG UNGLEICHER PARTNER**
Thomas Volk
- 65 EINE GENUG INNOVATIVE AUßENPOLITIK?
DIE TÜRKEI UND ARMENIEN**
Hans-Lukas Kieser
- 73 TÜRKISCHE AUßENPOLITIK IN ZENTRALASIEN**
Max Georg Meier

EINFÜHRUNG

BERND RILL || Das Territorium der Türkischen Republik nimmt eine geostrategische Position ein, deren Vielseitigkeit wohl einzigartig auf dem Globus ist. Zwischen Südosteuropa, der arabischen Welt, dem iranischen Plateau, dem Kaukasus und, über das Schwarze Meer hinweg, den Steppen der Ukraine und der unteren Wolga gelegen, mit einer langen Küste, die zur Levante hin offen ist, liegt die Türkei an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien, strahlt sogar bis auf Ägypten in Nordafrika aus.

Die erobernden Osmanen haben diese zentrale Stellung zur Schaffung ihres Riesenreiches zu nutzen verstanden. Die Türkische Republik, die auf den Trümmern der osmanischen Macht errichtet wurde, sagte jeglichem Expansionismus ab (Sonderfälle: Mossul und Hatay). Sie trat 1952 dem westlichen Militärbündnis der NATO bei. Insgesamt versuchte die türkische Elite, dem Imperativ der Verwestlichung zu entsprechen, den der politisch auch noch nach seinem Tode als höchste Autorität im Lande geltende Kemal Atatürk, der Gründer der Republik, ihr verordnet hatte.

Im Westen machte das Argument die Runde: Die Türkei habe keine ernsthafte Alternative zu ihrer auch strategisch bedingten West-Orientierung, da die Staaten des Orients als Bündnispartner gegen den türkischen „Erbfeind“ im Norden, das Zarenreich und dann die Sowjetunion, ungleich schwächer seien als die USA und das westliche Europa. Dasselbe gelte, wenn man das wirtschaftliche Potenzial vergleiche. Hatte Atatürk als Prinzip seiner Außenpolitik festgehalten, keine unlösbaren Konflikte mit dem Britischen Empire zu riskieren, so waren nach dem Zweiten Weltkrieg an die Stelle der Briten eben die USA und die anderen in der NATO vereinigten westlichen Staaten getreten. Der Anti-Kommunismus Atatürks (gestorben 1938) blieb auch bei seinen Nachfolgern eine Konstante.

Aber der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Paktes befreiten die Türkei von ihrem „Erbfeind“ im Norden

und an der bulgarischen Grenze und verschafften ihr damit eine außenpolitische Handlungsfreiheit, die sie im „Kalten Krieg“ nicht gehabt hatte. Es fand eine Umwälzung im Denken Ankaras statt, die mit dem Professor und späteren Außenminister Davutoğlu verbunden wird. Für die Einzelheiten der bei Davutoğlu grundgelegten Vorstellungen darf diese Einleitung, um nicht zum folgenden Inhalt der Publikation redundant zu werden, auf die einschlägigen Beiträge besonders von Gülistan Gürbey und Gottfried Hutter verweisen. Hand in Hand mit der neuen Hochschätzung islamischer Traditionen durch die regierende Partei (AKP) ging eine neuartige Hinwendung zur islamischen Welt, verbunden mit Interesse an den vier unabhängig gewordenen zentralasiatischen Republiken mit türkstämmiger Mehrheitsbevölkerung. Aber auch auf dem Balkan versuchte die Türkei sich stärker zur Geltung zu bringen, wobei ihr der Zerfall Jugoslawiens genügend Anhaltspunkte gab. Und als 2011 der „Arabische Frühling“ ausbrach, bot sie den revolutionären Kräften in der arabischen Welt eines ihrer schon länger bewährten Public-Relations-Argumente an, nämlich dass die Türkische Republik mit ihrer gelungenen Verbindung von Islam und Demokratie ein Vorbild sei, und dass die neuen Kräfte daher bei ihr quasi in die Schule gehen könnten.

Die in diesem Zusammenhang von westlichen Autoren gerne bemühte Vokabel vom „Neo-Osmanismus“ kommt in der Türkei nicht gut an. Denn

die „Osmanen“ leben im westlichen Traditionsbewusstsein, sogar bei den historisch weniger gebildeten Zeitgenossen, als unerbittliche, fast beständig kriegerische Feinde Europas fort, und das nicht ohne Grund. Sie hatten damals den „Heiligen Krieg“ als Vorwand zu grenzenloser Eroberung benützt, die Religion geradezu ihrem Imperialismus untergeordnet. Die aktuelle türkische Außenpolitik hingegen weitet zwar den Horizont ihres Interesses ebenso weit aus, wie er zur kräftigsten Zeit der Osmanen gewesen war, aber sie verfolgt damit im Gegenteil ausschließlich friedliche, mit gedeihlicher Entwicklung in einer Epoche der Globalisierung gut vereinbare Ziele. Keine Probleme mit den Nachbarn, heißt die Devise – und der Nachbarn sind sehr viele.

Es hat sich schon lange gezeigt, dass diese freundliche Devise der Wirklichkeit nicht entspricht, und im Falle des internen Chaos in Syrien, wo die Türkei, egal wie sie sich verhält, auf massive zukünftige Probleme gefasst sein muss, zeigt sich das am deutlichsten. Die privilegierte geographische Position erweist sich auch als Belastung. Die Akteure des „Arabischen Frühlings“ haben ihre eigenen Vorstellungen und daher im Allgemeinen kein Bedürfnis, in die türkische Schule islamischer Demokratie einzutreten (vielleicht mit der Ausnahme von Tunesien – aber da bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten).

Dennoch ist das Urteil, die neue außenpolitische Orientierung der AKP-Regierung und Davutoğlu habe in Misserfolg geendet, nicht gerechtfertigt. Man muss nur die Devise „Keine Probleme mit den Nachbarn“ etwas weniger als wörtlich nehmen, dann bleibt als Ergebnis: Die Türkei kann sich mittlerweile auch außenpolitische Orientierungen vorstellen, die ihren Schwerpunkt nicht in Europa bzw. insgesamt im Westen haben. Vom Austritt aus der NATO ist nicht ernsthaft die Rede, da die amerikanische Partnerschaft für die Türkei nach wie vor unersetzbar ist. Ebenso werden die Beitrittsverhandlungen mit der EU fortgeführt. Aber man kann in Europa denn doch den Eindruck gewinnen, dass die AKP-Regierung, anders als ihre kemalistisch-säkularistischen Vorgänger, den Beitritt zur EU nicht mehr als logische Krönung der seit Atatürk forciert betriebenen Verwestlichung betrachtet. Der Kemalismus ist (oder war) eine Ideologie, der die AKP-Regierung frei gegenüber steht. Dass die

Konsequenzen, die sich daraus für die EU-Beitrittsverhandlungen ergeben, amtlich nicht zugegeben würden, lässt dem nicht gebundenen Beobachter dennoch die Freiheit seines Eindrucks.

Man kann vielleicht von einer Art angestrebter Gleichgewichtigkeit zwischen West, Ost, Nord und Süd sprechen. Die Situation ist jedenfalls in einem gewissen Schwebezustand, den allzu präzise umschreiben zu wollen nicht viel weiter führt. Die türkische Diplomatie folgt heute auch insofern den Spuren ihrer osmanischen Vorfahren, als sie, zur Wahrung ihrer Bewegungsfreiheit und zur eventuellen Steigerung ihrer Einflussmöglichkeiten, ihre geographisch zentrale Stellung rundum optimal auszunützen versucht.

Natürlich mag an dieser Stelle eingewendet werden: Wenn die Devise „Keine Probleme mit den Nachbarn“ etwas Utopisches an sich hat, so verhält es sich mit dem Gedanken eines rundum bestehenden Schwebezustandes ebenso. Der Rang von Außenpolitik erweist sich nicht nur darin, dass sie Entscheidungen auszuweichen versteht, sondern auch darin, dass Entscheidungen gefällt werden und eindeutige Parteinahmen stattfinden. Schließen wir diese einleitenden Worte also mit der Binsenweisheit, dass die Möglichkeiten von Außenpolitik, die Vielfalt ihrer Optionen auch bei feststehenden, als Orientierungsachse dienenden Grundsätzen, sich allein vom Schreibtisch des Analytikers aus nicht vorausbestimmen lassen.

|| BERND RILL

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

DAVUTOĞLU'S PLAN: DAS KONZEPT DER STRATEGISCHEN TIEFE

GÜLISTAN GÜRBEY || Gegenwärtig sind zwei Faktoren nicht zu übersehen: der regionalpolitische Aktivismus und die Ambition der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), eine führende Regionalmacht, ja sogar eine globale Macht zu werden. Beides sind integrale Bestandteile der von Außenminister Ahmet Davutoğlu entworfenen außenpolitischen Strategie der „Strategischen Tiefe“. Im vorliegenden Beitrag wird die Frage, ob und inwieweit es sich um ein grundlegend neues außenpolitisches Konzept handelt, einer kritischen Betrachtung unterzogen.

„STRATEGISCHE TIEFE“: INHALTE, ZIELE UND MITTEL

Davutoğlu's „Strategische Tiefe“¹ ist ein geostrategisches Konzept, welches die Grundlagen für eine aktive, multipolare und multidimensionale Ausrichtung der türkischen Außenpolitik identifiziert. „Strategische Tiefe“ der Türkei wird im geographischen, historischen und kulturellen Sinne zerlegt. Zwei Komponenten sind von besonderer Bedeutung: Es wird eine enge Verbindung hergestellt zum einen zwischen Geographie, Geschichte, Identität und Realpolitik, zum anderen zwischen innenpolitischer Transformation und Außenpolitik.²

Zur Konnotation zwischen Geographie, Geschichte, Identität und Realpolitik

„Strategische Tiefe“ basiert auf einer neuen geographischen Auffassung, die mit der historisch-osmanischen Vergangenheit in einem engen Zusammenhang steht. Die Elemente – osmanische Vergangenheit und muslimische Identität – werden zur Ausweitung der Geopolitik und zur Reflexion der geographischen Reichweite des außenpolitischen Handelns herangezogen. Nach dieser Auffassung sollte die Türkei zu ihrer „historischen und geographischen Identität“ zurückfinden, ihre historischen und kulturellen Wurzeln in den Nachbarregionen anerkennen und ein ausgewogenes Verhältnis zu allen globalen und

regionalen Akteuren anstreben. Daraus wird eine neue geostrategische Verortung und ein neues Identitätsverständnis gefolgert. Geographisch wird die Türkei als zentrales Land im Afro-Eurasiatischen Raum gesehen. Diese einzigartige Stellung der Türkei erlaube eine multiple regionale Identität als europäisches, nahöstliches, asiatisches Land und ermögliche, in verschiedenen Regionen gleichzeitig aktiv zu sein. Ihre Identität könne daher nicht auf eine einzige reduziert werden kann. Davutoğlu betont, dass das Engagement der Türkei von Chile nach Indonesien, von Afrika nach Zentralasien und von der EU bis hin zur Organisation Islamischer Staaten (OIC) Bestandteil eines holistischen Ansatzes (holistic approach) in der Außenpolitik sei. In diesem geographisch expandierenden Raum von Afrika bis nach Asien solle die Türkei zu einem wichtigen Akteur werden.

Mit diesem außenpolitischen Verständnis werden (neo)osmanische³ und religiös-kulturelle Elemente zusammengeführt, ohne dabei die traditionelle Westbindung der Türkei explizit in Frage zu stellen. Die Betonung der osmanischen Vergangenheit und der muslimischen Identität dient dazu, die kemalistisch-ideologischen Grundlagen der bisherigen Außenpolitik und deren Überbetonung der westlichen Identität der Türkei auszugleichen. Eine multipolare und multidimensionale Ausrichtung der Außenpolitik solle allerdings

nicht zuungunsten der bündnispolitischen und strategischen Beziehungen mit dem Westen vorangetrieben werden, sondern komplementär zu diesen sein.

Zur Verknüpfung von innenpolitischer Transformation und Außenpolitik

Davutoğlu außenpolitische Strategie hat die innenpolitische Transformation der Türkei zum Hintergrund, im Spezifischen die Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität. Für Davutoğlu sind die Demokratisierung und das wirtschaftliche Wachstum die soft power der türkischen Außenpolitik. Die Innenpolitik wird zu einer *conditio sine qua non* für erfolgreiches außenpolitisches Handeln: je mehr innenpolitische Stabilität, desto größer die Chance, mit einer selbstbewussten außenpolitischen Linie bilateral oder multilateral in Interaktion zu treten. Nach Davutoğlu setzt dies aber ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Demokratie und Sicherheit voraus, um die Außenpolitik komplett von der Bindewirkung der innenpolitischen Bedrohungsperceptionen zu emanzipieren, die zentrale Bestandteile der Kultur der nationalen Sicherheit sind und perpetuiert werden. Mehr Demokratie wird mehr Sicherheit erzeugen und den innenpolitischen Bereich zunehmend von der fortdauernden Dominanz der Sicherheit befreien. Dieser Umstand wird die Außenpolitik insgesamt positiv beeinflussen und die außenpolitische Manövrierfähigkeit in erheblichem Maße stärken.⁴

Prinzipien, Ziele und Mittel

Davutoğlu Konzept beruht auf vier Prinzipien. Das sind: wirtschaftliche Kooperation, gemeinsames Sicherheitsverständnis, strategischer Dialog auf höchster Ebene und die Koexistenz eines multikulturellen und multireligiösen Lebens.

Von besonderer Bedeutung sind folgende Prinzipien:

- ein umfassender Außenpolitik-Ansatz (foreign policy approach), der auf der Grundlage der multiplen regionalen Identitäten der Türkei die vielfältigen außenpolitischen Fragen berücksichtigt, die jeweiligen Regionen nicht vernachlässigt und sich nicht ausschließlich auf eine einzige Priorität festlegt. Im Gegenteil: Außenpolitik sollte als ein Prozess aus einer längeren Perspektive betrachtet wer-

den, der geleitet ist von Aktivismus in allen Regionen und Fragen auf der Grundlage einer Hierarchie von Prioritäten statt einer einzigen Priorität. Das ist eine unabdingbare Notwendigkeit, um auf Entwicklungen aktiv reagieren zu können;

- eine aktive und multidimensionale außenpolitische Linie, die unterstützt wird durch eine rhythmische Diplomatie / aktive Diplomatie: Oberstes Prinzip dieser neuen Herangehensweise ist die sogenannte „Null-Problem-Politik“ (Zero problem policy) und „Maximum Integration“ mit allen Nachbarstaaten – so wie sie Davutoğlu selbst nennt. Dies setzt ein aktives und multidimensionales Verhalten voraus, vor allem durch diplomatische Aktivitäten in bilateralen und multilateralen Beziehungen und Foren. Das Ziel ist es, durch die Kooperation mit den Staaten ein politisches Klima zu schaffen, das dazu beiträgt, Probleme zu lösen und nicht neue zu schaffen;
- eine ständige Präsenz, insbesondere in Krisenzeiten, mit einer türkischen Perspektive;
- eine Politik der all-inclusiven Äquidistanz zu allen relevanten Akteuren. Hierzu ist eine moderate und vorsichtige Diplomatie der Türkei vonnöten, die eine Äquidistanz zu allen Akteuren pflegt und Parteinahme in regionalen Allianzen oder Gruppen vermeidet;
- eine totale Performanz in der Außenpolitik, die die Unterstützung der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Medien für die Außenpolitik mobilisiert.

„STRATEGISCHE TIEFE“:

(K)EINE NEUE AUßENPOLITISCHE STRATEGIE?

Die außenpolitische „Strategische Tiefe“ ist nicht grundlegend neu, und zwar in zweierlei Hinsicht:

Erstens: Mit der Politik der „Strategischen Tiefe“ hat kein substanzieller Wandel in der Außenpolitik der Türkei im Sinne einer Abkehr von ihrer traditionellen Westbindung stattgefunden. Wohl aber kam es zu Akzentverschiebungen außenpolitischer Prioritäten, hier vor allem zur Akzentuierung der türkischen Außenpolitik im regionalen Umfeld. Vorrangige außenpolitische Aufgabe ist nunmehr die Festigung der türkischen Position als regionale Führungsmacht und die Etablierung als regionaler Machtfaktor. Dies

ist jedoch als Ergänzung, als komplementär zu den Beziehungen zum Westen zu sehen. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass der EU-Beitrittsprozess, der in den vergangenen Jahren eine prioritäre Aufgabe der innen- und außenpolitischen Agenda darstellte, inzwischen in der Hierarchie der Außenpolitik-Prioritäten insgesamt nach hinten gerückt ist. Das bedeutet, dass die EU-Integration nicht mehr die vorrangige Stellung einnimmt, aber dennoch als ein Ziel unter vielen aufrechterhalten bleibt.

Zweitens: Die außenpolitische Strategie Davutoğlus steht in der historischen Kontinuität des außenpolitischen türkischen Aktivismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und stellt daher kein Novum dar. Davutoğlus Strategie knüpft an die graduelle Entwicklung einer aktiven und multidimensionalen Außenpolitik während der Ära von Turgut Özal⁵ an, entwickelt sie aber weiter. Wie die Özal'sche Außenpolitik verfolgt auch das Konzept der „Strategischen Tiefe“ das Ziel, die Türkei zu einem wichtigen strategischen und unverzichtbaren Akteur in der regionalen und internationalen Politik zu machen sowie als Wirtschafts- und Energiezentrum zu etablieren. Als soft power (Zivilmacht) soll die Türkei mit politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Mitteln Einfluss in früheren osmanischen Gebieten ausüben, die für die Türkei von strategischem und nationalem Interesse sind und für die die Türkei selbst das Zentrum ist.

Der außenpolitische Aktivismus der Türkei ist eine Folge von externen und internen Bestimmungsfaktoren. Der wesentliche externe Bestimmungsfaktor ist das Ende des Ost-West-Konflikts, das einen Prozess der Anpassung der außenpolitischen Strategie in Richtung Aktivismus auslöste. Zum einen führte das Ende der bipolaren Weltordnung zu einer wachsenden Regionalisierung der Weltpolitik, in der eine Reihe von regionalen und supra-regionalen Mächten entsteht. Zum anderen löste es einen Anpassungsdruck auf die traditionelle, eher reaktive und passive Außenpolitik aus, da das regionale und internationale Umfeld sich veränderte: Die Auflösung der Sowjetunion bewirkte die Entstehung neuer Staaten und neuer Konstellationen in den unmittelbaren Nachbarregionen Nahost, Kaukasus, Balkan und damit eine geostrategische Erweiterung des außenpolitischen Handlungsspielraumes der Türkei.⁶

Bereits unter Turgut Özal reagierte die Türkei auf diesen externen Anpassungsdruck, indem sie die traditionelle Außenpolitik zugunsten einer aktiven und multidimensionalen außenpolitischen Linie veränderte. Sie war vom Primat der Wirtschaft und wirtschaftlichen Kooperation geleitet und verfolgte das Ziel, durch zahlreiche Initiativen eine neue regionale Vormachtstellung in den Nachbarregionen (Balkan, Kaukasus, Zentralasien, Naher Osten) und einen geostrategisch bedeutenden Platz in der internationalen Politik einzunehmen.⁷ Özal sprach in diesem Zusammenhang von einem neuen erweiterten Einflussbereich der Türkei von „der Adria bis China“ und berief sich dabei auf die osmanische Vergangenheit und muslimisch-kulturelle Gemeinsamkeiten zwischen der Türkei und den neuen Staaten. Mit dem Satz „Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Türken werden“ brachte Özal seine Vision von einer Regionalmacht Türkei zur Sprache.

Der außenpolitische Aktivismus nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der eine führende Rolle der Türkei in der regionalen und globalen Politik anstrebte, blieb seither als alternative Ausrichtung der Außenpolitik erhalten und wurde von den Regierungen nach Özal mit Unterbrechungen in unterschiedlicher Intensität verfolgt. Die AKP knüpft daran an und setzt diesen unter günstigeren Bedingungen nunmehr verstärkt um.⁸

Nicht nur der Wandel im internationalen und regionalen Umfeld, sondern auch innenpolitische Faktoren bewirkten den Aktivismus in der Außenpolitik. An erster Stelle ist der umfassende gesellschaftspolitische Transformationsprozess zu nennen, der durch die Liberalisierung der Wirtschaft in den 80er-Jahren und verstärkt in der Ära Özals einsetzte und durch die Globalisierung und die „Europäisierung“, d. h. durch den innenpolitischen Reformprozess nach Helsinki 1999 (Anerkennung der Türkei als EU-Beitrittskandidatin), verstärkt wurde. Der innere Umwälzungsprozess und die zunehmende Demokratisierung führten vor allem zu folgenden Ergebnissen, die für den außenpolitischen Prozess relevant sind: Es kam zur Erstarkung der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft sowie zu einer Pluralisierung der außen- und sicherheitspolitischen Diskurse.⁹ Eine neue anatolische Mittelschicht¹⁰ entsteht (in Städten wie Kayseri, Denizli, Maraş, Gaziantep, Malatya) im Zuge der Liberalisierung

der Wirtschaft, die, verglichen mit traditionell wirtschaftlichen und politischen Eliten in Istanbul und Ankara, religiös und konservativ ist. Diese schafft im Laufe der Zeit eigene finanzielle und politische Netzwerke und fordert das große industrielle Konglomerat in Istanbul und die säkularen Kemalisten heraus. Diese neue Mittelschicht wird zum Rückgrat der AKP. Die innenpolitische Auseinandersetzung¹¹ zwischen diesen gestärkten religiös-konservativen und säkular-national-kemalistischen Kräften, welche das Land entlang politisch-ideologischer Linien teilt, schlägt sich auch in der Außenpolitik nieder. Neo-osmanische Tendenzen,¹² die bereits in der Ära von Turgut Özal einen Einfluss auf die Außenpolitik hatten, treten stärker hervor und verfolgen das Ziel, den außen- und sicherheitspolitischen Einflussbereich der Türkei im Kaukasus, in Zentralasien und im Nahen Osten auszuweiten und die Türkei zu einer hegemonialen Führungsmacht zu machen. Auch die AKP-Regierung greift diese Tendenzen auf.

FAZIT

Der Wandel des regionalen und internationalen Umfeldes und der innenpolitische Transformationsprozess bewirkten eine Anpassung der traditionellen Außenpolitik in Richtung eines außenpolitischen Aktivismus mit weitreichenden Zielen. Eine erfolgreiche Umsetzung der außenpolitischen Strategie Davutoğlu, die – wie die Özal'sche Außenpolitik auch – dem liberalen Strang der Realpolitik zuzuordnen ist, wird vor allem von zwei Bestimmungsfaktoren abhängen:

Erstens: Sie wird abhängen von den Bemühungen, die innenpolitische Transformation erfolgreich fortzuführen und Stabilität zu erzeugen und zu sichern. Dies ist eine *conditio sine qua non* zur erfolgreichen Durchsetzung außenpolitischer Ziele. Denn je stabiler die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Türkei sind, d. h. die demokratische Entwicklung voranschreitet, die Wirtschaft wächst, die Zivilgesellschaft wächst, umso mehr wird die Türkei als *soft power* in außenpolitischen Fragen wirken. In diesem Kontext nimmt eine politische Verregelung des internen Kurdenkonfliktes unter Einschluss der PKK-Frage eine zentrale Stellung ein, da dies eine wesentliche Voraussetzung für die innenpolitische Stabilität ist. Doch die Herausforderung steht nach wie vor an.

Sie wird zweitens abhängen von der Fähigkeit, sich dem externen Anpassungsdruck, der von den regionalen Entwicklungen aus das Regierungshandeln und den Handlungsspielraum entscheidend beeinflusst, anzupassen. Dies zeigt sich sehr deutlich an den Auswirkungen und dem Anpassungsdruck der Arabischen Revolte auf die gesamte nahöstliche Regionalordnung und die Außenpolitik einzelner Staaten. So musste die Türkei ihre Null-Problem-Politik in Bezug auf Libyen und Syrien aufgrund der Revolten in Syrien und in Libyen und der blutigen Bekämpfung durch die autoritären Regime von heute auf morgen über Bord werfen und ihre Position wechseln. Bislang gelang es der Türkei relativ erfolgreich, mit einem Mix von Pragmatismus und aktivem Engagement auf den externen Anpassungsdruck zu reagieren, zumal die Situation in den betroffenen Staaten wie z. B. Ägypten noch nicht stabil ist.

|| PD DR. HABIL. GÜLISTAN GÜRBEY

Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für
Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Davutoğlu, Ahmet: Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu. Istanbul, Ocak 2007; Philosophical depth: A scholarly talk with the Turkish foreign minister, in: Turkish Review, 1.10.2010, <http://www.turkishreview.org>
- 2 Ausführlicher dazu siehe Gürbey, Gülistan: „Strategische Tiefe“ als neues außenpolitisches Konzept der Türkei?, in: Internetportal „EurActiv.de“ (Das Portal für europäische Nachrichten, Hintergründe und Politikpositionen). Aktuell-Debatte: Die neue Türkei, 8.11.2011; Gürbey, Gülistan: Türkische Außenpolitik unter der AKP-Regierung, in: Südosteuropa-Mitteilungen 2/2010 (April 2010), S. 16-27.
- 3 Vgl. dazu Taşpınar, Ömer: Turkey's Middle East Policy. Between Neo-Ottomanism and Kemalism, Carnegie Papers 10/2008, Carnegie Middle East Center, Washington D. C. 2008.
- 4 Vgl. zu einer positiven Betrachtung der „Strategischen Tiefe“ Aras, Bülent: Davutoğlu Era in Turkish Foreign Policy, SETA Policy Brief, Ankara 2009.
- 5 Vgl. zur Ära von Turgut Özal Gürbey, Gülistan: Außenpolitik in defekten Demokratien. Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983-1993, Studienreihe der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt / New York 2005.
- 6 Vgl. Fuller, Graham / Lesser, Ian O.: Turkey's New Geopolitics. From the Balkans to Western China, RAND Study, San Francisco / Oxford 1993.
- 7 Das Ergebnis ist die Identität als „trade state“ im Sinne von Richard Rosecrance. Siehe hierzu Rosecrance, Richard: The Rise of the Trading States: Commerce and Conquest in the Modern World, New York 1986.
- 8 Vgl. Fuller, Graham: The New Turkish Republic: Turkey as a Pivotal State in the Muslim World, USIP, Washington D. C. 2008.
- 9 Vgl. hierzu Barkey, Henri / Abramowitz, Morton: Turkey's Transformers, in: Foreign Affairs, Washington D.C., <http://www.foreignaffairs.com>.
- 10 Die neue Mittelschicht wird auch als „Anatolischer Tiger“ bezeichnet.
- 11 Vgl. hierzu Kramer, Heinz: Türkische Turbulenzen: Der andauernde Kulturkampf um die „richtige“ Republik, SWP-Studie, Berlin 2009.
- 12 Vgl. hierzu Taşpınar: Turkey's Middle East Policy.

DIE HALTUNG DER EU ZUM BEITRITT DER TÜRKEI

MARKUS FERBER || Es gibt kaum eine Frage in der Europäischen Union (EU), die die Menschen so bewegt, wie die Debatte um einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU. Merkwürdig stößt die EU derzeit an ihre Grenzen: an ihre politischen, geographischen und nicht zuletzt auch in finanzieller Hinsicht.

EINLEITUNG

Als 1963 das Assoziierungsabkommen zwischen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Türkei abgeschlossen wurde, erhob kein Mitglied der EWG Einwände, unter Bezug auf die Römischen Verträge von 1957, in denen ausdrücklich bestimmt worden war, dass nur europäische Länder Mitglied werden können. Walter Hallstein (CDU) deklarierte die Türkei damals als Teil Europas. Heute im Jahre 2012 teilen diese Einschätzung viele Menschen in der EU und in Deutschland nicht.

Nicht nur hinsichtlich der geographischen, kulturellen, historischen und politischen Andersartigkeit ist die Türkei von Europa weit entfernt. Auch jüngste Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten, die Haltung in der Zypern-Frage, der Konflikt mit Israel und das Vorgehen gegen Minderheiten zeugen nicht von einem Annäherungswillen an die EU.

Die Türkei ist für Deutschland und Europa ein geschätzter Partner, mit dem die EU im Rahmen der NATO, bei der Stabilisierung von Krisenregionen und beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus eng zusammenarbeitet.

Die boomende Wirtschaft des Landes und das selbstbewusste Auftreten in der Außenpolitik, das sich nach der arabischen Revolution noch verstärkt hat, kennzeichnen die neue Politik der Türkei. Der regionalpolitische Aktivismus und der Anspruch, eine führende Regionalmacht zu werden, sind mittlerweile integraler Bestandteil des

neuen außenpolitischen Konzepts des Landes und lassen ebenso wie die stagnierenden Beitrittsverhandlungen erheblichen Zweifel an dem Willen Ankaras, sich weiterhin der EU anzunähern, laut werden.

Dass dies die Partner in der EU irritiert, ist nicht verwunderlich. Insbesondere die Ankündigung der Türkei, während der zypriotischen Ratspräsidentschaft die Beziehungen zur EU auf Eis zu legen, ist ein inakzeptables Verhalten eines Landes, das vorgibt, Vollmitglied der EU werden zu wollen. Deswegen wird das Festhalten der EU an der Beitrittsperspektive für die Türkei und das selbstverständliche Fortsetzen der Beitrittsverhandlungen noch zum Problem werden.

Kein Zweifel: Die Türkei ist wichtig für die Stabilität des Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens. Sie ist ein wichtiger Partner Europas und genießt bereits eine privilegierte Stellung in den Beziehungen zu den EU-Staaten. Aber eine Vollmitgliedschaft würde die EU in geographischer, politischer und finanzieller Hinsicht überfordern und das gesamte europäische Projekt gefährden.

DIE NEUE TÜRKISCHE AUßENPOLITIK IM SCHATTEN DER EU-BEITRITTSVERHANDLUNGEN Historischer Überblick

Die Beziehungen der westeuropäischen Länder mit der Türkei sind fast ebenso alt wie die EU selbst. Bereits 1959 stellte die Türkei einen Antrag auf Assoziierung mit der damals jungen EWG. Die vertraglichen Beziehungen zwischen der EU

und der Türkei gehen auf das Jahr 1963 mit der Unterzeichnung des Ankara-Abkommens zurück. Dieses Vertragswerk entwarf eine sehr ambitionierte gemeinsame Perspektive der beiden Partner. Nach der fünf- bis zehnjährigen Vorbereitungsphase und einer zwölfjährigen Übergangsphase sollte eine Zollunion errichtet werden. Diese sollte nach Abschluss einer zeitlich offenen Endphase im Beitritt der Türkei enden können.¹

Drei Faktoren beeinflussten von Anfang an die Beziehung der EWG und der Türkei: der weltpolitische Gegensatz zwischen Ost und West, der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland und die grundlegenden Probleme in Verbindung mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte. Obwohl man angesichts gravierender Mängel bei der Wahrung der Menschenrechte nicht von der Erfüllung der politischen Kriterien sprechen kann, wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen von der Kommission empfohlen. Auf dem EU-Gipfel 1999 wurde der Türkei zunächst offiziell der Status eines Kandidaten für eine Vollmitgliedschaft eingeräumt. Mit dem In-Kraft-Treten der EU-Beitrittspartnerschaft 2001 und der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen 2005 ist die Türkei, zumindest auf dem Papier, der EU einen weiteren Schritt näher gerückt.

Kein anderer Beitrittskandidat hat über die Jahre hinweg, sowohl in der öffentlichen Meinung als auch bei den Entscheidungsträgern in der EU hinsichtlich der Identitätsfrage sowie geopolitischer und geostrategischer Bedeutung, so polarisiert wie die Türkei. Die Beitrittsperspektive ist politisch höchst umstritten und wird in einer Vielzahl der EU-Mitgliedstaaten heute abgelehnt. Im Vordergrund der Wahrnehmung in der Türkei-Debatte stehen die Unzulänglichkeiten im Bereich der Demokratie, Menschenrechtsfragen und Pressefreiheit sowie der andauernde Zypern-Konflikt.

Wieso kommt es dennoch, vierzig Jahre nach der Unterzeichnung des Ankara-Abkommens zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen und damit zu dem 1963 anvisierten Schritt, obwohl sich die Rahmenbedingungen und die Vertragspartner selbst grundlegend verändert haben? Die EU hätte sich längst eingestehen müssen, dass es den verlässlichen Partner aus der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr gibt. Inzwischen ist aus der

EWG mit damals sechs Mitgliedern ein enger Staatenverbund mit 27 Mitgliedern geworden. Die damals kemalistisch geprägte Türkei durchlebte mit den innenpolitischen Spannungen, drei Militärputschen und der islamischen Regierung ebenfalls eruptionsartige Veränderungen, begleitet von tiefgreifenden Mentalitätsverschiebungen in der Bevölkerung, die sich heute zunehmend islamisch definiert. Hinzu kommt eine Regierung, die wohl noch nie so viel Machtfülle genossen hat und die sich daranmacht, das Land strategisch ganz neu auszurichten. Die EU muss sich deswegen den Vorwurf gefallen lassen, dass sie trotz der seit Jahren auseinanderlaufenden Interessen unbeirrt an ihrem Ziel und ihrer Strategie festgehalten hat. Somit hat die EU-Türkei-Beziehung mittlerweile eine Eigendynamik entwickelt, die eine ehrliche und ergebnisoffene Bewertung der eigenen Ziele und Strategien verhindert.

Die Bedeutung der Türkei, ihre Lage als Brücke zur arabischen Welt und den zahlreichen Schütterzonen, an die die EU durch die letzten Erweiterungen herangerückt ist, ist unbestritten. Dennoch fehlt es an mehr Ehrlichkeit in der Diskussion um die Türkei: Partnerschaft ja – Mitgliedschaft nein, das ist die einzige ehrliche Antwort auf die Türkeifrage. Eine Überdehnung der Europäischen Union hätte katastrophale Auswirkungen für uns. Gerade jetzt – nach der großen Erweiterung der letzten Jahre und in der tiefsten Krise seit Beginn der Integrationsgeschichte – muss sich Europa nach innen konsolidieren. Dauerhaft wollen wir eine stabile, demokratische Türkei als Freund und Nachbar.

Stand der Verhandlungen

Die Türkei verhandelt seit 2005 mit der EU über einen Beitritt. Von insgesamt 35 Verhandlungskapiteln konnte bislang nur das Kapitel „Wissenschaft und Forschung“ vorläufig geschlossen werden. Weitere 12 Kapitel wurden seit 2005 geöffnet, zuletzt das Kapitel „Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenpolitik“ im Juni 2010. 18 Kapitel liegen unter anderem wegen des Streits um Zypern auf Eis. Bis zur Lösung des Zypernkonfliktes und der nicht-diskriminierenden Umsetzung des Ankara-Protokolls durch die Türkei (also des zweiten Zusatzprotokolls von 2005 zum Assoziierungs-Abkommen)

bleiben die acht Verhandlungskapitel ungeöffnet und können keine Verhandlungskapitel geschlossen werden. Wegen des Ausbleibens von Fortschritten bei der Umsetzung des Ankara-Protokolls hat der Rat diesen Beschluss seit 2006 jährlich erneuert.

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission vom Herbst 2011 zeugt nicht von einem Musterschüler Türkei. Im Gegenteil: Die Stagnation der letzten Jahre setzt sich fort, und die Türkei macht eher Rückschritte als Fortschritte. Es mangelt nach wie vor an der Gewährung der Grundrechte: Hier sind besonders im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit große Missstände zu verzeichnen. Ebenso fehlt es an der Umsetzung der Religionsfreiheit und der Frauenrechte. Trotz mehrfacher Aufforderung des Rates und der Kommission ist die Türkei bisher auch nicht ihren Verpflichtungen im Rahmen der Zollunion nachgekommen. Die Türkei ignoriert nach wie vor die Einhaltung des Zusatzprotokolls. Der Fortschrittsbericht kritisiert zudem, dass auch im Hinblick auf eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu Zypern keine Fortschritte zu verzeichnen waren.²

Seit Jahren ist ein Stillstand in den Reformbemühungen in der Türkei festzustellen. In den Verhandlungen um die Zypern-Frage gibt es nicht nur einen Stillstand, sondern die Situation verschlechtert sich zunehmend, und die Türkei kommt nicht ihren Verpflichtungen nach. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt deutlich: Die Türkei entwickelt sich nicht auf die EU zu, sondern tendenziell eher von ihr weg.

Wirtschaftliche und soziale Überforderung der EU

Letztlich geht es jedoch nicht nur darum, ob die Türkei in absehbarer Zeit fähig und willens ist, die Beitrittskriterien zu erfüllen, sondern ob die EU-Mitgliedschaft der Türkei die so dringend notwendige Vertiefung der europäischen Integration nicht eher gefährdet als befördert. Die Erweiterung der EU gerät zunehmend an ihre Grenzen. Weitere Erweiterungsschritte sind mit immer höheren Integrationskosten verbunden. Hauptproblem ist die Anzahl an Mitgliedern und die zunehmende Vielfalt innerhalb der EU. Die zunehmende Anzahl an EU-Mitgliedern führt zu einer institutionellen Komplexität, die heute in der EU

der 27 schon schwer zu bewältigen ist. Die ökonomischen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten führen, wie die aktuelle Krise zeigt, zu zunehmender Überforderung der EU-Finzen und reizt die Umverteilungsbereitschaft zwischen den Mitgliedstaaten erheblich aus.

Eine Grundvoraussetzung nach den Kriterien von Kopenhagen, die lange Zeit als das „vergesene Kriterium“ bezeichnet wurde, weil sie erst in der Diskussion der letzten zehn Jahre Bedeutung erlangt hat, ist die generelle Aufnahmefähigkeit der EU.³ Die entscheidende Frage dabei ist, ob die Fähigkeit zum Beitritt von der EU wirklich ergebnisoffen geprüft wird. Diese Prüfung muss seriös sein, sie muss nachvollziehbar und kontrollierbar sein und darf nicht unter Zeitdruck geschehen. Die Eigendynamik, die die europäische Türkei-Politik entwickelt hat, verhindert diese so dringend notwendige ergebnisoffene Überprüfung der eigenen Ziele und Strategien.

Um das Ausmaß und die Konsequenzen eines möglichen EU-Beitritts einordnen zu können, ist zunächst der Blick auf die wirtschaftliche Situation der Türkei zu werfen: Das Wirtschafts- und Entwicklungsdefizit, das im Falle eines Beitritts die Schwelle der Belastbarkeit des Haushalts der EU darstellen würde, ist trotz enormen Wirtschaftswachstums der Türkei nicht von der Hand zu weisen. Trotz der boomenden Wirtschaft des Landes darf der Entwicklungsrückstand nicht übersehen werden. Die wirtschaftliche Situation ist von extremen Gegensätzen geprägt. Nach wie vor besteht eine große Kluft zwischen dem modernen und industrialisierten Westen und dem landwirtschaftlich geprägten und wenig entwickelten Osten.

Ein Beitritt der Türkei würde die wirtschaftliche und finanzielle Überforderung der EU auf ein Maß treiben, welche das Überleben der Europäischen Integration der letzten 60 Jahre gefährden würde. Angesprochen sind hier vor allem die Ausgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Regional- und Strukturpolitik. Hervorzuheben ist ferner die Interessenlage der Staaten, welche derzeit Finanzmittel aus dem europäischen Kohäsionsfond beziehen, zum Beispiel Griechenland, Spanien, Portugal und Polen. Sollte die Türkei EU-Mitglied werden, würde sie erhebliche Summen aus diesem Fond beziehen – zu Lasten jetziger Empfänger. Der Auf- und Ausbau eines hoch

kompetitiven Wirtschaftsraums steht auf der europäischen Agenda. Dieser soll sowohl den technologischen Anforderungen der Globalisierung gerecht werden als auch hohe Standards beim Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz erfüllen. Der Beitritt der Türkei wird diese Vorhaben nicht befördern können, sondern hemmen.

Eine Konsolidierung der EU ist gerade auch wichtig, weil es bei der EU nicht nur um eine wirtschaftliche Dimension geht. Sie ist nämlich auch eine politische Union, eine Rechts- und Wertegemeinschaft, getragen von einem Zusammenhaltsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Je weiter die EU wächst, desto größer ist die Gefahr des Auseinanderdriftens.

NEUES ALTES NEO-OSMANISCHES MACHTSTREBEN

Vor drei Jahren verkündete der damals frisch ins Amt gekommen Außenminister Ahmet Davutoğlu die neue außenpolitische Doktrin seines Landes: Ganz nach dem Motto „back to the roots“ soll nach dem außenpolitischen Konzept der „Strategischen Tiefe“ die Türkei zu ihrer „historischen und geographischen Identität“ zurückfinden.

Mit dem neuen außenpolitischen Verständnis, als zentrales Land im Afro-Eurasischen Raum und damit mit multipler regionaler Identität, als europäisch-nahöstlich-asiatischer Staat werden nationalistische, pantürkische und islamische Elemente zusammengeführt. Auch die Betonung der osmanischen Vergangenheit und der muslimischen Identität verwendet die Regierung dafür, die in der Vergangenheit kemalistisch-ideologischen Grundlagen der türkischen Außenpolitik und deren Überbetonung der westlichen Identität der Türkei wieder auszugleichen. Mit dem multidimensionalen Ansatz soll die Türkei nicht mehr nur auf den Westen hin ausgerichtet sein, sondern sich der arabischen Welt hin weiter öffnen. Das neue Selbstbewusstsein der Türkei kommt primär durch Kritik an Israel, an den USA und an Europa zum Ausdruck. Die Türkei benutzt den Konflikt mit Israel, die Haltung in der Zypern-Frage und den Umgang mit der EU sowie den Syrien-Konflikt, um sich außenpolitisch neu zu positionieren. Die Regierung in Ankara zündelt – und sie macht keine Anstalten, die Krise mit Israel zu entschärfen oder den eskalierenden Streit mit dem EU-Land Zypern zu bremsen.

Zypern-Frage

Hauptstreitpunkt der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei ist der Zypernkonflikt. Im zweiten Halbjahr 2012 hat Zypern die EU-Ratspräsidentschaft inne. Der diplomatische Ärger mit der Türkei scheint vorprogrammiert: Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hat bereits damit gedroht, den Dialog mit der EU während der Ratspräsidentschaft Zyperns im zweiten Halbjahr 2012 auf Eis zu legen, sollten bis dahin keine Fortschritte bei der Lösung des Zypern-Konflikts erzielt worden sein.

Zypern ist seit 1974, nach einem griechischen Putsch und einer türkischen Militärintervention, geteilt. Die drittgrößte Mittelmeerinsel ist seit 2004 Mitglied der EU. Völkerrechtlich gesehen gibt es nur ein Zypern. Das EU-Regelwerk gilt aber nur im griechisch-zyprischen Teil. Die Türkei erkennt die Republik Zypern nicht an und unterhält keine diplomatischen Beziehungen zur Regierung im Südteil der Insel.

Erdoğan versucht mit seiner populistischen Ankündigung, während der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns mit den Vertretern der Inselrepublik auf keinen Fall zu reden, die EU zu erpressen. Die Ansage, die Beziehungen zur EU einzufrieren, macht sehr deutlich, dass die türkische Seite weder für einen Kompromiss in der Zypernfrage bereit noch für einen Beitritt zur EU geeignet ist. Die Türkei hat das Ziel, eines Tages Mitglied der EU zu werden, jedoch kann sich ein Mitgliedsaspirant nicht aussuchen, ob und mit welchen Mitgliedstaaten er verhandelt oder nicht. Wenn das Land in die EU will, muss es sich an die europäischen Regeln halten. Und im zweiten Halbjahr 2012 ist nun mal Zypern der direkte Ansprechpartner für die Türkei.

Die Teilung Zyperns in einen griechischen und einen türkischen Teil stellt eines der ungelösten Probleme der EU dar. Das Taktieren der türkischen Seite in der Zypern-Frage zeigt sich auch bei den Handelsbeziehungen zur EU. In einer Entschliebung zu den Handelsbeziehungen EU-Türkei kritisierte das Europäische Parlament Ende letzten Jahres, dass die Türkei das Zusatzprotokoll zum EG-Türkei-Assoziierungsabkommen nach fünf Jahren immer noch nicht vollständig umgesetzt habe.⁴ Dieses Abkommen garantiert den Zugang aller EU-Mitgliedstaaten, einschließ-

lich Zyperns, zu Flughäfen und Seehäfen in der Türkei. Das Parlament forderte die Türkei auf, alle sich aus diesem Protokoll ergebenden Verpflichtungen uneingeschränkt in nicht diskriminierende Weise umzusetzen. Ankara weigert sich bis heute, seine Häfen und Flughäfen für Schiffe sowie Waren aus Südzypern zu öffnen.

Die Äußerungen Erdoğan belasten die Beziehungen zur EU und tragen nicht zu einer schnellen Lösung des eigentlichen Problems, der Kompromissfindung in der Zypernfrage, bei. Wenn die Türkei den Abbruch der Beziehungen zur EU während der zyprischen Ratspräsidentschaft als Option ansieht, muss sie sich auch der möglichen Konsequenzen bewusst sein. Ein Land, das einen EU-Mitgliedsstaat nicht anerkennt, kann nie Mitglied der EU werden.

Konflikt mit Israel

Jüngstes Beispiel der neuen provokativen Außenpolitik ist der eskalierende Streit mit Israel. Vordergründig geht es um die Erstürmung der Gaza-Flottille durch die israelische Marine im Frühjahr 2010, wobei neun türkische Aktivisten ums Leben kamen. Die Fronten zwischen Ankara und Tel Aviv sind seither verhärtet: Israel weigerte sich, für den Tod der neun Soldaten bei der Stürmung des Schiffs, das im Begriff war, die Gaza-Blockade zu durchbrechen, eine Entschuldigung auszusprechen. Jerusalem erklärte sein Bedauern über den Tod der türkischen Bürger, dies genügte Ankara jedoch nicht. Im September 2011 ließ Erdoğan daraufhin ranghohe israelische Diplomaten ausweisen. Spätestens mit diesem Schritt eskalierte der Streit zwischen beiden Ländern. Ankara stoppte seine militärische Zusammenarbeit mit Israel und kündigte an, die türkische Militärpräsenz im östlichen Mittelmeer deutlich zu erhöhen. Alle Handelsbeziehungen zu Tel Aviv wurden gekappt, und der türkische Ministerpräsident drohte mit „weiteren Maßnahmen“. Natürlich hat auch Israel Fehler gemacht, die zu dieser Eskalation beigetragen haben. Dennoch steckt hinter dem Verhalten des türkischen Ministerpräsidenten Kalkül: Er benutzt den Konflikt mit Israel um sein neues außenpolitisches Machstreben auszubauen und sich in der arabischen Welt zu positionieren. Der aggressive Kurs gegenüber Israel zeigt, dass das Land derzeit offenbar kein Interesse daran hat, die EU-Bei-

trittsverhandlungen weiter voranzutreiben. Der Türkei muss klar sein, dass man sich mit einem scharfen Anti-Israel-Kurs in Europa keine Freunde macht. Damit spielt sich die Türkei auf Kosten Israels als Vorstreiter der islamischen Sache auf.

DIE TÜRKEI UND DER ARABISCHE FRÜHLING

Neben dem aggressiven Auftreten gegenüber Israel präsentiert sich der türkische Ministerpräsident im Schatten der arabischen Revolutionen als Aufbauhelfer in der arabischen Welt. Früher war die Türkei in den arabischen Ländern wenig geachtet. Für Säkulare und Modernisierer unter den Arabern waren die Türken die Nachfahren der Osmanen, welche die arabische Welt jahrhundertlang schlecht regiert und sie daran gehindert hatten, am Fortschritt von Europa zu partizipieren. Für fromme Araber hingegen hatten die Türken sich unter Regie von Staatsgründer Kemal Atatürk vom gemeinsamen Erbe – dem Islam – losgesagt, hatten Europa nachgeeifert und waren dabei noch nicht einmal sehr erfolgreich gewesen. Noch im Jahre 2002 lag die Türkei bei Meinungsumfragen in der Region stets auf den unteren Rängen der Beliebtheitskala. Im Jahr 2010 dagegen war die Türkei – gleich nach Saudi-Arabien – das zweitbeliebteste Land der Region.

Schon vor dem Umbruch in den arabischen Staaten fand das Konzept von Außenminister Ahmet Davutoğlu, die Türkei als neue Regionalmacht aufzubauen, in der eigenen Bevölkerung viel Zuspruch. In Umfragen wurden an erster Stelle Israel und die USA als die Länder genannt, die der Türkei abweisend gegenüber stünden. Es schmeichelte ihnen, dass die Türkei zum Zentrum „ihrer“ Region werden sollte und dass man nicht mehr vor dem Westen kuschte. Ministerpräsident Erdoğan greift in seinen Reden solche Gefühle immer wieder auf. In Damaskus und Riad, in Teheran und Sarajevo betonte er immer wieder das „Wir“, bestehend aus den Türken und den Muslimen der Region, und den „Anderen“, meistens den Europäern. Die gesamte arabische Welt, die sich in einem revolutionären Wandel befindet, schaut auf die Türkei. Diese gilt als Vorbild für einen modernen islamischen Staat. Dessen Tatsache ist sich die türkische Regierung bewusst und nutzt das Machtvakuum in der arabischen Welt, um ihre Einflussphäre auszubauen und ihre strategischen und ökonomischen Ziele

zu verfolgen. Auch aus diesem Grund hat sich die Türkei von der EU wegbewegt, was sie umso attraktiver für arabische Staaten macht, und sucht somit bewusst den Kontakt und den Einfluss zu Staaten im ehemaligen osmanischen Gebiet. Dies geht eindeutig gegen die Vereinbarungen der Türkei mit der EU. Die türkische Regierung muss sich bewusst sein, dass diese Botschaft in der EU aufgenommen und besonders im Zusammenhang mit den stagnierenden Beitrittsverhandlungen von den europäischen Partnern genau beobachtet wird.

AUSBLICK

Das Instrument der Erweiterung hat sich in den letzten Jahrzehnten, gemessen an den politischen und wirtschaftlichen Ergebnissen der Transformation in den Nachbarstaaten, als erfolgreichste Mittel der europäischen Außenpolitik erwiesen. Die Perspektive, Mitglied der EU zu werden, war Antrieb und Impulsgeber für demokratische Reformen und die Stabilisierung der europäischen Nachbarländer. Die Nachbarschaftspolitik war gewissermaßen ein Synonym für die Erweiterung. Zugleich ist die EU mit der letzten großen Erweiterungsrunde aber an einen Punkt gelangt, an dem die Aufnahme zahlreicher weiterer Staaten nicht in Aussicht gestellt werden kann, wenn man den inneren Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der EU nicht gefährden will. Hinzu kommen die zunehmende Divergenz der Interessen, die wachsenden ökonomischen, sozialen, finanziellen und sicherheitspolitischen Probleme des 21. Jahrhunderts, die ungleichen politischen Erwartungen und Finalitätsvorstellungen hinsichtlich des künftigen Integrationsprozesses sowie die Erweiterungsmüdigkeit, was die EU vor immense Herausforderungen stellt. Angesichts des Dilemmas, dass auf der einen Seite die Aufnahmefähigkeit der EU erschöpft ist und auf der anderen Seite eine Einbindung der Nachbarschaft als zwingend notwendig erscheint, versucht die EU Alternativen zu finden bezüglich einer tieferen Kooperation und Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft, ohne das effizienteste Instrument der Erweiterungspolitik anzuwenden.

Es war der Gedanke von der Unverzichtbarkeit der geopolitischen und geostrategischen Lage der Türkei für die Sicherheits- und Stabilitätsinteressen

Europas und des Westens, der die Türkei in die immer engeren Strukturen eingebunden hat. Es hat sich gezeigt, dass, je brisanter die weltpolitische Lage wurde, umso bedingungsloser der Westen und die Gemeinschaft der Türkei entgegengekommen sind. Dies führte jedoch nicht dazu, dass sich die Türkei für den EU-Beitritt wirklich qualifizierte und auch auf die EU zugegangen wäre. Im Gegenteil: Je mehr Unterstützung und Entgegenkommen die Türkei erfahren hat, desto mehr entfernte sie sich von Europa im Hinblick auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die friedliche Beilegung von Konflikten.

Der gewissermaßen großtürkische Kurs, den die Türkei mit strategischem Kalkül seit Jahren wieder fährt, ist erneut ein Exempel für die Abwendung von Europa: Um die israelische Blockade von Gaza zu brechen, die eine UN-Kommission gerade erst als legal bezeichnet hatte, drohte die Türkei mit der Entsendung eines Flottenverbands ins östliche Mittelmeer. Die Regierung in Ankara drohte der Republik Zypern, immerhin einem Mitglied der EU, ebenfalls mit Kriegsschiffen, weil der Inselstaat es gewagt hatte, seine Seegrenzen mit Israel vertraglich zu bestimmen, um nach Rohstoffvorkommen zu suchen. So wird die Liste derjenigen Länder, mit denen Ankara inzwischen Konflikte sucht, immer länger und belastet zunehmend das Verhältnis zu Europa und schürt Zweifel an Ankaras EU-Ambitionen. Diese neo-osmanische Strategie verortet die Türkei nicht mehr als europäisches Land.

Auch der Wandel in der arabischen Welt wird die türkisch-europäischen Beziehungen neu bestimmen und zum Test für die Türkei für ihre Rolle im Nahen Osten und der arabischen Welt werden. Erdoğan's neue strategische Ausrichtung hat nicht mehr als oberstes Ziel den EU-Beitritt, sondern eine Türkei als Regionalmacht wie früher das Osmanische Reich. Einerseits will sie Mitglied in der EU werden, erhebt jedoch andererseits gleichzeitig weiterhin ihren Führungsanspruch in der muslimischen Welt. Die Regierung in Ankara muss sich der Gefahr ihres „großtürkischen“ Kurses bewusst werden, der das Land über kurz oder lang isolieren wird.

Eins ist klar: Die EU ist keineswegs zur Erweiterung verdammt. Den Vorwurf, den sich die EU jedoch gefallen lassen muss, ist ihr strategisches Unvermögen. Trotz veränderter Umstände und des

Widerstandes von großen Mitgliedsländern wie Deutschland und Frankreich hat sie es nicht geschafft, die Ziele hinsichtlich der Türkeipolitik anzupassen und diese mit anderen Mittel zu erreichen, etwa dem Angebot einer auch für die Türkei attraktiv gestalteten Partnerschaft unterhalb einer Vollmitgliedschaft. Alternative Modelle müssen schnell gefunden werden. Die EU braucht die Türkei und die Türkei braucht die EU, aber nicht um jeden Preis.

|| MARKUS FERBER, MDEP

Vorsitzender der CSU-Gruppe im
Europäischen Parlament

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei, Artikel 28.
- ² Vgl. Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission Türkei 2011 SEC(2011) 1201 final.
- ³ Vgl. Kopenhagener Kriterien: Schlussfolgerungen des Vorsitzes - Kopenhagen, 21./22. Juni 1993.
- ⁴ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. September 2010 zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei (2009/2200(INI)).

RELIGIÖSE KONNOTATIONEN DER NEUEN TÜRKISCHEN AUßENPOLITIK

GOTTFRIED HUTTER || Die Fallgruben jeder Zeit sind ihre Klischees. Eines der Klischees unserer Tage bedingt, dass sich viele Fachleute kaum vorstellen können, dass ernsthafte Politik religiöse Ziele haben könnte. Daher besteht die Gefahr, dass das 1994 erschienene Buch „Alternative Paradigms“ des gegenwärtigen türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu entweder nicht zur Kenntnis genommen oder als idealistisches Frühwerk abgetan und als inhaltlich überholt betrachtet wird. Der folgende Beitrag versucht zu erklären, warum Davutoğlus Buch als ein Grundsatzprogramm angesehen werden sollte. Es bildet nämlich den geistigen Hintergrund der neuen türkischen Außenpolitik.

EINFÜHRUNG

Atatürks Postulat der Verwestlichung

Bereits während seiner Ausbildung an der Militärakademie war Mustafa Kemal, später „Vater der Türken“, „Atatürk“, genannt, der Entwicklungsstand des Westens als Ideal vorgestellt worden. Dieses Ideal wollte er auch in der Türkei verwirklichen.

Dazu unternahm er äußerst radikale Schritte: Beispielsweise führte er statt des islamischen Freitags den Sonntag als gesetzlichen Feiertag ein. Und als Symbol seines Ideals verordnete er der türkischen Sprache die lateinische Schrift.

Tatsächlich aber gelang die Verwestlichung, die Atatürk intendiert hatte, nicht, jedenfalls nicht in dem Umfang, der ihm vorgeschwebt hatte.

Neunzig Jahre nach Atatürks Regierungsantritt

Es gibt Theorien darüber, warum sich Säkularismus und westliche Werte in der Türkei nicht durchsetzten: Außenminister Davutoğlu sieht den Grund dafür im Unterschied zwischen Islam und westlicher Weltanschauung. Der Islam, so Davutoğlu, sei eine rein monotheistische Religion mit einem jenseitigen Gott, dem alle Menschen zu dienen haben. Die westliche Weltanschauung dagegen beruht seiner Ansicht nach auf einer im

Grund polytheistischen Religion, der die Menschen nicht in der Weise verpflichtet sind wie dem Islam. Deshalb wollen sich Muslime auf die westliche Weltanschauung und ihre Lebensformen nicht einlassen.

Eine ganz andere These vertritt Fatma Müge Göçek,¹ Professorin für Soziologie an der Universität von Michigan: Sie macht den Friedensvertrag von Sèvres (1920) dafür verantwortlich. Und es gibt eine ganze Reihe von Autoren, die auf das sogenannte „Sèvres-Syndrom“ Bezug nehmen, wenn sie darüber nachdenken, warum die Verwestlichung der Türkei, so wie sie Atatürk vorgeschwebt war, nicht eintreten konnte.

Der Vertrag von Sèvres hätte die Türkei praktisch aufgelöst, aber er ist nie in Kraft getreten. Vielmehr folgten auf ihn der türkische Unabhängigkeitskrieg und 1923 der Vertrag von Lausanne, der der Türkei die Gestalt gab, die wir heute kennen. Trotzdem soll der Vertrag von Sèvres für die Türken ein solches Trauma gewesen sein, dass sie sich bis heute nicht davon erholt haben – und als Folge den Westen bis zum heutigen Tag beschuldigen, den Untergang der Türkei zu wünschen.

In diesem Sinn, so Göçek, werden auch die Auflagen der EU an die Türkei als feindselige Schritte des Westens interpretiert. Sie macht also

Sèvres dafür verantwortlich, dass unter der Bevölkerung die Widerstände gegen die Verwestlichung stärker waren als alle Wünsche der Gründerväter der türkischen Republik.

Der Grund liegt aber weder in Sèvres, wie Göçek meint, noch in der Ontologie, wie Davutoğlu meint. Das Misslingen der Verwestlichung entspringt vielmehr dem Identitätsbewusstsein der Türken, zu dem die gesamte Geschichte des Volkes gehört, also auch und sogar ganz besonders die Religion. Das trifft auch auf Menschen zu, die der Religion längst abgeschworen haben.

Als ein ganz wesentliches Element dieser Geschichte betrachte ich ein muslimisches Grunddogma, nämlich dass der Islam die letzte und fortgeschrittenste aller Religionen ist, die letzten Endes alle anderen Religionen ablösen wird. Warum sollten sich Menschen, die bereits die beste aller möglichen Weltanschauungen besitzen, einer anderen Weltanschauung unterordnen?

Das trifft nicht nur auf die Türkei zu, sondern auf den gesamten islamischen Raum. Und damit erklärt es gleichzeitig die erstaunliche Tatsache, dass seit 1895 nur zwei wissenschaftliche Nobelpreise an Muslime verliehen worden sind, die 25 % der Weltbevölkerung verkörpern, während 178 Nobelpreise an Juden verliehen worden sind, die nur 0,2 % der Weltbevölkerung ausmachen.²

Die Bedeutung der Identität für das Verhalten eines Volkes

Als die allen anderen Religionen überlegene Religion erzeugt der Islam ein unvergleichliches Identitätsgefühl in den Muslimen. 1.400 Jahre lang ist dieses Bewusstsein aufgebaut worden: „Das sind wir!“

In meinen Augen war es dieses Selbstbewusstsein, durch das sich der Islam so schnell und so weit ausbreiten konnte. Die Dhimmi-Regel, die von allen Nichtmuslimen Unterordnung verlangt, stärkte dieses Überlegenheitsgefühl weiter. Und für jeden Glaubensabfall schreibt die Sharia die Todesstrafe vor – so wie sie jetzt gerade einem Pastor im Iran droht, der seine islamische Ursprungsreligion verlassen hat.

Davutoğlus alternatives Paradigma, nämlich der total transzendente Gott, trägt zum Identitätsgefühl bei. Es ist meines Erachtens aber nicht das entscheidende Element.

Wer ist Ahmet Davutoğlu?

Er wurde 1959 in der Nähe von Konya geboren. 1994 veröffentlichte er seine grundlegende Arbeit „Alternative Paradigms“. 2001 erschien dann sein bahnbrechendes Werk „Stratejik Derinlik“, „Strategische Tiefe“, das ihn als einen Spezialisten der Außenpolitik auswies. Dafür wurde er nach dem Wahlsieg der AKP zum Berater der Regierung berufen. 2009, kurz nach Israels Gaza-Krieg, wurde er Außenminister.

Für Davutoğlu ist die Rückbesinnung der Außenpolitik auf osmanische Werte nicht „Neo-Osmanismus“, sondern Traditionsverbundenheit. Im Arabischen Frühling steht das türkische Demokratiemodell hoch im Kurs, gerade weil es das islamische Erbe genauso betont wie die Trennung von Staat und Religion.

DAVUTOĞLUS „ALTERNATIVE PARADIGMS“

Davutoğlus weltanschauliche Grundlage ist der Islam. Sein alternatives Paradigma ist die Einheit der Welt unter islamischer Führung. In seinen „Alternative Paradigms“ drückt er das so aus: „Heute kann niemand behaupten, dass die muslimischen Massen als Ganzes, nach einem gewissen Stadium der Industrialisierung und Modernisierung, die westlichen Stile des Denkens und Lebens übernehmen werden, denn tatsächlich geht es um mehr als um ein Stadium. [... Es handelt sich um eine] Wirklichkeit, dass der Islam als eine Weltanschauung gesehen wird, die eine Alternative darstellt zur philosophisch-politischen Tradition des Westens.“³

Die religiösen Konnotationen von Davutoğlus Politik machen sich an der Oberfläche kaum bemerkbar. Um sie zu sehen und zu verstehen, ist es nötig, seine Metaphysik zu verstehen, sein islamisches Paradigma. Es ist seine Alternative zum westlichen Paradigma.

Deshalb möchte ich sein programmatisches Buch „Alternative Paradigms“ im Folgenden eingehend besprechen – mit gelegentlichen kritischen Bemerkungen.

Davutoğlus Ontologie, die Grundlage seiner Außenpolitik⁴

Der islamische Begriff dîn, also Religion, ist jenseits westlicher Konzepte von Religion, denn im Islam umfasst Religion den ganzen Menschen. Religion ist im Islam nicht ein Freizeitunternehmen, als das sie im Westen oft betrachtet wird.

Mit anderen Worten: Der grundlegende Unterschied zwischen islamischer und westlicher Weltanschauung liegt im Kontrast zwischen der „ontologisch determinierten Epistemologie“ des Islam und der „epistemologisch definierten Ontologie“ der westlichen philosophischen Traditionen, die eben nicht von Gott, sondern vom Menschen ausgehen.

Der entscheidende islamische Begriff „tawhid“ bedeutet „Einheit“, nämlich die untrennbare Verbundenheit des Menschen mit Gott. Die westliche Betrachtung des Seins bezeichnet Davutoğlu als „ontologische Proximität“, als eine nicht von Gott, sondern vom Menschen ausgehende Betrachtung und Erfahrung Gottes, des Ich und der Natur.

Das sind die zwei alternativen Arten ontologischen Bewusstseins. Davutoğlus Alternative zur Weltanschauung des Westens ist der Islam. Einen Kompromiss hält er nicht für möglich.

Die frühe christliche Theologie / Philosophie nach Davutoğlu⁵

Das neutestamentliche Bild des Gottessohnes ist für Davutoğlu von Anfang an ein Bild, das aus der antiken Mythologie und Philosophie kommt. Er führt es nicht zurück auf die Erfahrung der Menschen, die Jesus begegnet sind, also auf das, was ihnen offenbar geworden ist. Es hat für ihn gleich etwas Polytheistisches.

Auf Seite 17 stellt er eine „Ontologische Vagheit in der christlichen Theologie [fest], im Gegensatz zur islamischen ontologischen Hierarchie“, wo zuerst der total jenseitige Gott steht, von dem alles abhängt.

Im Christentum sieht er von Anfang an eine Dualität von Materie und Geist, die seines Erachtens aus dem Stoizismus stammt.

Auf Seite 22 spricht er von einer „Neuformulierung des christlichen Glaubens in Form einer Philosophie – [...] – als eine ‚christliche Version griechischer Philosophie‘“

Anmerkungen zu Davutoğlus Methode

Das Buch „Alternative Paradigms“ weist das typische Merkmal apologetischer Literatur auf: Davutoğlu wechselt zwischen kritischer Betrachtung der westlichen und rein idealer Betrachtung der islamischen Philosophie: Mein schönes Ideal wird verglichen mit deiner korrumpierten Reali-

tät. Er tut damit genau das, was er westlichen Autoren vorwirft, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Aber ein Vergleich der beiden Philosophien ist auf diese Weise nicht möglich.

Wenn er beispielsweise auf die Gewaltenteilung zu sprechen kommt, leitet er diese von der griechisch-römischen Philosophie ab,⁶ Jesus kommt bei ihm nicht zu Wort. Sein „Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört“ existiert für Davutoğlu nicht.

Trinität und Inkarnation sind für ihn von vornherein polytheistische Ideen. Meinem Eindruck nach zählt für ihn das gesamte Neue Testament nicht als Offenbarung. Paulus erscheint bei ihm als hellenistischer Schriftsteller. Wo immer Davutoğlu am Aufbau des islamischen Staates der Ummah mitwirken wird, wird er gut daran tun, den kritischen Geist, den er hier nur gegen die abendländische Philosophie wendet, auch auf sein islamisches Ideal zu richten.

Das islamische Ideal⁷

Die islamische Ontologie kennt eine klare Hierarchie: Gott, Mensch, Natur. Daraus ergeben sich die ontologische Epistemologie und die theozentrische Kosmologie des Islam. Die ontologische Hierarchie führt zum Gehorsam aller Geschöpfe gegen Allah. Das ist die Bedeutung von „Islam“. Diese Art Glauben an Allah formt das Bewusstsein der Muslime. Es zeigt die absolute Erhabenheit Gottes, die keine ontologische Nähe des Menschen zulässt. Einzigmögliches Verbindungsglied zwischen Gott und den Menschen ist die Offenbarung. Daran hängen Glaube, Wissen und Ethik. Eine Kirche ist im Islam überflüssig – Sharia dagegen ist notwendig.

Wegen der ontologischen Hierarchie bleibt der muslimische Glaube ohne die Frage nach einem Warum.

Islamische und westliche Weltanschauung⁸

Die islamische Weltanschauung ist Gott-zentriert, die westliche Weltanschauung ist Natur-zentriert. Naturgesetz und Naturrecht rechtfertigen im Westen den Staat. Während der Einklang mit Gott das islamische Ideal ist, ist es im Westen das Glücklichein. Davutoğlu sieht darin ein neo-epikuräisches oder auch stoisch-christliches Ideal. Glück ist für ihn damit das Kriterium der Säkularisation des Lebens.

Das sozio-politische System im Islam⁹

Im Islam erfolgt die Rechtfertigung des Menschen durch seinen Gehorsam gegen die Offenbarung – und auch gegen die Vertreter der Offenbarung auf Erden. Der Kalif ist für Davutoğlu „Vizeregent Gottes“. Wert existiert im Islam nur in Bezug auf die andere Welt, auf die das Leben in dieser Welt zur Gänze ausgerichtet ist. Genau darin sieht Davutoğlu auch das Geheimnis der Ausbreitung des Islam: Alles ist dem Einen untergeordnet. Das eint alle Kräfte. Die Basis des sozio-politischen Systems im Islam ist das von Mohammed besiegelte Bündnis zwischen Gott und Mensch.

Was Davutoğlu nicht erwähnt, sind die praktischen Wirkmechanismen dieses Systems, nämlich die drakonischen Strafen wie Tod für Glaubensabfall, aber auch Ehrenmorde und Lynchjustiz. Wie CNN im März 2012 zeigte, werden im Irak Männer mit femininen Frisuren reihenweise umgebracht, weil sie sich gegen die göttliche Ordnung wenden.¹⁰ Davutoğlu sieht auch nicht, dass die Ausbreitung des Islam an die Grenzen anderer Weltmodelle gestoßen ist wie das Christliche im Westen und das Konfuzianisch-Daoistische im Osten.

Die institutionelle Ebene politischer Autorität¹¹

Die Vorstellung von der Gewaltenteilung hat am Ende des Mittelalters dazu geführt, dass die politische Macht der Kirche gelehnt wurde. Im Islam hat das gottgegebene Wertesystem Priorität über die politische Institution, d. h. auch der Kalif ist daran gebunden. Im Islam geht die Institution aus der transzendentalen Einheit hervor. Dadurch ist die Institution nicht fixiert auf eine bestimmte Form. Auf lange Sicht ist dies, so Davutoğlu, den westlichen Formen überlegen.

Macht-Theorien und Pluralismus¹²

Im Westen herrscht die Idee unauflösbaren Fortschritts. Die Wirtschaft wird als Indikator dieses Fortschritts gesehen. Im Islam verläuft die Reihenfolge umgekehrt: Zuerst kommt das absolute Sein, aus ihm kommt Wissen, aus ihm die Ethik, daraus die Politik und erst aus ihr die Ökonomie. Im Westen gibt es daher fortwährende soziale Veränderungen, im Islam dagegen soziale Stabilität.

Philosophische Grundlagen¹³

Im Westen setzt sich radikaler Empirismus durch, also die epistemologische Dimension des Pluralismus. Im Islam wird politische Macht theozentrisch gerechtfertigt. Das bedeutet: Wer seinem Imam gehorcht, gehorcht Gott. Der Mensch ist hier auf Erden nur, um Gott zu dienen.

Der islamische Staat ist organisch gebaut wie der menschliche Körper. Die Ordnung des islamischen Staats wurde nur durch die westliche Übermacht gestört. Die aufgezwungene westliche Ordnung wirkt wie eine Krankheit.

Religiös-kultureller Pluralismus im Islam¹⁴

Im Bereich des Islam koexistieren nichtislamische religiöse und kulturelle Subkulturen. Der islamische Staat ist eine Konföderation kultureller Gruppen unter dem Patronat der islamischen Zentralgewalt. Ähnliche Regeln gelten heute auch für die diversen islamischen Sekten.

Tatsächlich war der Pluralismus im Islam stark eingeschränkt. Die Angehörigen anderer Religionen, die Dhimmis, mussten Schutzgeld zahlen, auf wesentliche Rechte verzichten und die Überordnung des Islam anerkennen mit dem Effekt, dass ihre Zahlen immer weiter schrumpften.

Politische Einheit und universelles politisches System¹⁵

Nationalstaaten betrachtet Davutoğlu als ein sehr junges westliches Artefakt. In Europa erfolgte die Nationenbildung durch den Protestantismus, davor gab es eine Art christliches Commonwealth. Der Protestantismus führt zur Nationalisierung von Kirchen und zum politischen Absolutismus.

Islam: Dar al-Islam und Dar al-Harb¹⁶

Die „Ummah“ ist der islamische Modus sozialer Existenz. Sie ist eine politische Einheit. Zunächst war der Ausdruck für Medina gedacht, nachdem Mohammed der dortigen Ansammlung zerstrittener Stämme unterschiedlicher Religionen eine Verfassung gegeben hatte. Das Ziel der „Ummah“ ist nicht Pietät, sondern Gehorsam gegen Allah. Es entsteht eine Bruderschaft, in der Gleichheit herrscht. Der Ursprung der „Ummah“ liegt in der gemeinsamen Ontologie. Dadurch ergibt sich auch ein gemeinsames Oberhaupt, der Kalif.

Während es im Dar al-Islam nichtmuslimische Minderheiten gibt, wird der Bereich, in dem muslimische Minderheiten leben, Dar al-Harb genannt, „Haus des Krieges“ – weil den Muslimen dort die Unterstützung des Dar al-Islam fehlt. Die Nichtmuslime (dhimmis), die im Dar al-Islam leben, sind Teil der „Ummah“.

Jihad und islamischer Staat¹⁷

Jihad bedeutet „sich anstrengen auf dem Weg Allahs“ – eventuell auch „Krieg“. Der Kampf richtet sich gegen Ungerechtigkeit und auf die Universalisierung des Islam. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung gibt es Friedensverträge auch mit Nichtmuslimen.

Der erste Nachfolger des Propheten, Abu Bakr, musste Krieg gegen Stämme führen, die keinen Zakat (eine Art freiwillige Armensteuer) leisteten. Die Umayyaden führten die Erbfolge ein. Daher werden sie nicht mehr zu den rechtgeleiteten Kalifen gezählt. Dennoch war ihre Herrschaft keine Rückkehr zum vorislamischen System.

Das Nationalstaatensystem ist in den islamischen Bereich erst 1918 eingedrungen, samt der alternativen Weltordnung der Kolonialmächte.

Davutoğlus Abschlussbemerkungen¹⁸

Die alles einschließende islamische Weltanschauung ist für Davutoğlu die Alternative zum westlichen Paradigma. Fassen wir seine Aussagen zusammen:

- Die Ummah war bis zum vierten Kalifen historisch verwirklicht, also vom Tod Mohammeds 632 bis zum Tod von Ali im Jahr 661.
- Die ontologische Einheit ist auch ein für Alphabeten geeignetes Ideal.
- Die sunnitischen und schiitischen antiwestlichen Bewegungen zeigen, dass sie als Teile der Ummah ihre göttliche Verantwortung bereits übernehmen. Das führt in einigen islamischen Ländern zu einer Krise politischer Legitimität. Eine Vorahnung des Arabischen Frühlings?
- Im westlichen System gibt es keinen Platz für die politische Legitimation ewiger Werte, denn Werte sind von sozialen Strukturen unabhängig. Aus diesem Grund können westliche politische Prozeduren im Islam keinen dauerhaften Erfolg haben.

- Der Islam garantiert religiös-kulturellen Pluralismus. Über säkularisierte Eliten der islamischen Welt zwingt der Westen der Ummah seine Ordnung auf. Davutoğlu meint, es brauche eine Erneuerung der klassischen Tradition und dazu insbesondere ein Verstehen der theoretischen Basis, also der hierarchischen Ontologie.

Meine Sicht der islamischen Alternative Davutoğlus

Davutoğlus ontologische Einheit entspricht auch meiner persönlichen Lebensauffassung, aber daraus ergibt sich für mich nicht seine, nämlich die islamische Alternative. Für mich gibt es die unterschiedlichen Modelle verschiedener Religionen, und es gibt auch rein individuelle Wege. Der auf dem Koran beruhende Islam ist nur eine der möglichen Varianten.

Als ein ungeklärtes Problem seiner Philosophie sehe ich die Kommunikation zwischen Gott und den Menschen, die Prophetie. Er sieht sie als Wunder und mit Mohammed abgeschlossen. Ich habe die Frage nach der Prophetie vor 30 Jahren einem weisen Sufi-Meister gestellt, und dieser Scheich hat mir bestätigt, dass die Prophetie eine prinzipiell jedem Menschen zugängliche Fähigkeit ist.

Ein zweites Grundproblem besteht in Davutoğlus Ablehnung der Evolution – offenbar aufgrund seiner ontologischen Prämissen.

Ein weiteres Problem ist der für ihn selbstverständliche Dhimmi-Status der Nicht-Muslime. Das ist aber ein sehr eingeschränkter Pluralismus unter dem Diktat der Muslime, keineswegs Religionsfreiheit.

Aber auch das Positive muss erwähnt werden, selbst wenn Davutoğlu das den Westen betreffend nicht macht: Sein Bemühen um das Beste für alle (= sein Gehorsam gegen Allah) verdient Würdigung. Dadurch verdient er in allem, was er sagt, Gehör – aber nicht unbedingt Zustimmung.

„The Clash of Interests“

In diesem Artikel des Jahres 1997¹⁹ zeigt Davutoğlu eine wesentlich offenere, kooperationsbereite Haltung. Er geht aus von zwei Kulturtheoretikern dieses Jahrzehnts: Fukuyama sagt, nach Zusammenbruch des Ostblocks habe die liberale Demokratie weltweit gesiegt. Er sieht

darin eine neue evolutionäre Stufe der Menschheit. Da die Konflikte damit aber nicht beendet sind, macht sich Huntington an deren Analyse. Seiner Meinung nach gehen sie von den nicht-westlichen Zivilisationen aus.

Nach Davutoğlu ignoriert Huntington den hegemonialen Charakter der westlichen Zivilisation. Huntington übernimmt Fukuyamas These vom intrinsischen Wert der westlichen Zivilisation. Davutoğlu nennt das fundamentalistischen Kolonialismus. Davutoğlus Synthese: Um Stabilität zu erreichen, braucht es ein allgemeines Wertesystem, die Anerkennung unterschiedlicher zivilisatorischer Identitäten und einen zivilisatorischen Dialog statt Kolonisierung.

DIE KONKRETEN AUßENPOLITISCHEN SCHRITTE DER TÜRKEI

Post-Islamismus²⁰

Um den Entwicklungsschritt zwischen Davutoğlus „Alternative Paradigms“ und seinem „Zusammenstoß der Interessen“, der wiederum nur Vorstufe für Davutoğlus konkrete türkische Außenpolitik ist, deutlich zu machen, möchte ich auf die Perspektive eines Politikwissenschaftlers aus Leyden verweisen, der bereits 1996 mit Blick auf den Iran vom Kommen einer „nach-islamistischen Gesellschaft“ gesprochen hat.

In seiner Antrittsvorlesung in Leyden am 26. April 2005 sagte Asef Bayat: Einstellungen, Ziele und Strategien militanter Islamisten haben sich verändert. Sie sind gerade dabei, sich von „Jihad“ und salafistischen Doktrinen zu verabschieden. Bayat bezeichnet den Vorgang als eine „Privatisierung“ des Islamismus.

Den Grund sieht er darin, dass sich die Islamisten der Anomalien und des Ungenügens ihres Systems bewusst werden. Er sieht in den 90er-Jahren, nach Khomeinis Tod, eine gewaltige Veränderung des religiösen und politischen Diskurses im Iran, dem Musterland des Islamismus.

Postislamismus ist für ihn weder anti-islamisch noch säkular, vielmehr handelt es sich um eine neue Gewichtung: Rechte werden vor Pflichten betont, Pluralität vor einziger Autorität, Historizität vor Schriften, Zukunft vor Vergangenheit. Er sieht eine Tendenz zur Säkularisation des Staates, weg von Universalismus und einziger religiöser Wahrheit.

Genau das zeigt sich jetzt in Davutoğlus konkreter Politik, besonders wenn es um die Entdeckung der Menschenrechte für den Islam geht.

Davutoğlus Nahostpolitik im Oktober 2009²¹

Lange vor dem Arabischen Frühling sprach Davutoğlu auf einem Treffen mit syrischen Ministern von „gemeinsamem Schicksal“, „gemeinsamer Geschichte“, „gemeinsamer Zukunft“. Gleichzeitig schickte er Einladungen auch an Ahmadinedschad und an die Führung der Hamas und sagte gemeinsame Manöver mit Israel ab. Hat er sich vom Freund Israels zu einem Freund der Diktatoren des Nahen Ostens entwickelt?

Ayşe Karabat sieht die türkische Vermittlung zwischen Syrien und Israel durch den israelischen Gaza-Krieg gestoppt. Die Bemühungen um EU-Mitgliedschaft laufen dagegen weiter: Davutoğlu sagt, dass Syrien dadurch zu einem Nachbarn der EU werden wird und dass die USA und Israel sich darüber freuen sollten. Davutoğlu betont, dass die Türkei Problemlöser sein will, dass sie verstärkte Kooperation im Nahen Osten erreichen will – und er betont seine Übereinstimmung mit Obama.

Dennoch bleibt die Frage: Gibt es eine neue islamistische Grundtendenz?

Distanz zum Westen?²²

Davutoğlus neue Leitlinie heißt: „Keine Probleme mit Nachbarn“. Die mit Türken besetzte Gaza-Flottille hat die Beziehungen zu Israel verschlechtert. US-Verteidigungsminister Gates sieht eine Ursache der verschlechterten Beziehungen in der EU. Nach Davutoğlu soll der EU-Beitritt der Türkei die Beziehungen zu seinen Nachbarn nicht einschränken. Er wünscht sich eine Freihandelszone mit Syrien, Jordanien und dem Libanon. Erdoğan will die Türkei dem Osten und dem Westen verpflichten.

Ayşe Karabat²³ sieht aber einen Umschwung in der türkischen Innenpolitik: Proisraelische Regierungskritiker sollen zum Schweigen gebracht werden.

Iran: Der türkische Säkularismus ist ungeeignet für arabische Staaten²⁴

Al Arabiya berichtet: Ein Berater des Ayatollah Khamenei sagt, dass das türkische Modell eines säkularen Islam für arabische Staaten nicht geeignet sei.

Das türkische Modell sei nur eine Art liberale Demokratie, der Arabische Frühling dagegen sei ein „islamisches Erwachen“.

„Die Regeln der Türkei“

Im Herbst 2009 versagte westliche Vermittlung in dem Konflikt zwischen Serbien und Bosnien. Davutoğlu bot sich als Vermittler an. Er machte fünf Besuche in Belgrad, sieben in Sarajevo. Das Ergebnis: Serbien entschuldigte sich für das Massaker von Srebrenica, Bosnien entsandte einen Botschafter. Bosnien zuliebe rauchte Davutoğlu, der Nichtraucher, sogar. Ähnliche Geschichten gibt es über Irak, Syrien, Libanon, Kyrgystan.

Erdoğan und Davutoğlu wollen eine Neugeburt der Türkei und gute Beziehungen auch mit dem Iran.

Die türkische Wirtschaft ist 2010 um 8 % gewachsen, nimmt Platz 17 in der Welt ein. Die Türkei will Teil der Lösung sein, sie will überall dazugehören, sich auch mit den Kurden versöhnen. Der Iran ist für die Türkei ein wichtiger Landkorridor nach Asien. In Bezug auf Nahost fehlen den USA, nach Ansicht Davutoğlus, strategische Tiefe, nicht der Türkei. Nur die Türkei kann mit der iranischen Regierung Klartext sprechen. Aber die USA lehnten den von Davutoğlu gemeinsam mit Brasilien vorgeschlagenen Kompromiss im Atomstreit ab.

Um zwischen Israel und Syrien zu vermitteln, erlaubte Davutoğlu Olmert, in seinem Haus Diners für Assad zu geben, aber dann begann der Gaza-Krieg, der den Zwischenfall mit der Flottille nach sich zog: acht tote Türken und keine Entschuldigung Israels.

Aber James Traub meint, dass Davutoğlu die amerikanischen Beziehungen zu Israel und zum Iran falsch einschätzt.²⁵

Die neue Rolle der Türkei im Nahen Osten²⁶

Erik Siegl stellt die Frage, ob die Türkei pro-westlich, antiwestlich oder pro-muslimisch sei. Oder sei das alles nur Schwarz-Weiß-Denken? Der türkische Präsident Abdullah Gül sieht die Türkei auf einer Ebene mit Brasilien, Russland, Indien und China. Die kemalistische Elite war islamischen Nachbarn gegenüber misstrauisch, die jetzige Regierung ist es nicht.

Davutoğlus neue „Null-Probleme-Politik“ erzeugt Verschiebungen: Sie bewirkt eine Annäherung an Syrien, ebenso an den kurdischen Irak und an Armenien. Die Türkei spielt eine ungewohnt aktive Rolle, politisch und ökonomisch. In Palästina, so vermutet Erik Siegl, wird die Türkei zu einem Gegengewicht zum Einfluss des Iran. Die Hamas wird als legitime Palästinenservertretung behandelt, Israel dagegen als terroristischer Staat. Und genau dadurch bildet die Türkei ein Gegengewicht zum Iran. 43 % der Palästinenser sehen die Türkei inzwischen als ihren wichtigsten Verbündeten. Auch in Libyen, im Irak, im Libanon, in Pakistan und in Afghanistan wird die Türkei als Vermittler aktiv. Für viele Länder gilt die Türkei als Modell der Demokratisierung.

Erdoğan in Kairo²⁷

Erdoğan sagte am Tahrir-Platz: Der Staat soll sich nicht in religiöse Angelegenheiten einmischen. Ägypten sollte sich eine säkulare Verfassung geben. Das macht die Muslim-Brüder und die Salafisten ärgerlich. Ist Säkularismus ein Feind der Religion? Bis jetzt gibt es in keinem arabischen Land Säkularität des Staates und Religionsfreiheit. Ist Erdoğan zugleich Islamist und Säkularist?

Die Türkei bewundert Tunesien²⁸

Die Türkei sieht durch den Arabischen Frühling ihren Einfluss wachsen. Erdoğan wird am 13. September 2011 im tunesischen Fernsehen als „Evangelist des Säkularismus“ bezeichnet.

Davutoğlu: Die Türkei hat tatsächlich „strategische Tiefe“: Ihr Einfluss reicht bis Marokko. Ist das neo-osmanisch? Welche Bedeutung hat das für die Beziehungen zur EU? Die Exporte der Türkei in den Nahen Osten haben sich vervielfacht, in die EU dagegen reduziert.

Zu Hause soll es eine neue Verfassung geben, etwa nach dem Motto: Demokratie statt Erbe Atatürks.

Wendepunkte für religiöse Türken

Nach der Militärintervention von 1997 (Rücktritt von Ministerpräsident Erbakan) hatte das türkische Militär nicht mehr die Kraft, die Religion vollständig aus der Politik zurückzudrängen. Nun war eine „islamische“ Regierung durch die „Gerechtigkeits- und Entwicklungs-Partei“ (AKP) möglich. Wurde dadurch die Beziehung zum Westen geschwächt?

Nach Ansicht von Etyen Mahçupyan²⁹ erreichte die AKP jetzt genau das, was Atatürk angestrebt, was aber keine der rein säkularen Regierungen je geschafft hatte: Indem die AKP Menschenrechte und Freiheiten als universell anerkannte, wurde das Unterlegenheitsgefühl gegenüber dem Westen beseitigt. Die Gülenbewegung half, westliche Werte in das Selbstverständnis des Islam einzuschließen bzw. als bereits zuvor eingeschlossen zu erklären. Damit war Demokratie möglich. Ein neuer Typ des Islam entstand, der vereinbar war mit dem säkularen Staat. Die Krise der EU half zusätzlich.

Muslim Bruderschaft und AKP³⁰

1949 wurde der Gründer der Muslim-Bruderschaft, Hasan al-Banna, von Agenten der ägyptischen Regierung erschossen. Jetzt sitzt diese Muslim-Bruderschaft im Parlament. Sie hat den Namen „Freiheits- und Gerechtigkeits-Partei“ angenommen – in Anlehnung an die türkische AKP („Gerechtigkeits- und Entwicklungs-Partei“). Überall in der islamischen Welt wurden Muslim-Bruderschaften bekämpft. Jetzt sind sie stark. Die AKP ist das große Vorbild.

Auch die Hamas wurde dadurch gemäßigt. In Ägypten befürworten die Muslim-Bruderschaften freien Markt und Kapitalismus. Werden sie am Ende durch die reale Macht korrumpiert werden, sodass es 2061 einen neuen arabischen Frühling braucht?

Eine kasachische Terrorgruppe „Kalifatsarmee“, JaK³¹

Eine neue „Kalifatsarmee“ möchte das kasachische Nazarbayev-Regime stürzen. Am 31. Oktober 2011 gab es ein Selbstmordattentat in Atyrau (am kaspischen Meer, ehemals sowjetisch: Gurjew) und zwei Wochen später einen weiteren Terroranschlag mit fünf Toten in Taras (an der Straße von Taschkent nach Bischkek). Nazarbayev wird als antimuslimisch bezeichnet. Die neue Gruppe hat Verbindung zu Jihad-Organisationen in Afghanistan.

Kalifat in Pakistan?³²

Vor einem pakistanischen Gericht beginnt ein Prozess gegen einen pakistanischen Brigadier, der einen Umsturz geplant haben soll, mit der Absicht, ein islamisches Kalifat zu errichten.

Türkei – Armenien – Frankreich³³

Frankreich will die Leugnung des Genozids an Armeniern 1915/16 unter Strafe stellen. Dieses Gesetz wird vor allem von den Armeniern angestrebt, die sich in Südfrankreich angesiedelt haben. Diese Bestrebungen werden auch von Armenien unterstützt. Es geht um Massaker an Armeniern, die insbesondere während der Jungtürkenherrschaft verübt wurden. Zur gleichen Zeit etwa wurde auch ein erheblicher Teil der griechischen, armenischen und jüdischen Bevölkerung eliminiert. Erdoğan warf Frankreichs Regierenden Rassismus, Diskriminierung und antimuslimische Ressentiments vor. Es hat Morddrohungen und Hackerangriffe gegen die Verfasser des Gesetzes gegeben. (Aber es wurde im Februar 2012 vom conseil constitutionnel als verfassungswidrig verworfen.)

Erdoğan und Davutoğlu treffen Haniyeh³⁴

Der Hamas-Premier von Gaza, Ismail Haniyeh, wurde am 1. Januar 2012 von Ministerpräsident Erdoğan und von Außenminister Davutoğlu in Istanbul empfangen. Das Gespräch dauerte zwei Stunden. Es ging um die Besiedelung Ost-Jerusalems durch eine jüdische Mehrheit und um Angriffe gegen arabische Bewohner dort. Erdoğan sprach über „die notwendigen Schritte, um die heiligen Stätten für Muslime und Christen zu bewahren“. Die gemeinsame Forderung: „Gespräche müssen Hamas einschließen.“

Türkei und Irak – Religion und Politik³⁵

Der frühere Handels- und Verteidigungsminister des Irak, Allawi, sieht fünf besondere Herausforderungen:

- Der Irak steht im Zentrum des amerikanisch-iranischen Konflikts.
- Der Irak ist auch betroffen vom Konflikt zwischen dem Iran und den Saudis.
- Die türkische Neupositionierung im Nahen Osten.
- Kurdistan geht in Richtung Unabhängigkeit.
- Der schiitisch-sunnitische Konflikt im Irak.

Allawi: „Der Irak soll die Rückkehr der Türkei in den Nahen Osten begrüßen, nicht als neo-osmanisches Reich, aber als erfolgreiches Beispiel einer erfolgreichen Ökonomie, verwurzelt in einem demokratischen Staat, der das islamische Erbe respektiert.“

Gefahr eines „Kalten Krieges“ zwischen Schiiten und Sunniten³⁶

Vor seiner Iranreise warnte Davutoğlu vor einem „Kalten Krieg“ zwischen Schiiten und Sunniten. Das wäre „Selbstmord für die Region“, sagte er. Die Türkei sei gegen jede Art von Polarisierung der iranisch-arabischen Spannungen. Die türkische Irak-Politik zielt darauf ab, „enge Beziehungen zu allen Seiten aufzubauen. Niemand sollte ... eine Ideologie, eine Konfession, eine Ethnie dominieren ... wie in der Vergangenheit. ... Die Gesellschaften in der Region wollen ein neues politisches Verständnis.“³⁷

Ansprache Davutoğlus in London auf der Zeremonie zur Verleihung des Preises „Most Successful Turks“³⁸

Griechenland und Portugal befinden sich in einer ökonomischen Krise. Syrien und die nordafrikanischen Staaten sind in politische Krisen verwickelt. Die Türkei steht im Zentrum. Es gibt drei Pfeiler ihres Erfolgs:

- Demokratie
- Ökonomie
- eine aktive Außenpolitik

Die Türkei verfügt zwar über keine neuen Ölreserven, aber über die Kraft von Männern und Frauen! Die EU hat immer noch Zeit, das zu entdecken. In Äthiopien machte die Türkei 2005 fünfzig Millionen Dollar Umsatz, heute ist es eine Milliarde. Die europäische Geschäftswelt ist zu entwickelt und müde. Die türkischen Unternehmer sind vielleicht zu abenteuerlustig, aber sie sind kraftvoll.

An Syrien sieht die Türkei die Grenzen ihrer Macht³⁹

Das mörderische Vorgehen der syrischen Regierung gegen die Opposition im Lande und insgesamt der Bürgerkrieg intensivieren sich. Die Zeitung „Habertürk“ schreibt: „Wenn sich die Türkei bei der Lösung des syrischen Konflikts als ineffektiv erweist, wird ihr Anspruch auf regionale Stärke einen schweren Schlag erleiden.“ Russland und der Iran stützen Syrien, und die Türkei will keine militärische Konfrontation riskieren.

Trotz des vorher sehr vertrauten Verhältnisses mit der syrischen Regierung ist es Erdoğan und Davutoğlu nicht gelungen, Assad zu politischen Reformen zu bewegen. Die Türkei fürchtet, Syrien und der Iran könnten jetzt die militante

Kurdische Arbeiterpartei (PKK) zu neuen Anschlägen in der Türkei ermutigen. Manche sagen auch, dass die arabischen Staaten die Türkei nicht als Königsmacher in Syrien sehen wollen.

ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

„Alternative Paradigms“ zeigen Davutoğlus politisches Ideal und Ziel: eine in unsere Zeit übersetzte Herrschaft auf religiöser Grundlage. Dieses Ideal schwingt bei allem mit. Deshalb sind die religiösen Konnotationen seiner Politik nur vor diesem Hintergrund zu erkennen und zu benennen.

Aber Davutoğlu ist Pragmatiker. Etyen Mahçupyan hat vielleicht recht: Durch die aktive Einbeziehung der Menschenrechte in die Politik der AKP und in das Selbstverständnis seines Landes wurde das Selbstbewusstsein der Türken angehoben, und die Türkei wurde ein Erfolgsmodell. Das hat Atatürks Säkularismus nicht geschafft.

Dieser Umstand, die tatsächliche strategische Tiefe der Türkei und der Arabische Frühling geben der Türkei heute eine einzigartige Chance. Die Syrienkrise ist die Bewährungsprobe.

Das religiöse Ideal Davutoğlus kann heute im Westen nirgends angesprochen werden. Es bleibt daher verborgen unter dem Ziel des ökonomischen und politischen Erfolgs seiner islamisch und damit ethisch orientierten Politik. Es wird zu gegebener Zeit in Erscheinung treten, womöglich in Gestalt eines Anspruches auf ein erneuertes Kalifat.

|| GOTTFRIED HUTTER

Theologe, Historiker, Psychotherapeut, München

ANMERKUNGEN

- 1 Göçek, Fatma Müge: *The Transformation of Turkey. Redefining State and Society from the Ottoman Empire to the Modern Era*, New York 2011, S. 98-184.
- 2 Zaidi, Aftab: World Muslims need to introspect: why only two Nobel Laureates, including an Ahmadi who was hounded in Pakistan as a Kafir, in: *New Age Islam*, 19.1.2012, <http://www.newageislam.com/NewAgeIslamArticleDetail.aspx?ArticleID=6415>.
- 3 Davutoğlu, Ahmet: *Alternative Paradigms. The Impact of Islamic and Western Weltanschauungs on Political Theorie*, Lanham 1993, S. 2.
- 4 Ebd., S. 3-5.
- 5 Ebd., S. 17-22.
- 6 Ebd., S. 90.
- 7 Ebd., S. 37-74.
- 8 Ebd., S. 89-97.
- 9 Ebd., S. 98-110.
- 10 CNN Nachrichtensendung, 13.3.2012.
- 11 Davutoğlu: *Alternative Paradigms*, S. 120-137.
- 12 Ebd., S. 135-149.
- 13 Ebd., S. 150-155.
- 14 Ebd., S. 156-164.
- 15 Ebd., S. 165-179.
- 16 Ebd., S. 180-187.
- 17 Ebd., S. 187-194.
- 18 Ebd., S. 197-202.
- 19 Davutoğlu, Ahmet: *The Clash of Interests – An Explanation of the World (Dis)Order*, in: *Perceptions. Journal of International Affairs* 4/1998, <http://sam.gov.tr/wp-content/uploads/2012/02/AhmetDavutoglu3.pdf>.
- 20 Bayat, Asef: *Abstract seiner Antrittsvorlesung in Leyden*, 26.4.2005, in: *ISIM Review* 16/2005, https://openaccess.leidenuniv.nl/bitstream/handle/1887/17030/ISIM_16_What_is_Post-Islamism.pdf?sequence=1.
- 21 Karabat, Ayşe: *Nahostpolitik der Türkei. Aufbruch zu neuen Ufern?*, in: *Qantara*, 23.10.2009.
- 22 Karabat, Ayşe: *Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik. Auf Distanz zur westlichen Staatengemeinschaft?*, in: *Qantara*, 16.6.2010.
- 23 Karabat: *Nahostpolitik der Türkei*.
- 24 *Al Arabiya News*, 4.10.2010, <http://english.alarabiya.net/articles/2011/12/14/182516.html>
- 25 Traub, James: *Turkey's Rules*, in: *New York Times*, 20.1.2011.
- 26 Siegl, Erik: *Die Rolle der Türkei im Nahen Osten. Schluss mit der Schwarz-Weiß-Malerei*, in: *Qantara*, 8.7.2011.
- 27 Hroub, Khaled: *Die arabischen Islamisten und Erdoğans türkischer Islam. Angst vor Veränderung*, in: *Qantara*, 19.10.2011.
- 28 Couvas, Jacques N.: *Turkey admires Tunisia's secular facelift*, in: *Asia Times*, 10.11.2011, http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/MK09Ak01.html%23.TrwFfQahaPM.printfriendly
- 29 Mahçupyan, Etyen: *Turning points for Turkey's religious people*, in: *Today's Zaman*, 17.11.2011, <http://www.todayszaman.com/columnist-263098-turning-points-for-turkeys-religious-people.html>
- 30 Moubayed, Sami (Historiker und Chef des syrischen „Forward Magazine“): *Will there be another Arab Spring in 2061?*, in: *Asia Times Online*, 29.11.2011, http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/MK29Ak02.html
- 31 Zenn, Jacob: *Rising terror group exploits Kazakh unrest*, in: *Asia Times*, 21.12.2011.
- 32 Khan, Omer Farooq: *Pak brigadier tried to create Islamic caliphate*, in: *The Times of India*, 8.3.2012.
- 33 Schmid, Bernard: *Umstrittenes Armenien-Gesetz. Vergiftete Beziehungen*, in: *Qantara*, 29.12.2011.
- 34 Kais, Roi: *Erdoğan to Haniyeh: Talks must include Hamas*, in: *Ynet News*, 1.1.2012.
- 35 Allawi, Ali A.: *How Iraq Can Define Its Destiny*, in: *New York Times*, 1.1.2012.
- 36 *Deutsch-Türkische Nachrichten*, 5.1.2012, <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2012/01/50149/davutoglu-gefahr-eines-%E2%80%9Ekalten-kriegs%E2%80%9D-im-nahen-osten/>
- 37 Vgl. dazu Göçek: *The Transformation of Turkey*, S. 47, Anm. 2: 30 % Türken haben einen schiitischen Hintergrund.
- 38 Davutoğlu, Ahmet: *Speech in London, „Most Successful Turks“ Awards Ceremony*, 22.11.2011, http://www.mfa.gov.tr/the-speech-delivered-by-h_e_ahmet-davutoglu_-minister-of-foreign-affairs-of-the-republic-of-turkey-at-the_-most-successful-turk.en.mfa
- 39 Bilefsky, Dan: *Despite Bold Talk on Syria, Turkey Sees Limits of Its Power*, in: *New York Times*, 16.3.2012.

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE STRATEGISCHE AUßENPOLITIK: DIE AKP-REGIERUNG UND DIE ARABELLION

LUDWIG SCHULZ || Der Beitrag befasst sich mit dem außenpolitischen Verhalten der Türkei zu den Transformationsprozessen in der arabischen Welt. Es werden die Reaktionen der türkischen Regierung auf diese Prozesse nachgezeichnet, ihr taktisches Vorgehen analysiert und in den Kontext der strategisch ausgerichteten türkischen Außenpolitik eingeordnet. Statt eines Scheiterns der Strategie wird eine relativ erfolgreiche Anpassung der Außenpolitik an die neuen Bedingungen attestiert.

DIE „NEUE TÜRKEI“ UND DIE ARABELLION: AUßENPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Die Transformationsprozesse, die 2011 in der arabischen Welt begonnen haben,¹ hatten ihre Wirkung auch auf die Türkei. Kaum eine Debatte zum Arabischen Frühling kommt ohne Bezugnahme auf die „neue Türkei“ aus: Sei es, dass sie als Modell oder Vorbild für die arabischen Reformländer und -akteure fungiert; sei es, dass sie als ein einflussreicher Spieler in der Region gilt, der den Verlauf der Entwicklungen mitbestimmt. Für die „neue Türkei“ steht maßgeblich die seit zehn Jahren regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP), die gerade gegenüber dem islamischen Raum ein bemerkenswert aktives außenpolitisches Verhalten an den Tag gelegt hat.

Vor welche Herausforderungen stellt der Arabische Frühling die türkische Außenpolitik? Was genau unternimmt die türkische Regierung, um dem zu begegnen und wie begründet sie ihr Tun? Und wie ist ihr Verhalten zu bewerten und einzuordnen? Zur Antwort hierauf wird weitgehend chronologisch vorgegangen, wobei im Analysefokus die Entscheidungen und Handlungen der türkischen Regierung in Bezug auf die Entwicklungen in den vier Transformationsländern Tunesien, Libyen, Ägypten und Syrien stehen. Zudem wird der Schwerpunkt auf die tatsächlichen poli-

tischen Entwicklungen und weniger auf die Debatte um die Türkei als mögliches Modell gelegt,² um anschließend die türkischen Reaktionen in den größeren Rahmen ihrer strategischen Außenpolitik einzuordnen. Denn anders als einige Beobachter, die wegen der Entwicklungen 2011/12 der Regierung ein Scheitern ihrer Politik attestieren, wird in den folgenden Ausführungen deutlich, dass sich die AKP bislang nicht von ihrer Strategie abbringen ließ, sondern dass sie sich außenpolitisch recht erfolgreich an die neuen Gegebenheiten anpassen und die bestehende außenpolitische Strategie zu einer „Davutoğlu-Doktrin 2.0“ weiterentwickeln konnte.

DIE TÜRKISCHEN REAKTIONEN AUF DEN ARABISCHEN FRÜHLING: CASE BY CASE

Wie in anderen Staaten, so war auch die türkische Regierung von der Eskalation der soziopolitischen Konflikte in Tunesien im Dezember 2010 überrascht worden.³ Sie reagierte zunächst abwartend, sprach sich für eine Deeskalation der Lage und für die Einführung dringender sozioökonomischer und politischer Reformen aus. Nach der plötzlichen Flucht von Präsident Zine el-Din Ben Ali am 14. Januar 2011 nach Saudi-Arabien erklärte die Regierung ihre Unterstützung für die Übergangsregierung, ließ jedoch aus Furcht vor weiteren Unruhen Hunderte der in Tunesien le-

benden Türken ausfliegen.⁴ Gleichzeitig begann die Regierung auch mit der Evakuierung von über tausend Türken aus Ägypten, wo die Proteste gegen das Regime von Präsident Hosni Mubarak an Schärfe zugenommen hatten. Um diese Aktionen relativ ruhig durchführen zu können, verfolgte die Regierung in der Anfangsphase der Proteste eine vorsichtige „wait-and-see“-Taktik, die ihr allerdings zuhause die Kritik einbrachte, sie müsse sich deutlicher hinter die Forderungen der arabischen Demonstranten stellen.

Zudem erwischte die Arabellion die Türkei zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt – nicht nur, weil sich der politische Betrieb in Ankara im Frühjahr 2011 zügig auf die Parlamentswahlen im Juni vorbereitete und daher wichtige Kapazitäten, darunter auch Außenminister Ahmet Davutoğlu, der erstmals für ein Mandat kandidierte, an den beginnenden Wahlkampf gebunden waren. Vor allem aber lag die große Herausforderung für die Regierung darin, den außenpolitischen Arbeitsmodus auf „Krisenmanagement“ umzustellen. Denn anders als bei Außenministerien in Europa oder Nordamerika mit ihren großen personellen und materiellen Ressourcen sind die Kapazitäten der türkischen Außenpolitik mit unter 1.500 Diplomaten im In- und Ausland stark eingeschränkt. Zudem befinden sich das Ministerium wie auch andere Regierungseinrichtungen seit einigen Jahren in einem administrativen und personellen Reformprozess, einerseits weil das Militär von seiner vormals dominanten Stellung in der Außenpolitik der Türkei verdrängt wurde, andererseits weil es galt, der neuen Anforderungen durch die strategische Neuausrichtung der Außenpolitik Herr zu werden.⁵ Um nun dennoch schnell und adäquat auf den Arabischen Frühling reagieren zu können, begann Außenminister Davutoğlu eine umtriebige Reisediplomatie und stimmte sich in Gesprächen mit Partnern und anderen relevanten Akteuren wie den USA und der EU, aber auch mit Russland oder Qatar ab.

Währenddessen erklärte am 1. März 2011 Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan in einer Rede vor der AKP-Parlamentsfraktion seine Haltung zum Umsturz in Tunesien und den Protesten in den anderen arabischen Ländern. Während der Partei- und Regierungschef die Stärke und den internationalen Einfluss der „neuen Türkei“ betonte, forderte er von allen Regimen, sich den

legitimen Forderungen ihrer Bevölkerungen zu stellen und Reformen einzuleiten. Speziell an Ägyptens Präsident Hosni Mubarak, den Erdoğan wegen der anhaltenden Gewalt gegen die Demonstranten in einer schweren Legitimitätskrise sah, richtete er die Forderung, „den Wunsch des Volkes nach Wandel ohne Zögern zu erfüllen.“⁶

Erdoğan's Rede, in der er Menschlichkeit und Freiheit betonte und die live in das arabische Ausland übertragen wurde, wurden zwar von der ägyptischen Regierung zurückgewiesen und als Einmischung kritisiert. Doch traf er auf umso mehr Zustimmung unter den Demonstranten – gleich ob nun säkularer oder religiöser Couleur – und er bestätigte sie damit in ihrem Protest. Währenddessen zeichnete sich Anfang Februar 2011 auf der Münchner Sicherheitskonferenz auch eine weitgehende Interessenskonvergenz zwischen dem Westen und der Türkei ab, die beide dem möglichst friedlichen, aber auch erfolgreichen demokratischen Wandel der Region eine große Bedeutung beimaßen.⁷

Nach Mubaraks erzwungenem Rücktritt am 11. Februar 2011 begrüßte die Regierung die friedliche Machtübernahme durch den ägyptischen Militärrat. Sie forderte eine baldige Übergabe der Verantwortung an eine zivile Regierung, freie Wahlen mit internationalen Wahlbeobachtern und eine neue, demokratische Verfassung für Ägypten. Zudem überbrachten Präsident Abdullah Gül und Außenminister Davutoğlu bei ihrer Reise nach Kairo im März, auf der sie mit führenden Vertretern des Militärs, der Protestbewegung und der Muslimbrüder Gespräche führten, das Angebot, bei der Transformation des Landes behilflich zu sein.⁸ Hierfür sollte nun auch ein hochrangiges Kooperationsforum für eine strategische Partnerschaft beider Länder ins Leben gerufen werden, sobald Ägypten über eine funktionierende Zivilregierung verfüge. Insgesamt sah Davutoğlu das Potenzial für eine „Achse der Demokratie“ von Ankara nach Kairo, durch die Stabilität und Wohlstand in der Region gefördert werden könnten. Allerdings müsse Ägypten hierfür kontinuierlich den beschwerlichen Weg der friedlichen Demokratisierung beschreiten, so der Außenminister in einem Interview mit *Cairo Review* im März 2012,⁹ einige Wochen bevor das ägyptische Militär und das Verfassungsgericht in den Transformationsprozess eingriffen, das Parlament und

die Verfassung weitgehend außer Kraft setzten und die Befugnisse des neu gewählten Präsidenten Mohammed Mursi einschränkten.

Zeitgleich mit dem Sturz des Mubarak-Regimes in Ägypten verhärtete sich die Lage in anderen arabischen Ländern. Dabei verfolgte die türkische Regierung einen strategisch-pragmatischen „case-by-case“-Ansatz, bei dem sie zwischen den einzelnen Ländern bzw. den jeweils dort herrschenden sozialen Strukturen und politischen Machtverhältnissen differenzierte. So sorgte sie sich im Fall Libyens wie auch schon bei Tunesien und Ägypten um ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die sie über Jahre hinweg auf- und ausgebaut hatte und die einen wichtigen Anteil am türkischen Wirtschaftsboom seit 2002 ausmachten.¹⁰ Dabei vollzog die Regierung eine ähnliche Annäherungspolitik an den libyschen Machthaber Muammar al-Gadaffi, wie sie auch andere Staaten in Europa verfolgt hatten, nachdem dieser 2003 seine anti-westliche Haltung aufgegeben und sein Land für ausländische Investoren geöffnet hatte.¹¹

Daher stand die Türkei genauso wie die anderen europäischen Staaten auch bei Ausbruch des Konflikts vor der immensen Herausforderung, zunächst Tausende in Libyen stationierte Arbeitskräfte und millionenschwere Investitionen schützen zu müssen.¹² Zudem waren sich die beteiligten Regierungen auch bewusst, dass ein plötzlicher Umsturz in Libyen besonders riskant gewesen wäre, weil das eigenwillige politische System al-Gadaffis über 40 Jahre lang auf seine Person als unumschränkter Herrscher ausgerichtet worden war, keine alternativen parlamentarischen Oppositionskräfte für einen Machttransfer zur Verfügung standen und damit die akute Gefahr eines lang anhaltenden Krieges der Stämme und Fraktionen mit destabilisierender Wirkung auf die ganze Region bestand. Aus diesen Gründen akzeptierte die türkische Regierung auch nur mit Skepsis die UN-Sicherheitsratsresolution 1973, die die Möglichkeit eines „regime change“ einräumte. Zudem musste sie nicht nur ca. 30.000 türkische Staatsbürger in kürzester Zeit in Sicherheit bringen, sondern übernahm bei dieser größten Evakuierungsaktion der türkischen Geschichte auch die Rettung tausender Gastarbeiter aus anderen Ländern. Aus diesem Grund plädierte Ankara zunächst für einen Waffenstillstand,

teilte aber auch offen mit, dass man einen Rückzug al-Gadaffis von der Macht und einen demokratischen Reformprozess für Libyen favorisiere.¹³

Allerdings stellte die Verschärfung der Situation – bis Anfang März 2011 hatten die Kämpfe über 6.000 Menschenleben gefordert – die türkische Regierung mehr und mehr vor das Problem, internationalen Sanktionen gegen Tripolis zustimmen zu müssen, obwohl dies dem etablierten „Soft Power“-Image der Türkei widersprechen und gerade vor den Parlamentswahlen wichtige Stimmen kosten würde. Um diesem Dilemma zu entkommen, erklärte Außenminister Davutoğlu, dass sich die Regierung in ihrer Krisenpolitik auf die katastrophale humanitäre Lage in Libyen konzentrieren und sich um die Versorgung der Bevölkerung und die Behandlung der Verwundeten kümmern wolle.¹⁴ Ferner bot sie sich weiter als Gesprächspartner zwischen al-Gadaffi und den Aufständischen an und erarbeitete einen Plan für eine mögliche Machtübergabe. Durch diese Schritte konnte Davutoğlu nicht nur das „Soft Power“-Image der Türkei aufrechterhalten, sondern er profilierte sich und die Regierung auch im türkischen Wahlkampf.

Trotzdem bedurfte es im Verlauf des sich verschärfenden Konflikts neuer Anpassungen der türkischen Libyenpolitik. Daher entschied sich Erdoğan am 3. Mai 2011 dazu, offen den Rückzug al-Gadaffis zu fordern, weil dieser sich weigerte, von der Gewalt gegen sein Volk abzulassen.¹⁵ Zwar schloss die Regierung daraufhin ihre Botschaft in Tripolis und erkannte den Nationalen Übergangsrat als legitime Vertretung des libyschen Volkes an, allerdings fehlte es noch an einer klaren internationalen Strategie, wie die Verdrängung al-Gadaffis von der Macht erreicht werden konnte, ohne dass der Konflikt eskalierte. Mit Verweis auf das drängende humanitäre Problem und auf die NATO-Statuten, die eine humanitäre Intervention nur eingeschränkt zuließen, blockierte die türkische Regierung zunächst das vor allem von Frankreich geforderte Vorgehen der NATO. Zudem fühlte sich Erdoğan vom französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy mehrmals übergangen, vor allem als dieser zu einem Treffen der Libyen-Kontaktgruppe nach Paris gerufen und die Türkei nicht eingeladen hatte. Welche hitzigen Diskussionen es insgesamt in jenen Wochen innerhalb des Bündnisses wegen der

deutschen Sicherheitsratsenthaltung, des forschenden Auftretens Sarkozys und der materiellen Engpässe während des Einsatzes gegeben hatte, ist momentan ebenso wenig geklärt wie die Gründe, die Erdoğan und die AKP dazu bewogen haben, letztlich einer Übernahme des Kommandos durch die NATO zuzustimmen.¹⁶ Allerdings ist anzunehmen, dass die Entscheidung durch die Zusage an die Türkei erleichtert wurde, die Kommandozentrale der NATO-Luftwaffe für den Einsatz in Izmir einzurichten sowie durch die dadurch verbesserten Aussichten auf einen Erfolg der Rebellen. So konnte die Türkei trotz berechtigter anfänglicher Bedenken ihren Beitrag zum Sturz des Regimes von Muammar al-Gaddafi und zum Neubeginn Libyens leisten. Doch hatte sich zwischenzeitlich auch die Situation in Syrien verschärft.

DIE SYRIENKRISE: MULTILATERALISMUS ALS AUSWEG

Wie oben erwähnt, wollte die Regierung auf die plötzlich ausgebrochenen Konflikte außenpolitisch adäquat, das heißt differenziert und fallspezifisch reagieren, ohne von ihren grundsätzlichen strategischen Zielen und Interessen ablassen zu müssen. Diese Ambition verfolgte sie auch in ihrem Umgang mit der Krise in Syrien. Noch im Februar 2011 hatten Ministerpräsident Erdoğan und der syrische Präsident Bashar al-Assad bei der Grundsteinlegung des „Staudamms der Freundschaft“ gemeinsam erklärt, dass nur der Dialog miteinander zu mehr Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der Region führen könne und dass die Annäherung und fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Länder wie in der Vergangenheit fortgesetzt werden müsse.¹⁷ Dieses Staudammprojekt am türkisch-syrischen Orontes sollte die partnerschaftliche Nachbarschaft der beiden Länder verdeutlichen, die sich eine etwa 800 km lange Grenze teilen und geschichtlich, kulturell und sozial eng miteinander verbunden sind. Um das lange Zeit brach gelegene Potenzial der Nachbarschaft nutzbar zu machen, setzte sich die AKP-Regierung international für Syrien ein, Erdoğan und Davutoğlu engagierten sich für eine Versöhnung des Landes mit dem Irak und vermittelten mit etwas Erfolg auch zwischen Syrien und Israel. Höhepunkte in den Beziehungen waren die Einsetzung eines Hohen Strategischen Koopera-

tionsrates mit gemeinsamen Kabinettsitzungen, zahlreiche Projekte der Zusammenarbeit sowie die Aufhebung der Visumpflicht, um damit den freien Lauf von Menschen, Gütern und Ideen zu ermöglichen.¹⁸ Bei alledem erwies sich Bashar al-Assad als gesprächsbereiter Kooperationspartner, der sich an einer Öffnung und Modernisierung seines Landes interessiert zeigte.¹⁹

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, weshalb die türkische Regierung einer möglichst raschen Befriedung des Konflikts eine prioritäre Bedeutung beimaß – auch unter Beibehaltung von al-Assads Herrschaft. Umgekehrt war ihr jedoch auch bewusst, dass eine Eskalation der Situation in Syrien zu großen regionalen Machtverschiebungen und Konflikten führen würde, von denen die Türkei massiv betroffen wäre – zumal die im Grenzgebiet lebenden Kurden einen weiteren stets zu berücksichtigenden Unsicherheitsfaktor darstellen. Daher suchten Erdoğan und Davutoğlu zunächst den Dialog mit dem ihnen scheinbar vertrauten al-Assad, um diesen von der Notwendigkeit einer Entspannung des Konflikts zu überzeugen. Sie befürworteten jedes seiner noch so kleinen Anzeichen, auf die Demonstranten zuzugehen und Reformen einzuleiten und sicherten ihm ihrerseits Unterstützung für den Transformationsprozess zu. Wie auch in den Fällen Ägypten und Libyen verfolgte die Regierung zudem eine enge Abstimmungspolitik mit der US-Administration und europäischen und arabischen Regierungen, wobei sie noch lange international dafür warb, Geduld mit al-Assad zu zeigen.²⁰

Allerdings setzte die Regierung verstärkt auf eine doppelte Taktik: Neben den bi- und multilateralen Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Konflikts – Außenminister Davutoğlu reiste im Frühjahr 2011 mehrfach nach Damaskus und in die Hauptstädte der Region²¹ – erlaubte die Regierung einem Teil der fragmentierten syrischen Opposition, sich in der Türkei zu organisieren und die Öffentlichkeit über das Geschehen und die Notlage der syrischen Bevölkerung zu informieren.²² Dadurch sollte der internationale Druck auf al-Assad erhöht werden, waren doch bereits in den Monaten März bis Mai über 1.300 Opfer der Unruhen zu beziffern und mehr als 5.000 Menschen in die Türkei und nach Jordanien geflohen. Zudem gab es vermehrt Berichte über zerstörte Dörfer, Vertreibungen und Mas-

saker, die die Flüchtlingszahlen in der Türkei weiter ansteigen ließen – bis zum Sommer 2012 auf etwa 30.000 Menschen.

Doch nichtsdestotrotz blieben die Gesprächskanäle zwischen Ankara und Damaskus 2011 weiter offen, um etwa auch die Möglichkeit zu eruieren, zum Schutz der Flüchtlinge eine Pufferzone in der Grenzregion einzurichten. Zudem startete Außenminister Davutoğlu am 9. August 2011, symbolisch zum Beginn des heiligen Monats Ramadan, einen letzten Vermittlungsversuch und schlug al-Assad in einem sechseinhalb-stündigen Gespräch einen Plan zur Konfliktbeilegung vor. Doch auch dieser Versuch scheiterte. Dies nahm Ministerpräsident Erdoğan sodann zum Anlass, al-Assad das Vertrauen zu entziehen und die diplomatischen Beziehungen zu beenden. Er erklärte, dass noch mehr Blutvergießen nicht hinzunehmen sei und drohte damit, sich alle Optionen für das weitere Vorgehen offen zu lassen. An al-Assad gerichtet, fügte Ahmet Davutoğlu noch hinzu: „[I]f we have to make a choice between you and [your] people in this current problem of yours, we'll side with the people.“²³

Angepasst an die neue Situation, stellte die Regierung ihre Syrienpolitik nun auf eine multilaterale Ebene: So unterstützte sie die Beobachtermission der Arabischen Liga vom Dezember 2011 sowie den Plan des UN-Beauftragten Kofi Annan und die UN-Mission vom Sommer 2012 und trat für alle Versuche ein, das syrische Regime von der Vereinten Nationen verurteilen zu lassen. Ferner übernahm sie die internationalen Beschlüsse zu Strafmaßnahmen gegen das Regime und stützte auch das Waffenembargo gegen Syrien, beispielsweise indem sie Lieferungen aus dem Iran stoppte. Zudem ließ die Regierung der syrischen Opposition weitgehend freie Hand, offenbar auch inklusive der Möglichkeit, die Rebellen von türkischem Territorium aus (und mit westlicher und arabischer Hilfe) unterstützen zu lassen. Berichte allerdings, wonach diese auch mit Waffen beliefert wurden, wies die Regierung stets zurück.²⁴

Das syrische Regime jedoch zeigte sich von den Initiativen zur Konflikteinhegung und dem wachsenden internationalen Druck vollends unbeeindruckt. Zudem wurde der Konflikt insgesamt immer unübersichtlicher, weil die syrische Opposition ihre internen Rivalitäten nicht über-

winden konnte und die Zahl anderer Staaten zunahm, die ihrerseits eigene Interessen im Konflikt verfolgten – darunter die USA, China und Russland sowie Saudi-Arabien und der Iran. Während die Gewalt im Land weiterging, verhinderten vor allem China und Russland im UN-Sicherheitsrat immer wieder ein internationales Vorgehen gegen das Regime und zum Schutz der syrischen Bevölkerung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet sich daher keine Lösung der Syrienkrise ab.

KRITISCHE EINORDNUNG ODER: VON WOHL UND WEHE EINER STRATEGIE

Wie lassen sich nun diese Reaktionen der türkischen Regierung auf den Verlauf des Arabischen Frühlings in den größeren Kontext der türkischen Außenpolitik einordnen? Die Türkei konnte insgesamt durch ihre Aktivitäten deutlich machen, dass sie ein eigenes Interesse am Verlauf der Entwicklungen und an der Zukunft der Region besitzt, das sie alleine und mit gleichgesinnten Akteuren vertreten will. Doch so nüchtern betrachtet würde sich die Türkei nicht von anderen Staaten der Region unterscheiden.

Tatsächlich aber hat die Türkei in den vergangenen zehn Jahren enorm an öffentlicher Präsenz und politischer Bedeutung gewonnen – ein Trend, der sich auch in den Auseinandersetzungen um den Arabischen Frühling widerspiegelt.²⁵ Dieser Bedeutungszuwachs ist nicht ausschließlich, aber zumindest auf der Akteursebene vor allem mit der Regierungsverantwortung der AKP unter Recep Tayyip Erdoğan verbunden – ein Regierungsauftrag, den das türkische Wahlvolk seit 2002 zwei weitere Male an Erdoğan und seine AKP vergab. Es wählte damit nicht nur den kontinuierlichen Wirtschaftsliberalismus und die handelspolitische Öffnung des Landes, sondern stimmte auch für die Reform des kemalistischen politischen Systems und damit für mehr Zivilisierung, Liberalisierung und Demokratisierung.²⁶ Und die Wähler sprachen sich auch überwiegend für den neuen aktivistischen außenpolitischen Kurs der AKP-Regierung aus – ja, mehr noch: Durch die zunehmende Zivilisierung und Liberalisierung der politischen Kultur in der Türkei können sich die Bürger wie nie zuvor an den Debatten um die Ausgestaltung der türkischen Außenpolitik beteiligen.

Diese Aspekte gilt es hinsichtlich einer ersten Bilanzierung der türkischen Reaktionen auf den Arabischen Frühling ebenso zu berücksichtigen wie den anerkannten Kern der AKP-Außenpolitik selbst: das außenpolitische Konzept der „Strategischen Tiefe“ und der Ansatz der „null Probleme mit den Nachbarn“ von Ahmet Davutoğlu.²⁷ Trotz der intensiven und kontroversen Debatte, die er und sein Konzept in den vergangenen Jahren hervorgerufen haben, wurde ein wesentlicher Aspekt in dem Zusammenhang bislang noch nicht ausreichend analytisch gewürdigt: dass das von Davutoğlu in den außenpolitischen Betrieb eingebrachte Konzept zu einer strategischen Ausrichtung der türkischen Außenpolitik geführt hat, wie es sie nie zuvor in dieser Form und Auswirkung gegeben hatte. Dabei bedeutet strategische Ausrichtung nicht die direkte Übereinstimmung der Vorgaben des Konzepts mit den konkreten Ergebnissen der Außenpolitik. Denn das hieße, die Voraussetzungen der Außenpolitik und die Vielzahl weiterer bestimmender Faktoren ebenso zu vernachlässigen wie die zahlreichen anderen Variablen, die im Entstehungs- und Verlaufsprozess einer Außenpolitik eine Rolle spielen – ein Fehler, den bspw. diejenigen begehen, die in der türkischen Außenpolitik nur einen quasi-revisionistischen „Neo-Osmanismus“ erkennen wollen und dies mit Davutoğlus Faible für die osmanische Geschichte und das osmanische Erbe der Türkei begründen.

Stattdessen meint strategische Konzeptionierung und Ausrichtung einer Außenpolitik die Definition von Zielen (oder gar einer Vision), die Bereitstellung von Mitteln und die Festlegung von expliziten Handlungsprinzipien, durch die die Ziele und Mittel aufeinander abgestimmt werden. Mit einem solchen strategietheoretisch grundierten Verständnis von Außenpolitik kann an sich jedes außenpolitische Verhalten einer Regierung analysiert werden – umso mehr ist ein solcher methodologischer Zugang aber Pflicht, wenn eine Regierung wie die der AKP explizit davon spricht, außenpolitisch einer Strategie zu folgen.

Demnach wäre es allzu verständlich, wenn nun manch einer mit Rückblick auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings und die Reaktionen der AKP-Regierung Ineffektivität, Ineffizienz, Inkohärenz und Inkonsistenz in der türkischen Außenpolitik feststellt und daher zum Schluss kommt,

dass Ahmet Davutoğlu mit seiner außenpolitischen Strategie gescheitert ist. Denn die „wait and see“-Taktik der Regierung am Beginn der Ereignisse und der daraufhin verfolgte differenzierte „case-by-case“-Ansatz stehen offenbar in diametralem Gegensatz zur zuvor verfolgten holistischen Politik der „null Probleme mit den Nachbarn“. Zudem führte der fallspezifische Ansatz der AKP-Politik, der die Machtstrukturen in den Ländern berücksichtigte, im Effekt nicht zu mehr Stabilität in der Region, sondern bewirkte stattdessen eine verstärkte Destabilisierung, weil die Türkei ihre zuvor beanspruchte Vermittlerposition aufgab und sich auf die Seite einer der beiden Parteien in den jeweiligen Konfliktfällen stellte. Und während Davutoğlu als herum-eilender, rationaler Diplomat noch den Anschein seiner „Soft Power“-Strategie zu retten versuchte, unterstrich Erdoğan die Inkohärenz der Außenpolitik, indem er mit emotionalen Reden mit seinen früheren Freunden brach und damit die vermeintliche strategische Ausrichtung der Politik ad absurdum führte. Doch auch wenn vieles für eine solche Zusammenfassung der Dinge spricht, greift diese Beurteilung doch zu kurz. Denn zum einen müssen die tatsächlich im Strategiekonzept formulierten Ansprüche und Ziele der türkische Außenpolitik nach Ahmet Davutoğlu korrigiert werden. Und zum anderen darf die Bedeutung der beiden verbliebenen Analyse Kriterien einer politischen Strategie, Kontinuität und Flexibilität nicht zu gering geschätzt werden.

So spielt es nämlich eine entscheidende Rolle zu erkennen, dass Davutoğlu in seinem Konzept weder „Soft Power“ noch die „Nullproblempolitik“ als die expliziten Ziele türkischer Außenpolitik ausweist, sondern sie nur als zwei von mehreren Mitteln und Wegen benennt, um das eigentliche außenpolitische Ziel zu erreichen, aus der Türkei eine überregional bedeutsame „Zentralmacht“ („merkez ülke“) zu machen. Diese könnte aufgrund ihres geopolitischen und geoökonomischen Potenzials („strategische Tiefe“) und durch eine multidimensionale Außenpolitik, die sich auf explizite Handlungsprinzipien stützt, zur Stabilisierung und Modernisierung jenes geographischen Großraumes beitragen, in deren Mitte sie sich befindet. Weil diese Region seit Jahrzehnten von Spannungen und Konflikten geprägt ist, die ihrerseits die Entwicklung und den Fortschritt

der Türkei seit jeher gehemmt haben, müssen staatliche und nicht-staatliche Akteure konzentriert daran arbeiten, die Region durch einen Ausbau von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interdependenzen zu stabilisieren. Dabei kommt es maßgeblich auf den Einsatz „weicher“ Mittel der Diplomatie, des Handels oder der Entwicklungs- und Kulturpolitik an, ohne jedoch auf „harte“ Instrumente der Sicherheitspolitik zu verzichten, und es bedarf weiterhin einer partnerschaftlichen Verbundenheit und kompatiblen Interessenformulierung mit den globalen Mächten im Westen.²⁸

Vor dem Hintergrund dieses Strategiekonzeptes und angesichts der dergestalt ausgerichteten Außenpolitik erweisen sich die Effektivität und Effizienz zugegebenermaßen als nur schwer überprüfbare Kriterien – wann soll der Status einer „Zentralmacht“ erreicht werden, und kann die Region dadurch wirklich befriedet werden? Zudem wird auch noch einmal deutlich, vor welchen großen Herausforderungen die auf diese Ziele ausgerichtete Außenpolitik der AKP durch die turbulenten Ereignisse des Arabischen Frühlings gestellt wurde. Doch darf aus Davutoğlus Überzeugungen und seinem Engagement als Außenminister auch geschlossen werden, dass er mit allem, was in seiner Macht steht, versuchen würde, sein Konzept der „Strategischen Tiefe“ und seine Vision einer global bedeutsamen Türkei zu verwirklichen; und Ministerpräsident Erdoğan, der im Juni 2011 für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt wurde, hat durch die erneute Ernennung Ahmet Davutoğlus zum Außenminister sein außenpolitisches Schicksal eng mit dem seines Außenministers verbunden.

Dies lässt nun den Schluss zu, nicht nur auf der personellen, sondern auch auf der inhaltlichen und der Implementationsebene der türkischen Außenpolitik von mehr Kontinuität, Kohärenz und Konsistenz auszugehen, als gemeinhin angenommen wird. So zeigt sich beispielsweise mit Blick auf die Krisenpolitik der Regierung zu den Ereignissen der Arabellion, wie Ministerpräsident Erdoğan und sein Außenminister eine komplementäre Arbeitsteilung vollzogen haben, mit Davutoğlu als „good cop“, der die „weichen“ Mittel der Diplomatie bedient, während Regierungschef Erdoğan als „bad cop“ letztlich über die Haltung der Regierung gegenüber den Poten-

taten und dessen Regierung entschied. So war stets er es, der dann das Vertrauen der Türkei entzog, sobald er wegen der eskalierten Gewalt in den Ländern eine „rote Linie“ überschritten sah und gegebenenfalls sogar mit militärischen Mitteln drohte, um die Regime zum Einlenken zu bringen.²⁹ Dabei lag der außenpolitische Zweck der Entscheidung in erster Linie immer darin, das Ausmaß der Destabilisierung soweit einzuschränken, damit nicht die ganze Region Schaden nimmt – eine Intention ganz im Sinne des Strategiekonzepts.

Ebenso lassen sich auch andere fallübergreifende Momente und Mechanismen der türkischen Reaktionen herausarbeiten, die sich kohärent und konsistent zum Strategiekonzept verhalten: So forderte die türkische Regierung ganz im Sinne eines nach Stabilität strebenden Akteurs einen baldigen Gewaltverzicht und einen Dialog der Konfliktparteien. Außerdem bot sie sich stets als Vermittlerin und Gesprächspartnerin sowohl während des Konflikts als auch für die Zeit nach dem Umsturz an – eine Offerte, die sich beispielsweise mit dem Handlungsprinzip der „rhythmischen Diplomatie“ deckt, welches Davutoğlu in sein Strategiekonzept aufgenommen hatte und dem er in seinem politischen Verhalten seit Jahren folgt. In gleicher Weise setzte die Regierung, wie oben beschrieben, im Verlauf der Ereignisse verstärkt auf den bereits im Strategiekonzept verankerten Multilateralismus in internationalen Organisationen – von den UN, NATO und EU bis zur Organisation der Islamischen Konferenz und der Arabischen Liga –, um sich dort möglichst konstruktiv einzubringen.³⁰ Damit zeichnet sich rückblickend recht deutlich ab, wie sehr Davutoğlus strategische Handlungsprinzipien auch während des Krisenmanagements der Regierung berücksichtigt und angewandt wurden.

Zudem entdeckten Erdoğan und Davutoğlu im Verlauf der Konflikte die Macht der „arabischen Straße“ – nicht nur, um sich wie Erdoğan auf seiner Reise in die Länder des Arabischen Frühlings im September 2011 publikumswirksam für die unterstützende Haltung der Türkei auf Seiten der arabischen Demonstranten feiern zu lassen;³¹ sondern die nach Freiheit, Demokratie und Modernisierung strebenden Menschen konnten auch als neue Bezugsquelle für die strategisch ausgerichtete Außenpolitik der „neuen Türkei“ dienen –

einer aufstrebenden, einflussreichen Zentralmacht, die als verständnis- und verantwortungsvoller Kooperationspartner für die schwierigen Transformationsprozesse der Länder zur Verfügung stehen will.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK: DIE DAVUTOĞLU-DOKTRIN 2.0

Mit dem Arabischen Frühling hatte die türkische Regierung einer doppelten Herausforderung zu begegnen: Zum einen musste sie die Entwicklungen differenziert betrachten und ein Krisenmanagement aufbauen und durchführen, bei dem die Besonderheiten eines jeden Konfliktfalls eigens berücksichtigt werden mussten. Dieser „case by case“-Ansatz führte auf dem ersten Blick zu teilweise berechtigten Zweifeln an der holistischen und vermeintlich doktrinären „Nullproblempolitik“ der Regierung. Doch zeichnet sich zum anderen mit Verlauf der Entwicklungen das Bild einer relativ erfolgreichen Anpassung der bisherigen außenpolitischen Strategie an die neuen Gegebenheiten ab. So konnte die AKP-Regierung in der Bilanz der Libyenkrise sowie im bisherigen Verlauf des Konfliktes in Syrien insgesamt die Türkei sowohl als aktives Mitglied des westlichen Bündnisses und der internationalen Staatengemeinschaft als auch als verantwortliche Kraft präsentieren, die sich gegen uneinsichtige Gewaltregime stellte und sich für die legitimen Forderungen der Demonstranten nach Wandel und Partizipation einsetzte. Statt eines zögerlichen „wait and see“ und eines nur pragmatischen „case by case“-Ansatzes verdeutlicht sich, dass die Regierung relativ kontinuierlich an ihre strategische Außenpolitik anknüpfen und das visionäre Fernziel einer kooperativen Zentralmacht, die „harte“ und „weiche Instrumente“ zu einer „Smart Power“-Strategie vereint, weiter im Blick halten kann.³² Und ebenso kann die Regierung am Zweck ihrer Politik festhalten, den politischen Wandel hin zu mehr Stabilität und Fortschritt in der Region durch mehr regionale Interdependenz und Kooperation voranzutreiben.³³

Mit der organisatorischen Umsetzung dieser „Davutoğlu-Doktrin 2.0“ begann der Außenminister bereits: So gab er Ende Dezember 2011 den versammelten türkischen Diplomaten und Diplomaten für die zukünftige Arbeit die Devise aus, das notwendige Krisenmanagement mit der

übergeordneten außenpolitischen Vision in Übereinstimmung bringen zu wollen:

„[W]e will pursue a vision-oriented foreign policy. ... Our long-term vision will inspire our crisis management efforts and help shape the course of developments in our regional and global neighborhoods. At the regional level, our vision is a regional order that is built on representative political systems reflecting the legitimate demands of the people where regional states are fully integrated to each other around the core values of democracy and true economic interdependence. At the global level, we will aspire to build in a participatory manner a new international order that is inclusive of the international community at large. This global order will have three dimensions: a political order based on dialogue and multilateralism, an economic order based on justice and equality, and a cultural order based on inclusiveness and accommodation.“³⁴

|| LUDWIG SCHULZ, M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Deutschen Orient-Institut, Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ Mit der arabischen Welt sind die Länder Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens von Marokko bis Irak, einschließlich der Arabischen Halbinsel, gemeint. Die beiden Ausdrücke „Arabischer Frühling“ und „Arabellion“ sowie der wissenschaftliche Begriff „Transformationsprozess“ werden hier synonym verwendet.
- ² Vgl. Perthes, Volker: Die Türkei könnte Vorbild und Vermittler sein, in: Süddeutsche Zeitung, 18.4.2011; Schulz, Ludwig: Türkei, in: Der Arabische Frühling. Auslöser – Verlauf – Ausblick, Studie des Deutschen Orient-Instituts, 2011, S. 194-207; Tocci, Nathalie / Taşpınar, Ömer / Barkey, Henri J. u. a.: Turkey and the Arab Spring. Implications for Turkish foreign policy from a transatlantic perspective, Washington D.C. 2011.
- ³ Vgl. Asseburg, Muriel: Der Arabische Frühling. Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik, in: SWP-Studie 17/2011; Deutsches Orient-Institut: Der Arabische Frühling. Auslöser – Verlauf – Ausblick, Berlin 2011; Ratka, Edmund: Bilanz und Perspektiven des „Arabischen Frühlings“, in: Politische Studien 440/2011, S. 58-69.
- ⁴ Dabei handelte es sich vor allem um Gastarbeiter und deren Familien; vgl. Hürriyet Daily News (HDN), 16.1.2011.

- 5 Vgl. Çevikalp, Mesut: Active depth: Diplomacy in the field and the new Turkish diplomat, in: Turkish Review 3/2012, S. 46-52 sowie Oran, Baskın: The implementation of Turkish foreign policy, in: Turkish Foreign Policy 1919-2006, hrsg. von Dems., Salt Lake City, UT 2010, S. 24-49.
- 6 Erdoğan, Recep Tayyip: Rede am 1.2.2011 in Ankara, <http://mideastwire.wordpress.com/2011/02/02/Erdoğans-cairo-speech-birthpangs-of-a-new-middle-east-as-obamas-cairo-moment-fades>, Stand: 30.6.2012.
- 7 Vgl. HDN, 5./6./7.2.2011.
- 8 Vgl. HDN, 11.2.2011; Today's Zaman (TZ), 14.2.2011 bzw. HDN und TZ, 4.3.2011.
- 9 Vgl. TZ, 19.9.2011 sowie MacLeod, Scott: Strategic thinking, in: The Cairo Review of Global Affairs – Special Report: Turkey 4/2012, S. 16-41, hier S. 37 f.
- 10 Im Jahr 2008 wickelte die Türkei 25 % ihres Handels mit den Ländern ihrer Nachbarschaft ab, über 13 % mehr als noch 1991, wobei ein Großteil des Handels Energieimporte aus Russland darstellt; vgl. Straubhaar, Thomas: Turkey as an economic neighbor, in: Turkey and Its Neighbors. Foreign Relations in Transition, hrsg. von Ronald H. Linden u. a., London / Boulder (CO) 2012, S. 173-194, hier S. 178; vgl. auch Kaptanoğlu, Neslihan / Kirişçi, Kemal: The politics of trade and Turkish foreign policy, in: Middle Eastern Studies 5/2011, S. 705-724.
- 11 Vgl. Mattes, Hanspeter: Die Beziehungen der Maghreststaaten zur Türkei, in: Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen. Nationales Interesse, nicht Religion als Basis der Kooperation, hrsg. von Sigrid Faath, Baden-Baden 2011, S. 235-256.
- 12 So ratifizierte das Parlament noch im Februar 2011 mehr als ein Dutzend Abkommen zum Schutz türkischer Auslandsinvestitionen. Im Falle Libyens handelte es sich um Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 15 Mrd. USD. Vgl. HDN, 25. und 27.2.2011.
- 13 Vgl. HDN, 27.2.2011; sowie TZ, 23. und 27.2.2011.
- 14 Vgl. HDN, 28.2.2011.
- 15 Vgl. Arab govts must listen to popular demands: Erdoğan, Interview am 14.3.2011, www.alarabiya.net/articles/2011/03/14/141531.html, Stand: 30.6.2012.
- 16 Vgl. rückblickend zum Libyenkonflikt Roberts, Hugh: Who said Al-Gadaffi had to go?, in: London Book Review 22/2011, S. 8-18.
- 17 Vgl. TZ, 8.2.2011.
- 18 Dieser visumsfreie Raum wurde später um Jordanien und den Libanon erweitert und sollte den Kern eines Prozesses verstärkter wirtschaftlicher Integration der vier Länder bilden. Vgl. Straubhaar: Turkey as an economic neighbor, S. 188.
- 19 Vgl. Kawakibi, Salam: Die syrischen-türkischen Beziehungen. Interessengeleitete „gute Nachbarschaft“, in: Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen, hrsg. von Sigrid Faath, Baden-Baden 2011, S. 181-200; Perthes, Volker: Is Al-Assad capable of reform?, in: International Herald Tribune, 31.3.2011.
- 20 Vgl. HDN und TZ, 27./28./29.3.2011 sowie 12.5.2011.
- 21 Vgl. TZ, 7.4.2011.
- 22 Vgl. Bank, André: Die Türkei und die Arabische Revolte. Regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?, in: GIGA Focus 9/2011, S. 6.
- 23 Vgl. HDN und TZ, 23./26./27.8.2011.
- 24 Vgl. Schmitt, Eric: C.I.A. said to aid in steering arms to Syrian opposition, in: New York Times, 21.6.2012 sowie allgemein Damla, Aras: Turkish-Syrian relations go downhill, in: Middle East Quarterly 2/2012, S. 41-50.
- 25 Vgl. Sons, Sebastian: Vorwort, in: Der Arabische Frühling, Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin 2011, S. 2-5; Tocci, Natalie: Foreword, in: Dies. u. a.: Turkey and the Arab Spring, Washington, D.C. 2011, S. 3-5.
- 26 Vgl. einführend Hale, William / Özbudun, Ergun: Islamism, democracy, and liberalism in Turkey: the case of the AKP, Abingdon / New York 2010; Länderbericht Türkei, hrsg. von Udo Steinbach, Berlin 2012.
- 27 Vgl. hierzu und im Folgenden Schulz, Ludwig: Ahmet Davutoğlu und zehn Jahre AKP-Außenpolitik in der Diskussion: von Wohl und Wehe einer Strategie, in: Pera-Blätter des Orient-Instituts Istanbul der DMG 23/2012, S. 3-24.
- 28 Vgl. ebd. sowie den Beitrag von Gülistan Gürbey in diesem Band.
- 29 Dass Erdoğan's außenpolitische Taktik auch immer auf innenpolitische Gewinne setzt, liegt in der Natur einer verschränkten Innen- und Außenpolitik. Dies gilt nicht nur für den Wahlkampf im Sommer 2011, sondern auch allgemein: So sind Erdoğan's Drohungen eines militärischen Mitteleinsatzes vor allem immer auch ein innenpolitisches Signal, dass anders als in den vom Militär dominierten 1990er-Jahren nunmehr die zivile, demokratisch legitimierte Regierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen die letzte Entscheidungsinstanz ist.
- 30 Ein wichtiges Moment der türkischen Politik war dabei der Dialog „auf Augenhöhe“, das heißt in gegenseitigem Respekt dem diplomatischen Prinzip der Reziprozität folgend. Ex negativo wird die Bedeutung dieser traditionellen Haltung der türkischen Diplomatie in Erdoğan's Kritik am französischen Präsidenten Sarkozy während des internationalen Managements der Libyenkrise deutlich, als dieser den NATO-Partner Türkei missachtete.
- 31 Vgl. Time Magazine: Erdogan's way, 28.11.2011 sowie MacLeod: Strategic thinking.
- 32 Das politikwissenschaftliche Konzept des zentralen Staates wurde auch in Bezug auf Deutschland nach Ende des Ost-West-Konflikts angewandt, vgl. Schwarz, Hans Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994. Den „Smart Power“-Ansatz für die US-Außenpolitik vertreten bspw.

Armitage, Richard L. / Nye, Joseph S.: A smarter, more secure America: Report of the CSIS Commission on Smart Power, hrsg. vom Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C. 2007.

³³ Davon zeugen bereits erste Kooperationsabkommen der Türkei mit den neuen Regierungen in Tunesien, Ägypten und Libyen. Vgl. TZ, 16.1., 9.4. sowie 23.4.2012.

³⁴ Davutoğlu, Ahmet: Principles of Turkish foreign policy and regional political structuring, in: SAM Vision Paper 3/2012, S. 7.

AUßENPOLITISCHE IMPLIKATIONEN DES TÜRKISCH-KURDISCHEN VERHÄLTNISSSES

GÜLISTAN GÜRBEY || Bisher ist es der Türkei nicht gelungen, eine politische Verregelung des internen Kurdenkonfliktes unter Einschluss der militanten PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) zu erreichen. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die innenpolitische Stabilität und die interne Demokratisierung, sondern auch auf die außenpolitischen Beziehungen der Türkei. Im Folgenden werden die vielfältigen außenpolitischen Implikationen dargelegt.

ZUR BEDEUTUNG DES KURDENKONFLIKTS IM NAHEN OSTEN

Der Kurdenkonflikt ist von zentraler Bedeutung für die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei. Dies hängt damit zusammen, dass der Konflikt ein grenzüberschreitender, transnationaler Konflikt ist. Er ist nicht nur auf die Türkei begrenzt, sondern erstreckt sich auch auf Syrien, den Iran und den Irak. Hinzu kommt, dass der Konflikt historisch tief verankert und komplex ist. Im Kern ist er eine historische Erblast infolge der Friedensregelungen nach dem Ersten Weltkrieg und des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches, die den Kurden Selbstbestimmung und die Gründung eines kurdischen Nationalstaates verweigerten. Die Kurden, deren Gesamtzahl auf ca. 25 Millionen geschätzt wird, erhielten weder einen Minderheiten- noch einen Autonomiestatus. In allen vier Staaten wurde eine Zwangsassimilierung der Kurden verfolgt, welche auf den massiven Widerstand der Kurden stieß. Trotz der Repression und Kontrolle mit militärischen Mitteln entwickelten sich in allen vier Staaten kurdische Nationalbewegungen, die heute in unterschiedlicher Intensität und auf unterschiedliche Art und Weise Widerstand gegen die Zwangsassimilierung leisten.¹ Eine politische Verregelung des Kurdenkonfliktes steht bislang aus.

Vor allem regionale Entwicklungen wie der Zweite Golfkrieg 1991 und der Irak-Krieg 2003 hatten einen entscheidenden Einfluss auf den Gesamtkonflikt. So hatte der Zweite Golfkrieg

eine Internationalisierung des Kurdenkonfliktes zur Folge, der bis dato primär als eine innere Frage der betroffenen Staaten angesehen wurde. Zugleich schuf er die Grundlagen für die Entstehung eines Autonomiegebietes im Norden des Irak, das dann in Folge des Irak-Krieges im Jahre 2003 eine verfassungsmäßige Anerkennung und Konsolidierung erfuhr. Der kurdische Nationalismus ist gegenwärtig auch als Folge der Globalisierung gewachsen, der die betroffenen Staaten herausfordert. Er tangiert die innere Verfasstheit, die regionalen Beziehungen der betroffenen Staaten und den regionalen Frieden. Eine friedliche Regelung steht noch aus.

TÜRKISCHE KURDENPOLITIK: KONTINUITÄT DER ZIELE UND WANDEL DER MITTEL

Das türkisch-kurdische Verhältnis hat sowohl eine interne als auch eine externe Dimension. Beide Dimensionen stehen in einem engen Zusammenhang und können sich gegenseitig beeinflussen. Die interne Dimension bezieht sich auf zwei wesentliche Fragen: die politische Verregelung des historischen Konflikts um die politisch-kulturellen Rechte von Kurden im Innern und des Umgangs mit der militanten PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Die externe Dimension betrifft das Verhältnis zu den kurdischen Akteuren und die Entwicklungen in der kurdischen Frage außerhalb der Türkei, also in Syrien, Irak und Iran. In diesem Kontext spielt der kurdische Nordirak, föderale Region Kurdistan-Irak bzw.

Kurdistan Regional Government (KRG)² genannt, eine besondere Rolle. Er ist in doppelter Hinsicht für die türkische Regionalpolitik von Bedeutung: erstens aufgrund der Präsenz der PKK und zweitens aufgrund der Vorreiterrolle des Nordirak für kurdische Ambitionen bis hin zur Unabhängigkeit im Kontext der Zukunft des Irak.

Trotz Veränderungen in der türkischen Kurdenpolitik³ im Zeitverlauf sind das Verständnis der Kurdenfrage und die wesentlichen Ziele der türkischen Kurdenpolitik sowohl nach innen als auch nach außen gleich geblieben. Dies hängt damit zusammen, dass der kurdische Faktor insgesamt nach wie vor als eine Bedrohung für die territoriale und nationale Einheit des Staates wahrgenommen wird. Er hat einen entscheidenden Einfluss auf innen-, außen- und sicherheitspolitische Diskurse und auf die Formulierung der türkischen Regionalpolitik. Folgende Ziele stellen bis heute eine Kontinuität dar, die auf einen nationalen Konsens basieren:

- die Verhinderung der Entstehung eines kurdischen Staates,
- die Einflussnahme auf die kurdischen Akteure und auf die Entwicklungen in der Kurdenfrage,
- die Schwächung und Kontrolle der kurdischen Nationalbewegungen,
- die Bekämpfung der PKK. Vor allem ist Letzteres zu einem Dreh- und Angelpunkt türkischer Innen- und Außenpolitik geworden.

Die innenpolitische Divergenz bezieht sich auf die Frage, mit welchen Mitteln diese Ziele am besten zu erreichen sind. Je nach politischem Lager stehen hier Konfrontation und Kooperation gegenüber. Diese Konsens-Ziele betreffen nicht nur die innenpolitische, sondern auch die außenpolitische regionale Dimension der Kurdenfrage.

In innenpolitischer Hinsicht werden diese Ziele durch einen Mix von militärischen und politischen Maßnahmen verfolgt. Dies ist ein Kompromiss zwischen traditionellen und liberalen Kräften und der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP). Die Strategie der AKP-Regierung beruht darauf, eine begrenzte Liberalisierung der traditionellen Kurdenpolitik durch Ausweitung der individuellen Freiheiten im Bereich der kulturellen Rechte auszuweiten und die PKK militärisch zu bekämpfen. Sie knüpft dabei an die ersten Liberalisierungstendenzen in der Ära von Turgut Özal Anfang der 1990er-Jahre

an und sah im Zuge des Golfkrieges von 1991 parallel zur militärischen Repression und Kontrolle eine vorsichtige Liberalisierung im kulturellen Bereich vor. Özal plante auch eine Erweiterung der Kompetenzen der Lokalverwaltungen durch eine umfassende Reform und eine politische Einbindung der PKK – u. a. mit einem Amnestieerlass. Gleichzeitig verfolgte er eine vorsichtige Öffnungspolitik gegenüber den irakischen Kurden, um die Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak zu verhindern und einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklungen im kurdischen Nordirak zu erlangen. Die ersten Kontakte zu Jalal Talabani (PUK-Patriotische Union Kurdistan) und Masoud Barzani (KDP-Demokratische Partei Kurdistan) wurden zu seiner Zeit hergestellt. Der Tod Özals im April 1993 verhinderte, dass diese Pläne verwirklicht wurden, doch bewirkten sie eine Enttabuisierung der Kurdenfrage. Seitdem kündigten alle Regierungen Verbesserungen und Reformen an, wenn das auch Lippenbekenntnisse blieben.⁴

VIELFÄLTIGE AUßENPOLITISCHE IMPLIKATIONEN

Die außenpolitischen Implikationen des ungelösten internen Kurdenkonflikts und des Gesamtkonflikts im Nahen Osten sind für die Türkei vielfältig. Er betrifft nicht nur die innenpolitische Stabilität, das zwischenstaatliche Verhältnis der vier Staaten und das regionale politische Gefüge. Er hat auch Auswirkungen auf das Verhältnis zu den USA, auf das türkisch-europäische Verhältnis und das Zusammenleben von türkischen und kurdischen Migrantengemeinschaften, die bereits seit Jahrzehnten in mehreren Generationen in den EU-Ländern leben.

Eine wesentliche außenpolitische Implikation des internen Konflikts betraf und betrifft die Beziehungen zur EU.⁵ In der Vergangenheit hatten massive Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang des internen Gewaltkonflikts sogar zu einer Stagnation der Beziehungen geführt. Gegenwärtig spielen der innere Demokratisierungsprozess und die Ausweitung der individuellen Freiheiten für den EU-Beitrittsprozess eine wesentliche Rolle. Von grundlegender Bedeutung ist hierbei die Fortsetzung des Reformprozesses, der u. a. die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und

die Ausweitung der sprachlichen Rechte betrifft. Ferner ist zu betonen, dass viele EU-Mitgliedsländer, in denen Kurden und Türken als Migrantencommunities leben, von den Auswirkungen des internen Konflikts betroffen waren und sind, und zwar sowohl in innenpolitischer Hinsicht als auch in ihren bilateralen Beziehungen zur Türkei, wie z. B. Deutschland. So kam es im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Gewaltkonfliktes in Deutschland zu heftigen innenpolitischen Kontroversen bezüglich der Fragen wie Waffenlieferungen, Umgang mit Flüchtlingen oder Verbot von PKK-nahen Organisationen. Auch in Zukunft sind grenzüberschreitende Auswirkungen nicht auszuschließen. Solange der Konflikt friedlich nicht gelöst ist, werden diese parallel zu den Entwicklungen vor Ort zu erwarten sein.

In regionalpolitischer Hinsicht hat der Kurdenkonflikt eine doppelte Bedeutung: Er hat sowohl eine „einigende“ als auch eine „trennende Kraft“. Die „einigende Kraft“ des kurdischen Faktors liegt im gemeinsamen Bemühen in der Abwehr der kurdischen Nationalbewegung. Trotz Konkurrenzen und Interessendivergenzen zwischen den betroffenen Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien ist dieses Bemühen eine Kontinuität in der kurdenpolitischen Strategie und ermöglicht Kooperation. So hat es bereits in der Vergangenheit verschiedene sicherheitspolitische Formen der Zusammenarbeit der betroffenen Staaten zur Abwehr der kurdischen Nationalbewegung gegeben, insbesondere unter Einsatz von gemeinsamen oder auch einzelstaatlichen grenzüberschreitenden militärischen Mitteln und Operationen. Ein wesentliches Beispiel dafür ist das Sicherheits- und Kooperationsabkommen zwischen der Türkei und dem Irak, das Mitte Februar 1983 unterzeichnet wurde und beiden Seiten das Recht gewährt, militärische Operationen gegen bewaffnete Gruppen auf dem Territorium des jeweiligen Staates durchzuführen. Davon machte die Türkei mehrmals Gebrauch, um die PKK auf nordirakisch-kurdischem Gebiet zu verfolgen. Das ist auch gegenwärtig ein wesentliches Mittel in der Bekämpfung der PKK. So hat Ankara im August 2007 ein „Memorandum of Understanding“ und im September 2007 ein Abkommen zur Terrorismusabwehr mit dem Irak unterschrieben, um die irakische Unterstützung zur Beendigung der Präsenz der PKK im Irak zu erzielen.

In Bezug auf die Zukunft des Irak hat die Türkei ihre Position aufgrund der Stärkung der Position der Kurden im Irak und der engen US-amerikanisch-kurdischen Beziehungen geändert: Sie besteht nicht mehr darauf, dass der Irak ein Einheitsstaat wird, und akzeptiert eine föderale Struktur des Irak. Die wesentliche Frage ist nunmehr, welche Art von Föderation und welcher Grad der Dezentralisierung die bessere Variante ist. Ziel ist es, eine Zersplitterung des Irak und die Entstehung eines kurdischen Staates zu verhindern. Auch verfolgt die Türkei inzwischen einen mittleren Kurs in der umstrittenen Kirkuk-Frage, indem sie auf der Bewahrung der multiethnischen Zusammensetzung besteht und die „turkmenische Karte“ unter Anlehnung an die turkmenische Minderheit im Irak nicht mehr wie früher massiv einsetzt. Ziel ist es zu verhindern, dass die Kurden weiterhin Maximalforderungen stellen und die Hoheit über Kirkuk erlangen.⁶

Gleichwohl ist auch eine „trennende Kraft“ des kurdischen Faktors gegeben, die Potenzial für Konfrontation beherbergt. Sie besteht in der Instrumentalisierung der kurdischen Politik und Akteure durch die betroffenen Staaten. Ziel ist es, zum einen die kurdischen Kräfte gegeneinander auszuspielen und die kurdische Politik zu schwächen und zum anderen in der Konkurrenz um Interessendurchsetzung und Vormachtstellung in der Region Einfluss zu erlangen. Ein prägnantes Beispiel war das konfrontative türkisch-syrische Verhältnis bis zur Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan im Februar 1999. Die syrische Unterstützung der PKK als Waffe in der Auseinandersetzung um die Wasserressourcen mit der Türkei und im Gegenzug die Nutzung der Wasserkarte durch die Türkei führten beide Länder fast an den Rand einer militärischen Konfrontation.⁷ Die gegenwärtigen Protestbewegungen in Syrien und die blutige Niederschlagung der Proteste durch das Assad-Regime haben nicht nur die Null-Problem-Politik zunichte gemacht. Sie fordern vielmehr auch die Türkei in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht heraus. Dabei sind nicht nur wirtschaftliche Interessen und eine erhöhte Verletzlichkeit durch die direkte Nachbarschaft (ca. 850 km gemeinsame Grenze) von Relevanz, sondern auch der kurdische Faktor spielt für die türkische Interessenlage eine zentrale Rolle. Zum einen befürchtet

Ankara, dass angesichts der sich verschlechternden türkisch-syrischen Beziehungen Syrien die „PKK-Karte“ wieder einsetzen könnte. Zum anderen sieht Ankara die Gefahr, dass die Proteste der kurdischen Minderheit in Syrien, die Teil der gesamten Protestbewegung in Syrien sind, auf die Türkei überschwappen und die Kurden in der Türkei beeinflussen könnten. Daher fährt die Türkei zweigleisig: Forderung nach einem Regimewechsel und Druck auf das Assad-Regime sowie Unterstützung der Oppositionsgruppen, um einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklungen der Nach-Assad-Zeit zu erlangen.⁸

Die Bekämpfung der PKK mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ist von vitaler Bedeutung und nimmt einen prominenten Platz in der türkischen Strategie ein. Sie ist zu einem Dreh- und Angelpunkt und einem bestimmenden Faktor geworden, weil fast alles durch die „Brille der PKK“ bewertet und jeglicher Fortschritt im Innern und im regionalen Gefüge von der Bekämpfung der PKK abhängig gemacht wird. Die Folge ist nicht nur eine Begrenzung des politischen Handlungsspielraumes und die Blockierung von politischen Prozessen wie z. B. die innere Demokratisierung und deren Konsolidierung. Auch die regionalen Beziehungen und die Beziehungen u. a. zu den USA und zur EU sind davon betroffen.

So gelangte die strategische Partnerschaft zwischen Ankara und Washington im Kontext des Irak-Krieges von 2003 an einen Tiefpunkt. Die unerwartete Entscheidung des türkischen Parlaments vom März 2003, den USA die Nutzung türkischen Territoriums für den Aufbau einer nördlichen Front gegen den Irak nicht zu gestatten, ließ die Interessendivergenzen in der Frage der Zukunft der Kurden im Nordirak und der Bekämpfung der PKK offen zu Tage treten. Die türkischen Eliten befürchteten, dass der Irak-Krieg zu einer Zersplitterung des Irak und der Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak führen würde. Ferner waren sie der Überzeugung, dass ein solches Szenario nicht nur die gesamte regionale Stabilität, sondern vor allem auch die nationale und territoriale Integrität der Türkei bedrohen und die Kurden in der Türkei zu einem ähnlichen Verhalten bewegen würde.

Die Türkei verlangte vor allem von der damaligen US-Regierung unter Präsident George W. Bush ein gemeinsames Vorgehen gegen die PKK.

Der Anstieg der Angriffe der PKK ab 2004 stärkte intern einen nationalistischen Diskurs und den öffentlichen Druck auf die AKP-Regierung, gegen den Nordirak auch mit militärischen Mitteln zu handeln, um die Angriffe der PKK zu unterbinden. Auch die Vorwürfe an die USA, sie unterstütze die PKK und die Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak, nahmen zu. Erst im November 2007 reagierte die Bush-Administration darauf, um der Gefahr eines militärischen Einmarsches der Türkei im kurdischen Nordirak entgegenzuwirken. Beide Seiten erklärten die PKK zum gemeinsamen Feind. Seither leistet die USA Unterstützung bei grenzüberschreitenden militärischen Angriffen des türkischen Militärs gegen die PKK-Stellungen im Nordirak. Zwar haben die Differenzen zwischen der AKP-Regierung und der US-Administration unter Barack Obama in Bezug auf die Zukunft des Irak und der irakischen Kurden abgenommen. Die territoriale Integrität des Irak ist sowohl für Washington als auch für Ankara von Bedeutung. Dennoch bleibt aus türkischer Sicht die Unterstützung der USA für den türkischen Kampf gegen die PKK ein wichtiger Prüfstein der türkisch-amerikanischen Beziehungen. Sie gilt auch zukünftig als Testfall für die Partnerschaft.

Die PKK-Frage tangiert nicht nur das Verhältnis zu den USA, sondern auch den von der AKP-Regierung eingeleiteten Annäherungsprozess mit der föderalen Region Kurdistan-Irak.⁹ Die Öffnungspolitik stellt einen Bruch mit der traditionellen Nordirak-Politik dar, die auf Leugnung und Eindämmung beruht. Sie basiert auf Kooperation – insbesondere wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation – und Dialog (bisher kategorisch abgelehnt – Ausnahme Ära Özal) und verfolgt primär folgende Ziele, die eine Kontinuität und einen nationalen Konsens aufweisen:

- Einflussnahme auf die Entwicklungen im Nordirak und Irak, um einen Zerfall des Irak zu verhindern und die territoriale Integrität des Irak zu gewährleisten,
- Verhinderung der Entstehung eines kurdischen Staates,
- Sicherstellung der Unterstützung im Kampf gegen die PKK, die aus dem Norden des Irak agiert,
- verhindern, dass die umstrittene erdölreiche Provinz Kirkuk unter kurdische Hoheit kommt sowie

- Eindämmung des regionalen Einflusses des Iran,
- Funktion als „Schutzpatron“ der Kurden insbesondere nach dem Abzug der US-Truppen aus dem Irak (Ende 2011).

Die türkische Öffnungspolitik ist eine Folge der regionalen Entwicklungen im Zuge des Golfkrieges 1991, des Irak-Krieges 2003 und des Abzugs der US-Truppen aus dem Irak (Ende 2011). Sie ist aber auch eng gekoppelt mit der Regionalpolitik der „Strategischen Tiefe“, die zum einen Anspruch auf maximale (wirtschaftliche) Integration und regionale Führungsrolle erhebt und zwangsläufig den kurdischen Faktor und die politischen Realitäten im Nordirak in Betracht ziehen muss. Zum anderen stellt die „Strategische Tiefe“ eine Verbindung zwischen innenpolitischer Demokratisierung und Stabilität und erfolgreichem außenpolitischen Handeln her, so dass eine interne Öffnung gegenüber der kurdischen Frage zwangsläufig auch eine externe Öffnung unumgänglich macht. Der doppelte Anpassungsdruck auf die traditionelle Nordirakpolitik bewirkte im Zeitverlauf eine Veränderung der politischen Strategie der Konfrontation in Richtung Kooperation.

Inzwischen ist die wirtschaftliche Dominanz Ankaras und die wirtschaftliche Abhängigkeit des Kurdischen Nordirak unübersehbar: Zahlreiche türkische Firmen dominieren die Bereiche Infrastruktur und Bausektor, bis zu 90 % der Waren und Güter kommen aus der Türkei, der Grenzhandel am strategisch wichtigen Grenzübergang Ibrahim Khalil (auch Habur genannt) ist gestiegen. Kooperation dient den Interessen beider Seiten, die derzeit eine Konvergenz verzeichnen. Während Irakischn-Kurdistan die Türkei als Balancefaktor zum iranischen Einfluss und zur Abhängigkeit von der Bagdader Zentralregierung, als Tor zum Westen und zu Europa sowie als Transitland für kurdisches Erdgas und Erdöl betrachtet, ist diese Region für die Türkei das Tor zum Irak und zu lukrativen Beziehungen mit den Golfstaaten. Hinzu kommen Öl- und Gasreserven in Kurdistan, die für die Deckung des türkischen Bedarfs und für die Diversifizierung der Energiepolitik sowie für das Nabucco-Pipeline-Projekt von Relevanz sind.

Ferner ist zu betonen, dass die Intensivierung der Beziehungen zwischen Ankara und Erbil auch im Interesse der USA liegt. Schon in den vergan-

gen Jahren hatten die USA auf eine Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Ankara und Erbil gedrängt, um einen militärischen Konflikt zu verhindern und um den Irak insgesamt zu stabilisieren. Die USA sieht vor allem ein größeres Risiko für Instabilität wegen der Kirkuk-Frage¹⁰ und anderer umstrittener Gebiete,¹¹ was eine Involvierung der Türkei oder auch des Iran provozieren und damit eine regionale Krise auslösen könnte. Daher betrachtet die USA eine Vertiefung der Beziehungen zwischen Ankara und Erbil als eine wesentliche Bedingung, diese Gefahr abzuwenden und mehr Stabilität zu erzeugen. Vor diesem Hintergrund hat die USA ihre Unterstützung bei der Bekämpfung der PKK an die Normalisierung der Beziehungen zwischen Ankara und Erbil und mehr Reformen zur Lösung der Kurdenfrage im Innern gekoppelt.

Die PKK-Frage wird auch weiterhin einen Einfluss auf den Verlauf des Annäherungsprozesses haben, solange sie im Norden des Irak präsent ist und nicht in eine friedliche Verregelung einbezogen wird. Hinzu kommt, dass Ankara und Erbil diesbezüglich unterschiedliche Sichtweisen haben. Im Gegensatz zur Türkei sieht die „Autonome Region Kurdistans“, also Irakischn-Kurdistan, eine Lösung nicht in einer militärischen Option, sondern in einer politischen Verregelung der türkischen Kurdenfrage, die auch die PKK-Frage einschließt. Daher sieht Erbil in grenzüberschreitenden militärischen Operationen der Türkei eine Maßnahme, um primär die kurdische Autonomiezone zu destabilisieren, und weniger eine Verfolgung der PKK.

Insgesamt bleibt das Ergebnis weiterhin ein fragiler Sieg des Pragmatismus auf beiden Seiten. Die Annäherung wird zwar nicht alle Probleme lösen oder nationalistische Rhetorik verhindern, die die politischen Diskurse beeinflusst. Mit der Annäherung besteht jedoch die Chance, die Grundlagen für eine stabile Beziehung zu legen, die eine friedliche und konsensbasierte Lösung z. B. auch der Kirkuk-Frage einschließt.

FAZIT

Abschließend bleibt festzuhalten, dass außenpolitische Implikationen des internen und externen Kurdenkonfliktes auch in Zukunft zu erwarten sein werden, solange der Gewaltkonflikt ungelöst bleibt. Die Herausforderung für Ankara liegt

darin, eine interne Lösung durch weitreichende Reformen in Gang zu bringen, die die historisch verwurzelten Autonomiebestrebungen der Kurden berücksichtigt und dabei auch die PKK mit einbezieht. Auch gilt es, die Beziehungen zu Irakisch-Kurdistan auf der Grundlage der Anerkennung der kurdischen Autonomiebestrebungen und einer gleichberechtigten Partnerschaft zu vertiefen. Dies wird innenpolitische Stabilität erzeugen und das außenpolitische Regierungshandeln positiv beeinflussen. Innenpolitische Stabilität wird den externen Anpassungsdruck auf das außenpolitische Regierungshandeln, der von den regionalen Entwicklungen ausgeht und die Einflussnahme begrenzt, balancieren und die außenpolitische Manövrierfähigkeit erweitern.

|| PD DR. HABIL. GÜLISTAN GÜRBĒY

Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für
Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. zur Geschichte der Kurden McDowall, David: *A Modern History of the Kurds*, London 2003.
- 2 Vgl. zur Föderalen Region Kurdistan-Irak Stansfield, Gareth R.V.: *Iraqi Kurdistan. Political development and emergent democracy*, London / New York 2003; Natali, Denise: *The Kurdish Quasi-State. Development and Dependency in Post-Gulf War Iraq*, Syracuse 2010; Dingley, James: *Kurdistan zwischen Autonomie und Selbstverwaltung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9/2011, S. 31-36.
- 3 Siehe Näheres zur türkischen Kurdenpolitik Gürbey, Gülistan: *Der Kurdenkonflikt in der Türkei: Ende der Gewalt?*, in: *Friedensgutachten 2010*, hrsg. von Christiane Fröhlich, Margret Johannsen, Bruno Schoch u. a., Berlin 2010, S. 181-192; Gürbey, Gülistan / Ibrahim, Ferhad (Hrsg.): *Der Kurdenkonflikt in der Türkei. Hindernisse und Chancen für Frieden und Demokratie*, Münster 2000.
- 4 Zur Kurdenpolitik in der Ära von Turgut Özal vgl. Gürbey, Gülistan: *Autonomie – Option zur friedlichen Beilegung des Kurdenkonfliktes in der Türkei?*, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 5/1997, Frankfurt a. M. 1997.
- 5 Vgl. dazu Gürbey, Gülistan: *Die türkische Kurdenpolitik im Kontext des EU-Beitrittsprozesses und der Kopenhagener Kriterien*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* Heft 1/2004, S. 44-57.
- 6 Siehe dazu Gürbey, Gülistan: *Die Irak-Krise aus der Sicht der Türkei*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 1/2003, S. 28-40; Gürbey, Gülistan: *Die Rolle der Kurden und die Position der Türkei*, in: *Brandherd Irak. US-Hegeemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, hrsg. von Bernd W. Kubbig, Frankfurt / New York 2003, S. 269-273.
- 7 Vgl. dazu Gürbey, Gülistan: *Die türkisch-syrische Krise: Nur eine Kriegsdrohung?*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 4/1998, S. 349-359.
- 8 Vgl. International Crisis Group: *Uncharted Waters: Thinking Through Syria's Dynamics*, Middle East Briefing 34/2011.
- 9 Vgl. zum Verhältnis zwischen der Türkei und Irakisch-Kurdistan Barkey, Henri J.: *Preventing Conflict over Kurdistan*. Carnegie Endowment for International Peace, Washington D. C. 2009; International Crisis Group: *Turkey and Iraqi Kurds: Conflict or Cooperation?*, Middle East Report 81/2008.
- 10 Zur Kirkuk-Frage siehe International Crisis Group: *Iraq and the Kurds: Resolving the Kirkuk Crisis*, Middle East Report 64/2007.
- 11 Siehe ausführlicher zu den Konflikten um Territorien und Ressourcen insbesondere Kane, Sean: *Iraq's disputed Territories. A view of the political horizon and implications for U. S. Policy*, United States Institute for Peace, *Peaceworks* 69/2011.

„NULL PROBLEME“ – FEHLANZEIGE: DIE AKTUELLE ZYPERNPOLITIK DER TÜRKEI*

HEINZ-JÜRGEN AXT || Die Türkei möchte Mitglied der Europäischen Union werden und friert zu deren Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2012 die Beziehungen ein, weil das EU-Mitglied Zypern dieses Amt übernimmt. Wie lässt sich dieses widersprüchliche Verhalten erklären? Diese Frage drängt sich umso mehr auf, da die Türkei spätestens mit der Amtsübernahme des türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu im Jahre 2009 den Anspruch erhebt, eine „Null-Probleme-Politik“ gegenüber Nachbarn zu verfolgen.¹ Soll Zypern von dieser Politik ausgeschlossen werden? Zur Beantwortung dieser Frage ist, wenn auch nur knapp, auf die Zypernpolitik der Türkei seit 1960 einzugehen, bevor jüngste Entwicklungen beleuchtet werden.

ZYPERN – EIN KLEINER STAAT MIT WELTPOLITISCHEM KONFLIKTPOTENZIAL

Obwohl Zypern der Einwohnerzahl nach kleiner als München ist, hat der Volksgruppenkonflikt auf der Insel immer wieder die Weltpolitik beschäftigt. Seit der Intervention und Invasion der Türkei im Jahre 1974 leben türkische und griechische Zyprer in weitgehend getrennten Siedlungsgebieten. Heute zählt man 256.644 türkische (2006) und 766.400 (2005) griechische Zyprer. Nachdem im Dezember 1963 gegen den Widerstand der türkischen Zyprer Präsident Makarios ein 13-Punkte-Programm zur Änderung der Verfassung vorgelegt hatte, kam es noch im selben Jahr zu blutigen Zusammenstößen zwischen beiden Volksgruppen. Auf Seiten der türkischen Zyprer vollzog man eine folgenschwere Entscheidung: Die Repräsentanten zogen sich aus der Regierung und der Verwaltung zurück, weil sie ihre Rechte nicht ausreichend gewahrt sahen. Für die Staatengemeinschaft stellte sich die Frage, wer als legitime Vertretung Zyperns anzusehen sei. Die Wahl des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) fiel auf die Regierung von Erzbischof Makarios, die sich – nach dem Ausscheiden der türkisch-zyprischen Vertreter – ausschließlich aus Zyperngriechen zusammen-

setzte. Begründet auf Resolution 186 des Sicherheitsrates der VN vom 4. März 1964 akzeptierte auch die EWG die Regierung Makarios als legitime Vertretung und führte demgemäß die Beitrittsverhandlungen mit den griechisch-zyprischen Vertretern der Republik Zypern. Dagegen vertritt die türkisch-zyprische Seite die Auffassung, dass die Regierung Makarios die Grundlagen des gemeinsamen Staates zerstört habe, als sie eine Revision der Verfassung angestrebt habe. Diese Position führte schließlich zur Auffassung, dass es in Zypern zwei Völker gebe, weshalb es auch zwei Staaten geben müsse – eine Position, die auch für die Türkei maßgeblich wurde.² In der Zypernpolitik der Türkei lassen sich seit Gründung der Republik Zypern im Jahr 1960 vier Phasen ausmachen.

1. PHASE: DOMINANZ SICHERHEITS- POLITISCHER MOTIVE

Im Zuge der 1963 eskalierenden Konflikte zwischen den beiden Volksgruppen auf Zypern setzte die Türkei auf den Führer der türkischen Zyprer Rauf Denktaş und dessen Strategie, dass es in Zypern eigentlich keine Notwendigkeit gebe, die beiden Volksgruppen zu versöhnen, weil zwei ge-

trennte Staaten als Lösung anzusehen seien. In dieser Perspektive wurde dann auch die Landung türkischer Truppen auf der Insel als „Befreiung der türkischen Zypriern“ interpretiert. Bei den unter der Ägide der VN geführten Versöhnungsverhandlungen tat sich Denктаş als Neinsager hervor – offiziell, weil er um die Sicherheit seiner Volksgruppe fürchtete. Eine Vereinigung der beiden Volksgruppen hätte wohl aber auch sein politisches Ende bedeutet. Denктаş verfügte über exzellente Beziehungen zu Politikern in der Türkei. Den Zugang zum türkischen Parlament zu finden und dort zu reden, stellte für ihn kein Problem dar. Die Türkei gewährte dem Volksgruppenführer die nötige Unterstützung bei den Verhandlungen im Rahmen der VN.

Die Türkei legitimierte ihre Haltung damit, dass Denктаş der anerkannte Führer der türkischen Zypriern sei und dass diese einen Teil der türkischen Nation, Kultur und Religionsgemeinschaft darstellten. Realpolitisch betrachtet ging es der Türkei vornehmlich um sicherheitspolitische Motive. Die Stationierung türkischer Truppen im Norden Zyperns schaffte das für notwendig erachtete Gegengewicht gegen die Bevölkerungsmehrheit der griechischen Zypriern auf der Insel und vor allem gegen Griechenland im östlichen Mittelmeer. Das lässt sich besonders gut an der geplanten Stationierung von Luftabwehrraketen des Typs S-300 im Süden Zyperns im Jahr 1997 nachvollziehen. Ankara reagierte scharf. Würden die Raketen disloziert, wäre dies der „casus belli“. Der Grund für die türkische Haltung muss in der 1993 zwischen der Republik Zypern und Griechenland beschlossenen „Gemeinsamen Verteidigungsdoktrin“ gesehen werden. Wäre es zur Raketenstationierung in Zypern gekommen, hätte sich für Griechenland die Möglichkeit zur Machtprojektion gegenüber der Türkei von Zypern aus ergeben. Die Krise um die S-300-Raketen hätte sehr schnell zur bewaffneten Eskalation führen können. Denn auch 1974 hatte ja das türkische Militär auf Zypern interveniert, um zu verhindern, dass sich das griechische Militär dauerhaft und in nennenswerter Stärke auf Zypern festsetzt. Der strategische Primat der Türkei besteht darin, die wenig geschützte südliche Ägäisflanke des Landes nicht verwundbar werden zu lassen. Schließlich verzichtete Athen auf die Raketenstationierung.³

2. PHASE: EU-AMBITIONEN DER TÜRKEI

Die zweite Phase türkischer Zypernpolitik begann am 21. Januar 2002, als mit der Vorbereitung von Verhandlungen zwischen griechischen und türkischen Zypern unter der Ägide der VN begonnen wurde, die später in den Versöhnungs- und Vereinigungsplan des VN-Generalsekretärs Kofi Annan einmündeten. Den griechischen Zypern war bereits mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags im Jahr 2003 zugesichert, dass sie zum 1. Mai 2004 Bürger der EU werden. Bei den türkischen Zypern war das fraglich. Das erklärt zum großen Teil das Ergebnis des Referendums vom 24. April 2004, als die türkischen Zypriern den Annan-Plan mehrheitlich akzeptierten, die griechischen Zypriern ihn aber ablehnten.⁴

Offiziell nahm die Türkei gegenüber dem Annan-Plan eine neutrale Haltung ein. Doch war unübersehbar, dass die Regierung Erdoğan und die sie stützende Parlamentsfraktion der AK-Partei (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, Adalet ve Kalkınma Partisi) sich nicht nur für die Annahme des Annan-Plans stark machten, sondern auch einen Kurswechsel gegenüber der Führung in Nordzypern unterstützten. Galt früher die uneingeschränkte Unterstützung der Türkei dem auf Verfestigung der Zweistaatlichkeit ausgerichteten Präsidenten Rauf Denктаş, so wandte sich Ankara von ihm ab und unterstützte Ministerpräsident Mehmet Ali Talat als strikten Befürworter des Annan-Plans. Denктаş wurde von Ankara an den Verhandlungstisch des VN-Generalsekretärs gedrängt.

Die Motivation des Kurswechsels war offensichtlich: Erdoğan wollte die Ambitionen einer Heranführung der Türkei an die EU nicht gefährden. Nachdem der Europäische Rat von Helsinki 1999 die Türkei zum Beitrittskandidaten erklärt hatte, kam es Erdoğan während der Verhandlungen über den Annan-Plan darauf an, einen definitiven Termin für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zu erlangen. Bekanntlich verhandelt die EU seit dem 3. Oktober 2005 mit der Türkei über einen Beitritt.

Aus der Sicht der Türkei war es vorteilhaft, dass der Annan-Plan am Interventionsrecht der Garantiemächte festgehalten hat. Nur unter dieser Prämisse war eine Unterstützung der Vermittlungsbemühungen durch die Türkei zu erwarten.

Die Regierung Erdoğan war natürlich auch positiv davon angetan, dass der Annan-Plan den wiedervereinigten Staat Zypern darauf verpflichten wollte, sich für die EU-Perspektive der Türkei einzusetzen. Im Annan-Plan selbst hieß es in der Präambel: „Looking forward to joining the European Union, and to the day when Turkey does likewise.“ Art. 1 wird noch deutlicher: „Cyprus shall maintain special ties of friendship with Greece and Turkey, respecting the balance in Cyprus established by the Treaty of Guarantee and the Treaty of Alliance and this Agreement, and as a European Union member shall support the accession of Turkey to the Union.“

In einem sieben Seiten langen Dokument hat der Ministerrat der Türkei im April 2004 entsprechend die positiven Argumente aufgezählt, die für eine Annahme des Annan-Plans sprachen.⁵ Von besonderer Bedeutung wurde hervorgehoben: „The new Cyprus will support Turkey's accession to the EU.“ Vorteilhaft erschien für die türkische Seite darüber hinaus die starke Stellung der Teilstaaten, die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit, die politische Gleichheit beider Volksgruppen, die Verankerung eines Konkordanzmodells, die Beibehaltung des Garantievertrags, die Stationierung von Truppen der Türkei und Griechenlands auf der Insel, die Ablösung der Republik Zypern durch einen neuen Staat sowie der Verbleib von 45.000 Siedlern.

Der türkische Generalstab hatte allerdings substanzielle Vorbehalte gegen den Annan-Plan. Für ihn tangierte das Zypernproblem auch die Sicherheit der Türkei, was nicht zuletzt durch die unmittelbare Nähe der Insel zum türkischen Festland zu erklären sei. Zypern hatte für Generalstabschef Hilmi Özkök eine strategische Bedeutung, die über das erklärte Ziel, den türkischen Zypern beizustehen, hinausgeht. Nach einer Besprechung zwischen der politischen Führung und Özkök am 20. März 2004 konnte allerdings der damalige Außenminister Gül feststellen, dass von Seiten der Armee keine Einwände gegen den Kurs von Ministerpräsident Erdoğan erhoben wurden. Der Kurs der zivilen politischen Führung hatte sich in Ankara durchgesetzt. Mit dem Scheitern des Annan-Plans endet die zweite Phase türkischer Zypernpolitik, die wegen der eigenen EU-Ambitionen durch eine konziliantere Haltung gekennzeichnet war.

3. PHASE: UNSICHERE EU-PERSPEKTIVE UND ABWARTENDES ZYPERN-ENGAGEMENT

Das Scheitern des Annan-Plans führte in Ankara wie auch bei den türkischen Zypern zu Enttäuschung. EU-Kommissar Günther Verheugen wollte zwar die türkischen Zyperer für das positive Votum kompensieren und versprach 259 Millionen Euro an Finanzhilfe und die Einführung des Direkthandels zwischen Nordzypern und EU. Weil die EU erhebliche Probleme hatte, die 259 Millionen Euro Nordzypern zuzuweisen,⁶ und weil die griechischen Zyperer ihr Veto gegen den Direkthandel einlegten, wurde die Entfremdung der türkischen Zyperer, aber auch der Türkei von der EU verstärkt.

Divergierende Tendenzen waren festzustellen: Die türkisch-zyprische Führung unter Mehmet Ali Talat kritisierte die EU, folgte aber der Einladung des 2008 neu gewählten griechisch-zyprischen Präsidenten Dimitris Christofias zu einer neuen Runde bikommunaler Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns. Diese fanden nicht mehr unter der Ägide der VN statt, sondern sollten Verhandlungen „von Zypern für Zypern“ sein. Die VN übernahmen nur noch gute Dienste, aber keine aktive Vermittlung wie beim Annan-Plan.

Die Zypernpolitik der Türkei gestaltete sich eher passiv. Ankara hinderte Talat nicht, die Verhandlungen aufzunehmen, aber im Vergleich zur zweiten Phase, als der Annan-Plan zur Diskussion stand, war die Unterstützung mäßig. Offensichtlich wollte man zunächst das Ergebnis der Verhandlungen abwarten. Talat wiederum hatte während der Verhandlungen zum Annan-Plan auch die Türkei kritisiert, war jedoch nach Scheitern des Plans mehr und mehr auf die Linie der Türkei eingeschwenkt. Bei den Präsidentschaftswahlen am 18. April 2010 setzte sich Derviş Eroğlu durch, der durch seine Ablehnung des Annan-Plans aufgefallen war und sich stärker an den Kurs der Türkei anlehnte.⁷

Die abwartende Haltung der Türkei in der Zypernpolitik erklärt sich durch mehrere Faktoren: Die Beitrittsverhandlungen mit der EU vollziehen sich deutlich langsamer, als von Ankara gewünscht. Nicht nur in der Zypernpolitik verliert die EU-Perspektive für die Türkei den Anreiz zu kompromissorientiertem Verhalten. Acht Kapitel sind seit Dezember 2008 in den Beitrittsverhandlungen blockiert. Die ablehnende Haltung in

einigen EU-Staaten gegenüber einer EU-Mitgliedschaft der Türkei ist unverkennbar. Und die Forderung der EU, Häfen und Flughäfen für die griechischen Zyprer zu öffnen, so wie dies 2005 im Zusatzprotokoll zum Ankara-Vertrag vereinbart wurde, nimmt man in Ankara als ein weiteres Beitrittskriterium der EU wahr. Entsprechend reagiert die Türkei. Entgegenkommen in der Zypernpolitik will man erst dann zeigen, wenn die „Isolation des Nordens“ beendet wird. Das betrifft vor allem den Wirtschaftsaustausch und führt später – wie noch gezeigt wird – zur „Taiwan-Formel“ für den Norden Zyperns.

4. PHASE:

VERHÄRTUNG DER FRONTEN

Aktuell prägen vier Entwicklungen die Zypernpolitik der Türkei: erstens die abwartende und wenig engagierte Haltung zu den Verhandlungen zwischen den beiden Volksgruppen, zweitens die Lancierung eines „Taiwan-Modells“ für Nordzypern, drittens die Konfrontation anlässlich der Erdgas-Explorationen und viertens die Brückierung der EU mit dem angedrohten Abbruch der Beziehungen zur EU-Ratspräsidentschaft. Insgesamt ist eine Verhärtung der Fronten nicht nur zur Republik Zypern, sondern auch gegenüber der EU zu konstatieren.

VOLKSGRUPPENGESPRÄCHE:

WENIG ENGAGEMENT DER TÜRKEI

Seit 2008 treffen sich die Volksgruppenführer auf Zypern jede Woche mindestens zweimal, um den Konflikt im Rahmen einer Verhandlungslösung beizulegen. Sechs Fragen sind von herausragender Bedeutung: Governance und Gewaltenteilung, Wirtschaft, EU-Fragen, Eigentum, territoriale Anpassungen und Sicherheit sowie Garantien. Der Führer der türkischen Zyprer Eroğlu hat bereits vor Aufnahme der Verhandlungen deutlich gemacht, dass eigentlich über Eigentum, Abgrenzung des Territoriums, türkische Siedler und Sicherheit gar nicht zu verhandeln sei. Wiederholt hat er von der „Realität zweier Staaten“ auf Zypern gesprochen.⁸ Von der Türkei ist er nicht zurückgewiesen worden. Die türkische Unterstützung für den aktuellen Verhandlungsprozess ist äußerst zurückhaltend. Das macht den Unterschied zur Zeit der Verhandlungen über den Annan-Plan aus.

Bis Ende 2009 fanden bereit 58 Treffen der Volksgruppenführer statt. Zwar gab es einige Gesten guten Willens wie z. B. die Absage von Manövern, doch in den Kernfragen kam man sich nicht näher. Das betraf vor allem folgende Themen: türkische Siedler im Norden, föderale Staatsstruktur sowie Direktwahl des Präsidenten und Vizepräsidenten von einer einheitlichen Liste. Bei den Themen Eigentum, Territorium, Sicherheit und Garantien konnte man sich nicht auf einen gemeinsamen Text einigen. Beim Thema Niederlassung wollten die griechischen Zyprer möglichst vielen die Rückkehr in den Norden ermöglichen, was die türkisch-zyprische Seite ablehnte. Während die griechischen Zyprer argumentierten, die Mitgliedschaft in der EU genüge als Garantie, wollten die türkischen Zyprer am System der Garantiemächte festhalten, so wie dies 1960 bezüglich Großbritannien, Türkei und Griechenland eingeführt worden war. Der griechisch-zyprische Wunsch nach Demilitarisierung traf auf den Widerstand der türkisch-zyprischen Seite.⁹

Zwei Jahre nach dieser ernüchternden Zwischenbilanz haben sich die Dinge keineswegs zum Besseren gewendet. Es ist nicht erkennbar, dass während der nunmehr vier Jahre dauernden Verhandlungen das Eis gebrochen werden konnte. Das lassen die wechselseitigen Beschuldigungen beider Seiten erkennen. Der Führer der türkischen Zyprer Eroğlu betonte Ende Februar 2012, die griechisch-zyprische Seite lasse es am Willen fehlen, bis zum 1. Juli 2012 (Beginn der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns) eine Verständigung herbeizuführen.¹⁰ Auch beim Treffen beider Volksgruppenführer mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon im Januar 2012 hätten die Vertreter der griechischen Zyprer keine Kompromissbereitschaft gezeigt.¹¹

Umgekehrt klagte der griechisch-zyprische Präsident Christofias, sein türkisch-zyprischer Counterpart Eroğlu gleiche immer mehr dem früheren Volksgruppenführer Denктаş. Statt der Vereinigung Zyperns wollten beide lediglich eine lose Konföderation zweier selbständiger Staaten.¹² Ende 2011 bilanzierte Christofias, dass es wegen der türkisch-zyprischen Verweigerungshaltung keine Annäherung während der Verhandlungen gegeben habe.¹³

Wenn es, wie der VN-Generalsekretär Ban Ki-moon es ausgedrückt hat, darauf ankommt, das

Momentum in den bikommunalen Verhandlungen aufrechtzuerhalten,¹⁴ dann sind die Aussichten eher negativ einzuschätzen. Zwei Gründe sind maßgeblich: Erstens ist ein Stillstand zu erwarten, wenn die Türkei ihre Drohung wahr macht und ab Anfang Juli 2012 die Beziehungen zur EU-Ratpräsidentschaft Zypern einfriert. Zweitens stehen im Februar 2013 Präsidentschaftswahlen im griechischen Teil Zyperns an, was die Kompromissbereitschaft einschränken dürfte.

Es sollte bedacht werden, dass Meinungsumfragen zwar bestätigen, dass griechische wie auch türkische Zyprer mit der Lage auf der Insel unzufrieden sind und sich einen positiven Ausgang der Verhandlungen wünschen. Eine Föderation wird von beiden Seiten zumindest toleriert. Sollte künftig ein Friedensplan beiden Volksgruppen zur Volksabstimmung vorgelegt werden, würden aber die Nein-Stimmen die Ja-Stimmen überwiegen.¹⁵ Während griechische Zyprer noch immer dem Prinzip eines bizonalen und bikommunalen Staates reserviert gegenüberstehen, äußern sich türkische Zyprer reserviert gegenüber einem vereinigten Staat mit einer einzigen Rechtspersönlichkeit, Souveränität und Staatsbürgerschaft. Die Rolle der Türkei als Schutzmacht spaltet beide Volksgruppen: 79 % der türkischen Zyprer möchten daran festhalten, während 98 % der griechischen Zyprer der Türkei auf keinen Fall eine solche Rolle zubilligen wollen. Beide Volksgruppen weisen der Sicherheit höchste Priorität zu – mit diametralen Voraussetzungen allerdings: Während die griechischen Zyprer in der EU-Mitgliedschaft die Sicherheit gewahrt sehen, halten die türkischen Inselbewohner an der Sicherheitsgarantie durch die Türkei fest.

Eine Meinungsumfrage der Interpeace Initiative „Cyprus 2015“ aus dem Frühjahr 2011 bestätigt die konstatierten Divergenzen: Über die Rolle der Türkei als Sicherheitsgarant sind beide Seiten unverändert zerstritten. Selbst die geringsten territorialen Anpassungen wie die Rückgabe der Hotelstadt Famagusta an die griechischen Zyprer werden von den türkischen Zypern mehrheitlich abgelehnt. Unverändert stoßen die Differenzen bei den Themen Territorium, Sicherheit und Staatsbürgerschaft aufeinander. Dasselbe gilt für die aus Anatolien nach Zypern zugewanderten Siedler. Die griechischen Zyprer verlangen mehrheitlich, dass die Siedler einschließlich ihrer

Kinder mit wenigen Ausnahmen in die Türkei zurückkehren, während die türkischen Zyprer für einen Verbleib votieren. Der Direkthandel mit und Direktflüge in den Norden werden von den griechischen Zypern abgelehnt.¹⁶

TÜRKEI LANCIERT TAIWAN-MODELL

Die Türkei ist wenig gewillt, auf das Verlangen der EU einzugehen und türkische Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge aus der Republik Zypern zu öffnen. Erst wenn die Isolation von Nordzypern beendet werde, will die Türkei aktiv werden. Dieser Haltung entspricht, dass die Türkei unlängst das „Taiwan-Modell“ für den Norden Zyperns ins Gespräch gebracht hat. Auf Druck der Volksrepublik China unterhalten nur wenige Staaten mit Taiwan diplomatische Beziehungen, pflegen aber intensive Wirtschaftskontakte. So etwas kann man sich offensichtlich in Ankara auch für den Norden Zyperns vorstellen. Der türkische Präsident Abdullah Gül hat im Dezember 2011 das Taiwan-Modell als Variante ins Spiel gebracht.¹⁷ Die EU solle, so die Vorstellung des türkischen EU-Ministers Egemen Bağış, den Wirtschaftsverkehr mit dem Norden Zyperns „normalisieren“, d. h. zumindest beim Wirtschaftsaustausch die Eigenständigkeit Nordzyperns anerkennen.¹⁸ Dann sei die Türkei auch bereit, ihre Häfen und Flughäfen zu öffnen. Mit dieser Position rückt die türkische Führung zwar von der bislang erhobenen Forderung nach einer diplomatischen Anerkennung des türkisch-zyprischen Staates ab, doch dürfte die Initiative wenig Chancen haben, weil die griechisch-zyprische Seite darin lediglich eine Vorstufe zur diplomatischen Anerkennung sieht und entsprechend in den Organen der EU intervenieren wird. Dass der türkische Vorschlag während der laufenden bikommunalen Verhandlungen gemacht wurde, dürfte als Indiz dafür zu werten sein, dass man in Ankara die Perspektiven dieses Prozesses für wenig aussichtsreich hält.

ERDGASEXPLORATIONEN ALS „CASUS BELLI“?

Dass die Türkei keineswegs nur als „Schutzmacht“ der türkischen Zyprer agiert, sondern nationale Interessen verfolgt und dabei auch vor der Androhung von Gewalt nicht zurückschreckt, bestätigte sich erneut in der zweiten Jahreshälfte 2011. Im Spätsommer 2011 hatte die griechisch-

zyprische Führung angekündigt, auf der Basis der 2010 mit Israel, Libanon und Ägypten erfolgten Abgrenzung der exklusiven Wirtschaftszonen in den Gewässern südlich von Zypern nach Erdöl- und Erdgas-Vorkommen zu suchen. Die Abgrenzung erfolgte auf der Grundlage des Median-Linien-Prinzips. Im September 2011 begann das Unternehmen Noble Energy im Auftrag der Regierung Zyperns mit den Explorationsarbeiten.

Die türkische Regierung sah darin nicht nur eine Torpedierung der laufenden bikommunalen Verhandlungen und verlangte, dass die gewonnenen natürlichen Ressourcen auch den türkischen Zypern zugute kommen sollten, sondern vereinbarte mit Nordzypern ebenfalls ein Abkommen zur Abgrenzung des Kontinentalsockels.¹⁹ Ankara ging noch weiter, indem es eine exklusive Wirtschaftszone von 200 Seemeilen reklamierte, die tief in die von Zypern und Israel vorgenommene Abgrenzung der Wirtschaftszonen hinreicht. Nordzypern erteilte der „Turkish Petroleum Corporation“ die Lizenz zu Explorationsarbeiten, worauf die Türkei in der Nähe von Famagusta tätig wurde.

Zur Absicherung entsandte die türkische Marine Kanonenboote und mobilisierte die Republik Zypern die Nationalgarde, womit die Spannungen zunahmen.²⁰ Unweigerlich fühlte man sich in das Jahr 1974 zurückversetzt, als sich die Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland wegen der Suche nach Erdölvorkommen in der Ägäis zuspitzten. Auch damals entsandte Ankara Kriegsschiffe, um die Forschungsschiffe zu begleiten. Als Griechenland dann noch erklärte, die Hoheitsgewässer von 6 auf 12 Seemeilen erweitern zu wollen, erklärte die Türkei das zum „casus belli“.²¹ Droht Ähnliches, so ist die bange Frage, nun erneut vor den Küsten Zyperns?

Vorerst scheint die Gefahr gebannt. Nach den deutlich negativen Reaktionen seitens der EU und den USA – schließlich handelt es sich bei Noble Energy um ein US-amerikanisches Unternehmen – hat sich Ankara darauf beschränkt, auf ein Eingreifen des Militärs zu verzichten und sich mit seismischen Bohrungen zu begnügen.²² Und auch der zyprische Präsident Christofias hat im September 2011 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen bekräftigt, dass von den Erdgasvorkommen auch die türkischen Zyperer profitieren sollen. Dem stehen freilich das noch

immer ungelöste Zypernproblem und der Alleinvertretungsanspruch der griechischen Zyperer entgegen. Nach Auffassung von Christofias ist das zwischen den türkischen Zypern und der Türkei geschlossene Abkommen null und nichtig. „Die Türkei setzt ihre Politik der illegalen Handlungen fort, indem sie ein illegales Abkommen mit dem illegalen Regime in den besetzten Gebieten schließt.“²³

Die Europäische Kommission hat der Republik Zypern das Recht bestätigt, bilaterale Vereinbarungen über die Festlegung von Seegrenzen abzuschließen und die Türkei aufgefordert, von der Androhung von Gewalt Abstand zu nehmen.²⁴ Wenn der türkische Ministerpräsident meint: „Wir können es nicht akzeptieren, wenn die griechisch-zypriotische Seite so tut, als sei sie der einzige legitime Vertreter der Insel ...“,²⁵ dann muss er zur Kenntnis nehmen, dass die EU in der Tat die faktisch von griechischen Zypern regierte Republik Zypern als einzig legale Vertretung Zyperns anerkennt. Unter den gegebenen Bedingungen wird es nur schwer möglich sein, die versprochene Begünstigung auch der türkischen Zyperer Realität werden zu lassen, falls tatsächlich nennenswerte Erdgasressourcen gefunden werden sollten. Diese Skepsis ist angebracht, solange es keine Lösung des Zypernproblems gibt und die griechisch-zyprische Seite befürchtet, dass die Anerkennung eines türkisch-zyprischen Staates droht.

KONTAKTABBRUCH ZUR EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT ZYPERNS

Am 19. Juni 2011 verkündete der türkische Premierminister Erdoğan, dass sein Land die Kontakte zur EU unterbrechen werde, wenn es bis Ende Juni 2012 keine Fortschritte bei der Lösung der Zypernfrage geben werde.²⁶ Bekanntlich übernimmt die Republik Zypern am 1. Juli 2012 die halbjährliche Präsidentschaft des Rates der EU. Zwischen der Republik Zypern und der Türkei gibt es keine diplomatischen Beziehungen.²⁷ Die Reaktionen auf Seiten der EU waren entsprechend scharf. Der Europäische Rat formulierte an die Adresse Ankaras gerichtet am 8./9. Dezember 2011: „Unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 5. Dezember 2011 bringt der Europäische Rat angesichts der türkischen Erklärungen und Drohungen seine große Sorge zum Ausdruck und fordert, dass die

Rolle des Vorsitzes des Rates, die ein im Vertrag verankertes grundlegendes institutionelles Merkmal der EU ist, uneingeschränkt geachtet wird.“²⁸ Der Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz verlangte von der Türkei, endlich ihre Null-Probleme-Politik auch auf Zypern auszudehnen. Der Europaabgeordnete Elmar Brok erwartete von der Türkei, dass „wer in die EU rein will, sich an die Regeln halten muss“.²⁹

Die türkische Regierung hat zwar ihre Position präzisiert: Man werde weiterhin die Kontakte zu den Organen der EU wie Kommission und Europäisches Parlament, aber auch zu den EU-Mitgliedstaaten aufrechterhalten. Die rotierende Rats-Präsidentschaft der griechisch-zyprischen Regierung werde man aber ignorieren.³⁰ Der türkische EU-Minister Egemen Bağış betonte in diesem Zusammenhang, dass die Ratspräsidentschaft lediglich bei der Eröffnung eines neuen Verhandlungskapitels und im Rahmen der EU-Türkei-Partnerschaftstreffen relevant sei. Angesichts der 52-jährigen Beziehungen zur EU seien sechs Monate Ruhepause für die Türkei verkraftbar.³¹ Das Vorgehen der Türkei ist beispiellos: Noch nie hat es den Fall gegeben, dass ein Kandidatenland die Beziehungen zu einem EU-Mitgliedsland in der Zeit von dessen EU-Präsidentschaft unterbrochen hat.

Durch die Berufung eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und die Tatsache, dass nicht mehr die rotierende Ratspräsidentschaft, sondern die Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik den Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheit innehat, ist die Bedeutung der EU-Ratspräsidentschaft zwar gemindert worden, doch sollten diese Funktion ebenso wenig wie die Folgen der türkischen Boykottpolitik unterschätzt werden. Wenn die Türkei die Beziehungen zur zyprischen Ratspräsidentschaft aussetzt, dann bedeutet das nicht nur, dass die Beitrittsverhandlungen keine Fortschritte machen können, auch in so wichtigen Fragen wie z. B. den Beziehungen der EU zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens wird die Türkei, sofern es nicht nur um außenpolitische, sondern beispielsweise auch um Handels- und Wirtschaftsfragen geht, nicht mit der EU kooperieren können. Auch das Thema der Energiepolitik, das auf dem gemeinsamen Programm der Ratspräsidentschaften Polens, Dänemarks und Zyperns

eine große Rolle spielt, wird ohne die Türkei erörtert werden. Dasselbe betrifft die Erörterung der Asylpolitik, bei der es hinreichend Gesprächsstoff mit der Türkei gibt.³²

Vor diesem Hintergrund muss für die nächste Zukunft mit zweierlei gerechnet werden:

- Erstens wird es bei der ohnehin wenig dynamischen Annäherung der Türkei an die EU keine Fortschritte geben. Ob es über die zweite Jahreshälfte 2012 hinaus negative Rückwirkungen auf das Verhältnis EU-Türkei geben wird, bleibt abzuwarten.
- Zweitens ist auch kaum mit einer aktiveren Rolle der Türkei in der Zypernfrage zu rechnen, vor allem nicht damit, dass Ankara die türkischen Zyperer auf einen Kompromisskurs drängt.

Im Verhältnis zu Nordzypern gibt die Türkei den Ton an. Da es für die Türkei wenig Anhaltspunkte für eine forcierte Heranführung an die EU gibt und da Ankara selbst mit seinem Boykott gegenüber der zyprischen Ratspräsidentschaft wenig zur Entspannung beiträgt, ist auch kaum damit zu rechnen, dass die türkischen Zyperer von der Türkei gedrängt werden, die Aussöhnung mit den Inselgriechen voranzutreiben.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass es der Türkei beim Thema Zypern nicht bloß um die Unterstützung der türkischen Zyperer, sondern gerade auch um eigene Interessen geht. Das hat in aller Deutlichkeit der türkische Ministerpräsident zum Ausdruck gebracht, als im Februar 2011 türkische Zyperer gegen die Türkei demonstrierten. Auf Weisung Ankaras mussten im Februar 2011 der aufgeblähte öffentliche Dienst gestutzt und Staatsunternehmen privatisiert werden. Als daraufhin die Gewerkschaften protestierten und skandierten: „Hände weg von den türkischen Zyperern“, reagierte Ministerpräsident Erdoğan äußerst unwirsch. Die türkischen Zyperer würden von der Türkei ernährt und außerdem habe die Türkei dort auch „strategische Interessen (!)“.³³ Aus nationalem Interesse will die Türkei „einen Fuß auf der Insel“ behalten.

Angesichts derartiger Statements ist die Aufregung nachzuvollziehen, die eine Äußerung des türkischen EU-Ministers Egemen Bağış im März 2012 hervorrief. Als Optionen für eine Lösung des Zypernproblems sah der Minister drei Alternativen: „Vereinigung unter einer Übereinkunft

zwischen den beiden Staatsoberhäuptern des griechischen und des türkischen Teils, Entstehung zweier unabhängiger Staaten, wenn sich die Staatsmänner nicht zu einer Vereinigung durchringen können oder die Angliederung der Türkischen Republik Zypern an die Türkei. Das sind die drei Optionen.“³⁴ Bağış wiederholte zwar nur, was bereits zuvor von türkischer Seite vorgebracht worden war. Doch dass der Minister dies zu einem Zeitpunkt intensiver bikommunaler Verhandlungen tat, sollte nicht unterschätzt werden. Entsprechend scharf waren nicht nur die Reaktionen auf griechisch-zyprischer Seite, sondern auch seitens der türkisch-zyprischen Opposition.³⁵ Bağış selbst bemühte sich zwar, seine Äußerung herunterzuspielen, bestätigte aber letztlich: „Our sole objective is to reach a lasting settlement reconciling both sides in Cyprus. ... However, if a settlement cannot be reached, all other options may be considered.“³⁶ Der stellvertretende Vorsitzende der größten türkischen Oppositionspartei Republikanische Volkspartei (CHP), Faruk Logoglu, kritisierte Bağış, weil er erstens die legitime Rechte der türkischen Zyperer ignoriere und zweitens die Annäherung der Türkei an die EU torpediere. Die Regierungspartei in der Türkei wolle offensichtlich den EU-Kurs beenden.³⁷

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wenn sich seit einiger Zeit die türkische Außenpolitik zugute hält, eine multidimensionale Außenpolitik zu betreiben und lang gehegte Konflikte mit Nachbarstaaten – seien es Armenien, Iran oder Syrien – beizulegen, so muss mit Blick auf die türkische Zypernpolitik nicht bloß Kontinuität konstatiert werden, sondern spitzen sich die Differenzen gar noch zu. Es bleibt festzuhalten:

Die bemerkenswerte Unterstützung der Türkei für den 2004 vorgelegten Friedensplan von Kofi Annan und der Druck auf die türkischen Zyperer, diesem Plan zuzustimmen, ist Vergangenheit. Wollte die Türkei damals vor allem die eigenen EU-Perspektiven (Aufnahme von Beitrittsverhandlungen) befördern, so scheint dieser Anreiz zu verblassen, weshalb die türkische Außenpolitik auch gegenüber den türkischen Zyperern verstärkt nationale Interessen und strategische Absichten verfolgt.

Sicherheitspolitische Kalküle prägen seit je die Zypernpolitik der Türkei. Wann immer der griechische Einfluss im östlichen Mittelmeer an Bedeutung zu gewinnen scheint, ist die Unterstützung der türkischen Zyperer für die Türkei allenfalls ein sekundäres Motiv. Von primärer Bedeutung ist dann Zypern als strategischer Außenposten des türkischen Militärs.

Dass die türkischen Zyperer ihre Sicherheit so eng an die Präsenz der Türkei auf der Insel gebunden sehen, hat nicht bloß mit der Erinnerung an die oft blutigen Zusammenstöße mit den griechischen Zyperern in der Vergangenheit zu tun. Auf türkisch-zyprischer Seite weiß man, dass nur bei Berücksichtigung strategischer Interessen der Türkei deren Unterstützung zu garantieren ist.

Die alte sowohl vom früheren türkisch-zyprischen Volksgruppenführer Rauf Denktaş als auch von der Türkei gebrauchte Formel, eigentlich bedürfte es keines Friedens- und Vereinigungsplanes, weil die Lösung des Zypernproblems in der Existenz zweier unabhängiger Staaten längst gefunden sei, betrachtet Ankara keineswegs als obsolet. Wie jüngste Äußerungen zeigen, erscheint für die türkische Seite die Annexion von Nordzypern wieder als Option. Dass dies nur eine Drohung ist, um den Verhandlungsprozess auf Zypern zu befördern, muss bezweifelt werden.

Anders als während der Verhandlungen zum Annan-Plan sieht man in der Türkei derzeit offensichtlich keine Chance mehr, dass ein positiver Ausgang der bikommunalen Verhandlungen die Chancen der Türkei erhöht, Mitglied der EU zu werden. Aus diesem Grund ignoriert die Türkei – wie der angekündigte Boykott der zyprischen Ratspräsidentschaft zeigt – die Positionen der EU, wenn es nationale Interessen geboten erscheinen lassen.

Die Türkei ist wenig gewillt, auf Druck der EU die Beziehungen zur Republik Zypern zu normalisieren. Statt wie von der EU gefordert, Häfen und Flughäfen für die griechischen Zyperer zu öffnen und damit eine De-facto-Anerkennung zu vollziehen, bleibt die Türkei auf Konfrontationskurs und bringt das „Taiwan-Modell“ und die Annexion von Nordzypern in Stellung.

Auch vor der Androhung von Gewaltmitteln schreckt die Türkei nicht zurück, wie das jüngste Beispiel der Suche nach Erdgasressourcen gezeigt hat. Erst der kombinierte europäisch-amerikani-

sche Druck hat vorerst zu einer Beruhigung der Lage geführt.

Man muss schon zu Optimismus neigen, wenn man davon ausgeht, dass die Ankündigung der Türkei, keinen Kontakt zur zyprischen EU-Präsidenschaft zu pflegen, nach Ende der zweiten Jahreshälfte 2012 wieder zum Status quo ante führen wird. Nicht nur in der EU, sondern auch unter den griechischen Zypern wird mit einer Verhärtung der Fronten zu rechnen sein.

|| PROF. DR. PHIL. HEINZ-JÜRGEN AXT

Universitätsprofessor für Europäische Integration und Europapolitik, Inhaber eines Jean-Monnet-Lehrstuhls, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen

ANMERKUNGEN

- * Schriftliche Fassung eines Vortrags, den der Verfasser am 19.3.2012 auf der Expertentagung „Die neue türkische Außenpolitik“ der Hanns-Seidel-Stiftung in München gehalten hat.
- 1 Sein Buch „Strategische Tiefe – Die internationale Position der Türkei“ hatte der heutige türkische Außenminister 2001 verfasst. Vgl. u. a. Gürbey, Gülistan: Wandel in der türkischen Außenpolitik unter der AKP-Regierung? Außenminister Davutoğlu Konzept der „Strategischen Tiefe“, in: Südosteuropa-Mitteilungen 2/2010, S. 17-27; Kramer, Heinz: Die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei. Mögliche Konsequenzen für den EU-Beitrittsprozess, in: SWP-Aktuell 2010/A 2, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A25_krm_ks.pdf, Stand: 7.3.2012.
 - 2 Vgl. ausführlich Axt, Heinz-Jürgen / Schwarz, Oliver / Wiegand, Simon: Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Zypernfrage, Ägäis-Konflikt und griechisch-mazedonischer Namensstreit, Baden-Baden 2008, S. 65 ff.
 - 3 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Die S-300-Raketen und die Türkei. Vermeidung des „Casus belli“ auf Zypern, in: Internationale Politik 11/2000, S. 29-30.
 - 4 Zu den Einzelheiten vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Zypern: der Annan-Friedensplan und sein Scheitern, in: Südosteuropa-Mitteilungen 2-3/2004, S. 48-66.
 - 5 Vgl. Anatolia News Agency, zit. nach Press and Information Office: Turkish Press, Turkish Mass Media Bulletin, 6.4.2004, <http://www.moi.gov.cy/moi/PIO/PIO.nsf/All/1AD4A121BF7DEBAFC2256E6E003FFF82?OpenDocument>, Stand: 8.3.2012.
 - 6 Wie die Europäische Kommission mit Datum vom 21.9.2009 mitgeteilt hat, waren zu diesem Zeitpunkt 99 % des Hilfsprogramms von 259 Mio. Euro vertraglich festgelegt, zu Beginn des Jahres 2011 war über die Hälfte des Geldes auch an Nordzypern ausgezahlt

worden, vgl. European Commission: Aid Programme for the Turkish Cypriot Community fully contracted. Press Release, Nicosia, 21.12.2009, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1987&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, Stand: 28.2.2012.

- 7 Vgl. Axt / Schwarz / Wiegand: Konfliktbeilegung durch Europäisierung?, S. 135 ff.
- 8 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12.1.2011, S. 5.
- 9 Turkish, Greek Cypriots held 58 talks in 2009 without a deal, in: World Bulletin, 2.1.2010, <http://www.worldbulletin.net/index.php?aType=haberArchive&ArticleID=52099>, Stand: 2.3.2012.
- 10 Vgl. TRNC PIO News, 29.2.2012, <http://www.kktcfen.org/en/index.asp?sayfa=arsiv>, Stand: 13.3.2012.
- 11 Vgl. TRNC PIO News, 26.1.2012, <http://www.kktcfen.org/en/index.asp?sayfa=arsiv>, Stand 13.3.2012.
- 12 Vgl. Zypern-Nachrichten, Juni 2011, S. 1.
- 13 Vgl. Zypern-Nachrichten, Dezember 2011, S. 2.
- 14 Vgl. Cyprus: Ban calls for decisive steps towards final settlement after intensive talks, in: UN News service, 25.1.2012, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=41035>, Stand: 5.3.2012.
- 15 Eine Umfrage aus dem Jahr 2009 ergab folgendes Ergebnis: 22 % der griechischen und 31 % der türkischen Zyperer würden mit nein, 18 % der griechischen und 16 % der türkischen Zyperer mit ja stimmen. Die Zahl der Unentschiedenen war hoch, 39 % bei den griechischen und 27 % bei den türkischen Zyperern. Vgl. Interpeace, Dialogue urgently needed for Cyprus' future, http://www.cyprus2015.org/index.php?option=com_content&view=article&id=64%3Adialogue-urgently-needed-for-cyprus-future&catid=3%3Alatest-news&Itemid=57&lang=tr, Stand: 7.3.2012.
- 16 Vgl. Latest „Cyprus 2015“ Poll Findings: Greek Cypriot and Turkish Cypriot Leaderships Must Take Bold Action Now, <http://news.yahoo.com/latest-cyprus-2015-poll-findings-greek-cypriot-turkish-115205022.html>, Stand: 7.3.2012.
- 17 Vgl. TRNC PIO News, 1.12.2011, <http://www.kktcfen.org/en/index.asp?sayfa=arsiv>, Stand: 13.3.2012.
- 18 Vgl. TRNC PIO News, 29.11.2011, <http://www.kktcfen.org/en/index.asp?sayfa=arsiv>, Stand: 13.3.2012.
- 19 Bei dieser Gelegenheit dankte die türkisch-zyprische Seite dem „motherland Turkey“ für die Unterstützung, vgl. TRNC PIO News, 3.11.2011, <http://www.kktcfen.org/en/index.asp?sayfa=arsiv>, Stand: 13.3.2012.
- 20 Vgl. Eralp, Doga Ulas: Cyprus – the drama unfolds, 5.1.2012, <http://www.transconflict.com/2012/01/cyprus-the-drama-unfolds-501/>, Stand: 5.3.2012; Seuffert, Günter: Die Türkei auf Konfrontationskurs, 19.9.2011, <http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/die-tuerkei-im-mittelmeer.html>, Stand: 5.3.2012.
- 21 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen / Kramer, Heinz: Entspannung im Ägäiskonflikt? Griechisch-türkische Beziehungen nach Davos, Baden-Baden 1990, S. 13 ff.

- ²² Vgl. Seuffert, Günter: Die Teilung Zyperns: Folge der Uneinigkeit Europas und der neuen Stärke der Türkei, in: Ungeplant ist der Normalfall. Zehn Situationen, die Aufmerksamkeit verdienen, hrsg. von Volker Perthes und Barbara Lippert, in: SWP-Studie 2011/S 32, S. 35-38.
- ²³ Zit. nach Zypern-Nachrichten, Oktober 2011, S. 1.
- ²⁴ Vgl. Europäisches Parlament: Parlamentarische Anfragen, 13.10.2011, Antwort von Herrn Füle im Namen der Kommission, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2011-008204&language=DE>, Stand: 5.3.2011.
- ²⁵ Zit. nach NDR „Streitkräfte und Strategien, 5.11.2011, http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript327.pdf, Stand: 5.3.2011.
- ²⁶ Vgl. Zypern-Nachrichten, 8.8.2011, S. 2; TRNC PIO News, 21.7.2011.
- ²⁷ Wie Günter Seuffert zutreffend angemerkt hat, müsste sich die Türkei selbst als Besatzungsmacht eines EU-Staates fühlen, wenn es diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten gäbe. Die Türkei auf Konfrontationskurs, Berlin 19.9.2011, <http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/die-tuerkei-im-mittelmeer.html>, Stand: 7.3.2012.
- ²⁸ Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rates 9.12.2011, Schlussfolgerungen, S. 6, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/126733.pdf, Stand: 7.3.2012.
- ²⁹ Vgl. Zypern-Nachrichten, 8.8.2011, S. 2.
- ³⁰ Vgl. Turkey warns of freezing ties with Cyprus EU Presidency, <http://www.euractiv.com/enlargement/turkey-warns-freezing-ties-cyprus-eu-presidency-news-506534>, Stand: 7.3.2012.
- ³¹ Vgl. TRNC PIO News, TRNC News Headlines, 2.3.2012, <http://www.kktcenf.org/en/index.asp?sayfa=arsiv>, Stand: 13.3.2012.
- ³² Vgl. Council of the European Union: 18 month programme of the Council, 1.7.2011-31.12.2012, [http://www.cy2012eu.gov.cy/cyppresidency/cyppresidency.nsf/all/CD44230C879D6FDB4225794300516415/\\$file/18month%20Programme%20PL-DK-CY%20EN.pdf?openelement](http://www.cy2012eu.gov.cy/cyppresidency/cyppresidency.nsf/all/CD44230C879D6FDB4225794300516415/$file/18month%20Programme%20PL-DK-CY%20EN.pdf?openelement), Stand: 7.3.2012.
- ³³ Zit. nach Höhler, Gerd: Zorn auf Ankara, in: Frankfurter Rundschau, 11.2.2011, <http://www.fr-online.de/politik/zypern-zorn-auf-ankara,1472596,7184094.html>, Stand: 29.2.2012.
- ³⁴ Today's Zaman, 5.3.2012, http://www.todayszaman.com/newsDetail_getNewsById.action?load=detay&newsId=273350&link=273350, Stand: 7.3.2012.
- ³⁵ Negative Stellungnahmen kamen von den Führern der Republican Turkish Party (CTP), Özkan Yorgancıoğlu, und der Social Democratic Party (TDP), Mehmet Çakıcı. Vgl. TRNC PIO News, 5.3.2012.
- ³⁶ Mail von Basak Ilisulu, Director Ministry for EU Affairs, an „Dear Members of European Civil Society“, 6.3.2012.
- ³⁷ Vgl. TRNC PIO News, 7.3.2012, <http://www.kktcenf.org/en/index.asp?sayfa=arsiv>, Stand: 13.3.2012.

DIE TÜRKEI UND DIE GOLFSTAATEN – EINE ZWECKBEZIEHUNG UNGLEICHER PARTNER

THOMAS VOLK || Im Schatten der Umbrüche in zahlreichen Ländern der arabischen Welt bildete sich weitestgehend unbemerkt eine ambitionierte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Allianz zwischen der Türkei und den Golfstaaten. Die Hintergründe und Inhalte dieser ungleichen Partnerschaft werden im Folgenden beleuchtet. Dabei wird deutlich, wie geschickt die Türkei ihre Doktrin einer „Strategischen Tiefe“ zu verwirklichen versteht – auch am Golf.

„Golfstaaten und Türkei wenden sich von Assad ab“,¹ titelte die Süddeutsche Zeitung in einem Artikel ihrer Onlineausgabe am 16. März 2012 und umschrieb dabei mit einer überraschenden Selbstverständlichkeit eine gemeinsame Haltung der regional selbstbewusst agierenden Türkei und den ölfreudigen Monarchien am Persischen Golf. Tatsächlich spielen die Golfstaaten und die Türkei eine strategisch wichtige Rolle in dem seit mehr als einem Jahr anhaltenden Konflikt in Syrien und verdeutlichen dabei gleichzeitig deren veränderte Beziehung zueinander. Während die türkische Regierung ihre in Syrien lebenden Staatsbürger Mitte März 2012 aufrief, das Nachbarland zu verlassen und aufgrund von Sicherheitsbedenken in die Türkei zurückzukehren, schlossen die sechs Golfmonarchien am selben Tag ihre Botschaften in Damaskus. Und während die Türkische Republik inzwischen mehr als 23.000 syrischen Flüchtlingen in der Türkei Asyl gewährt und am 1. April 2012 eine Konferenz der „Freunde Syriens“ ausgerichtet, unterstützen die Golfstaaten die syrischen Aufständischen mit Waffen im Wert von 100 Mio. US-Dollar.²

SYRIEN ALS BEISPIEL DER KOOPERATION

Am Beispiel Syriens wird deutlich, was sich im Schatten der Umbrüche in Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens ohne große Aufmerksamkeit entwickeln konnte: eine ambitionierte sicherheits- und wirtschaftspolitische Allianz zwischen

den Golfstaaten und der Türkei. Der regionale Anspruch der türkischen Außenpolitik seit der Regierungsübernahme der islamisch-konservativen Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) 2002, zur Sicherheit und Stabilität der Region beizutragen, um dadurch verlässlichere Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten in der Region zu haben, bezieht die arabischen Golfmonarchien östlich der Levante explizit mit ein.

Im Falle Syriens sorgen sich sowohl die Türkei als auch die Golfstaaten um die regionale Machtarchitektur nach einem möglichen Sturz des Despoten Bashar al-Assad und positionieren sich daher bereits heute auffällig deutlich gemeinsam gegen das Regime in Damaskus. Das Engagement der Golfstaaten in Syrien lässt sich historisch erklären und ist hauptsächlich mit deren Stellung zum Iran verbunden. In den Köpfen der herrschenden Dynastien der Golfmonarchien ist die Unterstützung des früheren syrischen Präsidenten, des Vaters des jetzigen syrischen Amtsinhabers, Hafez al-Assad, für das schiitische Nachbarland Iran unvergessen. Assad unterstützte während des Irak-Irak-Kriegs von 1980 bis 1988 die iranischen Truppen und stellte sich aus machtpolitischen Überlegungen gegen die bis dato befreundete sozialistische Baath-Partei im Irak.³ Der Iran wiederum birgt für die Golfstaaten seit jeher eine besondere Gefahr. Während die Türkei – seit 1952 immerhin das einzig islamisch geprägte Land innerhalb der

NATO – während des achtjährigen Krieges ihrer beiden Nachbarländer strikte Neutralität wahrte und durch die militärischen Aktionen der beiden Staaten sogar wirtschaftlich profitierte, sahen sich die Golfstaaten von Syrien während der 1980er-Jahre düpiert und in ihrer arabischen Brüderlichkeit im Stich gelassen.

Als Syrien schließlich als Konsequenz des anhaltenden Blutvergießens im November 2011 auf Betreiben Qatars aus der Arabischen Liga ausgeschlossen wurde und weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Sanktionen durch die Arabische Liga ausgesetzt wurde, schloss sich die Türkei umgehend den Sanktionen an und kündigte jede Zusammenarbeit im Rahmen des „Strategischen Kooperationsrats“ zwischen der Türkei und Syrien auf.⁴ Das syrische Regime beschuldigte daraufhin die Türkei, gemeinsam mit den Golfstaaten als Vasallen der USA und Israels zu agieren und offen gegen Syrien zu konspirieren.⁵

Die Türkei wiederum zeigt sich seit Beginn der Unruhen in der Region auffällig engagiert und versucht, ihr Staatsmodell in den transformierenden Ländern als nachahmenswert zu empfehlen. Die Prosperität des Landes und das selbstbewusste Auftreten der islamischen Elite imponieren zahlreichen arabischen Ländern und finden nicht nur auf den Straßen von Marrakesch bis Manama Anklang, sondern nach den letzten Wahlen in Tunesien – dem Ursprungsland der arabischen Revolten – tatsächliche Adaption.⁶ Im Zusammenhang mit Syrien distanzierte sich die Türkei seit September 2011 deutlich von Assad und sah sich nunmehr mit der Frage konfrontiert, ob nach fast einem Jahrzehnt der erfolgreich ausgeübten „Null-Problem-Nachbarschaftspolitik“ diese außenpolitische Doktrin in einer von Konflikten heimgesuchten Region glaubhaft aufrechtzuerhalten sei.

GOLFSTAATEN IM INTERESSE DER TÜRKEI

Ali Babaçan, der ehemalige Außenminister (2007-2009) und derzeitige stellvertretende Ministerpräsident der Türkei, brachte die enge strategische Verbindung zwischen der Türkei und den Golfstaaten 2008 deutlich auf den Punkt, als er zum Ausdruck brachte, dass die Krisen der Region „bedauerlicherweise“ in einem Gebiet zwischen der Türkei im Norden und den Golf-

staaten im Süden stattfänden und daher zwangsläufig zu enger Kooperation Anlass gäben.⁷ Dieser Artikel beleuchtet daher die noch immer zu wenig beachteten Beziehungen zwischen der Türkei und den Golfstaaten und vertritt dabei die These, dass die Golfstaaten zwischenzeitlich ein natürlicher Bezugspunkt der türkischen Außenpolitik sind. Im Folgenden wird zu eruieren sein, welche Determinanten die türkisch-golfarabischen Beziehungen prägen und welche Auswirkungen eine solche Allianz langfristig auf das wirtschafts- und sicherheitspolitische Gefüge der Region haben könnte. Als theoretischer Ansatz dient dabei der „Zwei-Ebenen-Ansatz“ des amerikanischen Soziologen Putnam, da anhand dieser Vorgehensweise systemische und subsystemische Faktoren staatlicher Handlungsmuster erklärt werden können.⁸ Es wird zu untersuchen sein, welche internationalen, regionalen und nationalen Entwicklungen zu einer Veränderung der türkisch-golfarabischen Beziehungen führten.

DER GOLFKOOPERATIONSRAT – ÖL, ISLAM UND MONARCHIE

Am 25. Mai 1981 trafen sich in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die Majestäten Saudi-Arabiens, Kuwaits, Qatars, Omans, Bahrains und der VAE, um eine Organisation zur besseren „Kooperation, Integration und gegenseitigen Verbindung in allen Bereichen“ zu schaffen. Damit war der Golfkooperationsrat (GKR – englisch: Gulf Cooperation Council, GCC) geboren.⁹ Die Gründung des GKR kann als Antwort der Golfmonarchien auf die regional äußerst angespannte Situation nach der Islamischen Revolution im Iran 1979 und der damit einhergehenden Beseitigung der Monarchie unter Schah Mohammed Reza Pahlavi, nach der sowjetischen Invasion Afghanistans seit Dezember 1979 sowie nach dem Beginn des Iran-Irak-Kriegs im September 1980 angesehen werden. Unabhängig von diesen wesentlichen regionalen Bestimmungsfaktoren war bereits seit Mai 1976 unter der Ägide des damaligen kuwaitischen Kronprinzen an eine „Vereinigung der Golfstaaten“ gedacht worden und z. B. die gemeinsame Nachrichtenagentur „Gulf News Agency“ sowie die regionale Fluggesellschaft „Gulf Air“ gegründet worden.¹⁰ In der Gründungscharta des GKR (englisch: Gulf Cooperation Council, GCC) wird

schließlich auf die Ähnlichkeit der Staatssysteme unter den Golfstaaten und deren gemeinsames Bekenntnis zum Islam als Staatsreligion verwiesen. Man wolle die Menschen der Golfmonarchien enger vernetzen und sich in Bereichen wie Wirtschaft, Finanzwesen, Handel, Sicherheit, Tourismus und selbst in der Administration enger abstimmen sowie dem „erhabenen Ziel der arabischen Nation dienen“.¹¹ Besonders der letztgenannte Anspruch, der in der 22 Artikel umfassenden Charta des GKR bereits in der Präambel seine prominente Erwähnung findet, ist für das Verständnis und die Entwicklung der türkisch-golfarabischen Beziehungen von herausgehobener Bedeutung. Es wird daher im Folgenden zuerst zu bewerten sein, wie die historischen Prägungen der Türkei und der Golfmonarchien deren Kooperation beeinflussen.

ARABISCHER NATIONALISMUS VS. KEMALISMUS

Die historischen Beziehungen zwischen den Golfmonarchien – dort hauptsächlich Saudi-Arabien als größtem und wirtschaftlich stärkstem Land – und der Türkei sind komplex und mit der Jahrhunderte währenden Dominanz des Osmanischen Reichs verbunden. Auch wenn an dieser Stelle nur oberflächlich auf die historische Komponente in den Beziehungen eingegangen werden kann, soll in aller Kürze angeschnitten werden, weshalb die bilateralen Beziehungen der Türkei zu Staaten des GKR bis zum Amtsantritt der AKP im Wesentlichen „durch gegenseitiges Misstrauen, Berührungsängste und Desinteresse“¹² geprägt waren.

Selbst wenn der größere Teil des Territoriums des 1932 gegründeten Staats Saudi-Arabien niemals Teil des Osmanischen Reichs gewesen war, so waren die beiden bedeutendsten – und nunmehr saudi-arabischen – Städte des Islam, Mekka mit dem zentralen islamischen Heiligtum, der Kaaba, und Medina mit der Todesstätte des Propheten Muhammad, als Gebiete der „Hijaz“ genannten Region schließlich bis 1918 doch Teilgebiete des Osmanischen Reichs. Während in Saudi-Arabien der sunnitische Staatsislam wahhabitischer Prägung das Königshaus der Großfamilie As-Saud bis heute legitimiert und das saudische Türkeibild noch immer von der ehemaligen Aversion gegen die Osmanen geprägt ist –

und in der Vergangenheit „die Osmanen für die Wahhabiten zu den Ungläubigen par excellence“¹³ zählten –, sind die anderen Golfstaaten weniger durch anti-osmanische Vorurteile beeinflusst. Die fünf kleineren Mitgliedsstaaten des GKR Kuwait, Qatar, Bahrain, Oman und die VAE sind in ihrer Haltung zur Türkei vielmehr durch die kemalistische Staatsdoktrin, die Gründung einer säkularen Republik nach europäischem Vorbild und die kategorische Hinwendung der Türkei zum Westen seit der Staatsgründung 1923 geprägt. Die türkische Anerkennung Israels 1949 sowie die Mitgliedschaft in der NATO irritierte die Golfmonarchien zusätzlich und führte dazu, dass seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs praktisch keine Kooperation zwischen der Türkei und der Region der heutigen Golfstaaten bestand. Erschwerend kommt hinzu, dass die Türkei – de iure Nachfolger des Osmanischen Reichs – wegen der Abschaffung des sunnitisch-islamischen Kalifats 1924 bis heute erheblichen Ressentiments in der islamischen, vornehmlich arabischen Welt ausgesetzt ist.

Als historisch kann daher der erste Besuch des saudischen Königs Faisal in der Türkei 1966 und die Wiederaufnahme von Kontakten im Rahmen eines Besuchs von General Kenan Evren als erstem türkischem Staatspräsidenten in Saudi-Arabien 1984 angesehen werden.¹⁴ Es ist auffällig, dass eine Zusammenarbeit hauptsächlich zwischen der Türkei und Saudi-Arabien stattfand und die kleineren Golfmonarchien bis Anfang der 1990er-Jahre von keinem nennenswerten Interesse für die Türkei gewesen zu sein schienen. Eine erste indirekte Annäherung zwischen den kleineren Golfstaaten und der Türkei entwickelte sich während des irakischen Einmarsches in Kuwait seit 1990. Während die 1986 geschaffene militärische Einsatztruppe des GKR, die Peninsula Shield Forces, frühzeitig erkennen musste, dass sie der Militärmacht Saddam Husseins eigenständig nichts entgegen konnte, reihte sich die Türkei in die Allianz unter der Führung der USA gegen den Irak ein und solidarisierte sich militärisch mit Kuwait.¹⁵ Diese türkische Unterstützung für die Golfstaaten kann nicht nur als eine erste Annäherung angesehen werden, sie schuf vielmehr auch eine Vertrauensbasis für zukünftige Kooperationen sowie eine veritable ökonomische Verbindung. Für die militärische

Unterstützung während des Zweiten Golf-Kriegs erhielt die Türkei von Kuwait und Saudi-Arabien Öl im Wert von jeweils einer Milliarde US-Dollar und zeigte den ökonomischen Weg der kommenden Dekaden auf.¹⁶ Seither besteht zwischen der Türkei und den Golfstaaten eine sicherheits- und wirtschaftspolitische Allianz, die seit dem Amtsantritt der islamisch-konservativen AKP eine neue Dynamik erhielt.

DIE AKP: MOTOR DER TÜRKISCH-GOLFARABISCHEN ACHSE?

Das Jahrzehnt der „starken brüderlichen Beziehungen“¹⁷ zwischen der Türkei und den Golfstaaten wurde durch die Wahl der AKP 2002 ermöglicht und mit der im März 2003 beginnenden US-Invasion in den Irak zum Sturz des Saddam-Regimes de facto eingeleitet. Im Wesentlichen kristallisieren sich drei Gründe für die Intensivierung der Beziehungen heraus: Erstens, die in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 durch die Bush-Administration eingeleitete Strategie eines globalen Kriegs gegen den internationalen Terrorismus hatte anhaltende Auswirkungen auf den gesamten Nahen Osten und beeinflusste direkt die Beziehungen zwischen der Türkei und den Golfstaaten. Zweitens, die seit der Destabilisierung des Irak veränderte regionale Rolle des Iran trägt zu einer Annäherung zwischen der Türkei und den Golfstaaten bei.

SICHERHEIT ALS ZIEL – IRAK IM BLICK

Die Türkei und die Golfstaaten teilen erhebliche sicherheitspolitische Interessen in der Region und fürchten seit 2003 um die Konsequenzen eines destabilisierten Irak. Die Golfstaaten, die traditionell ein eher positives Verhältnis zu den USA pflegten, befürchten, dass nach der US-Intervention der Iran das durch die Destabilisierung Iraks existierende Machtvakuum in der Region füllen werde. In diesem Kontext ist neben der generellen ideologischen Differenz zwischen der wahhabitischen Monarchie Saudi-Arabien und der schiitischen Theokratie Iran mit ihren jeweiligen regionalen Machtansprüchen zudem zu berücksichtigen, dass in nahezu allen kleineren Golfstaaten – besonders jedoch in Bahrain – eine beachtliche schiitische Bevölkerung lebt.¹⁸ Die Beziehungen der Golfstaaten zur Türkei erhielten

durch die gemeinsame Sorge um die regionale Zukunft nach dem Irak-Krieg eine neue Dynamik. Die türkische Entscheidung, den US-Truppen 2003 zwar Überflugrechte über die Türkei zu gewähren, eine Stationierung von Bodentruppen für den Einmarsch in den Irak allerdings zu versagen, verhalf dem Land in der gesamten Region zu erheblichem Prestige.¹⁹ Die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen der Türkei und der Golfstaaten in Folge der Irak-Intervention treten jedenfalls deutlich hervor: Während die Golfstaaten sich vor einer schiitischen Renaissance in der Region und vor Aufständen ihrer eigenen schiitischen Bevölkerungen fürchten, sorgt sich die Türkei besonders um eine vom Irak ausgehende kurdische Autonomiebewegung, die zu einer ernsthaften territorialen Bedrohung für die Türkei würde.

REGIONALE SPANNUNGEN – IRAN ALS BINDEGLIED

Eine Intensivierung der türkisch-golfarabischen Beziehungen hängt ebenso unmittelbar mit der veränderten Rolle Irans zusammen. Die Golfmonarchien fürchten den wachsenden schiitischen Einfluss Irans und weitere Aufstände ihrer schiitischen Bevölkerungsminderheiten.²⁰ Zudem sind sie besorgt, dass der Iran weitere Territorialansprüche – wie seit dem Abzug der Briten 1971 von den bis dahin zu den VAE gehörenden, in der Straße von Hormuz gelegenen Inseln Abu Musa und Tumb geschehen – stellen und die militärisch schwächeren Staaten des GKR bedrohen könnte.²¹ Die Türkei als sunnitisch geprägtes Land wiederum steht einer stärker werdenden schiitischen Achse ebenfalls kritisch gegenüber und strebt selbst nach einer regionalen Machtposition. Die sicherheitspolitische Kooperation der Türkei und der Golfstaaten soll allerdings keinesfalls als eine Koalition gegen den Iran verstanden werden. Sowohl die GKR-Staaten als auch die Türkei betonen wiederholt die friedliche Absicht ihrer Zusammenarbeit. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig: Die Beziehungen der Türkei zum Iran haben sich seit dem Amtsantritt der Regierung Erdoğan in nahezu allen Bereichen erheblich verbessert, die Golfstaaten wiederum sind innerhalb des GKR uneinig über den Umgang mit dem Iran und haben bisher zu keiner gemeinsamen politischen Linie gefunden.²²

VERTRAUEN DURCH DIE AKP

Schließlich tragen die türkische Regierungspartei und ihre sie tragenden Protagonisten selbst zu einem neuen Elan der Beziehungen bei. Die islamische Prägung der AKP und ihre zehnjährige Regierungszeit schwächt die vorherige Skepsis über die kemalistische Ausrichtung der Türkei in den – nach eigenem Verständnis – islamisch legitimierten Golfmonarchien und trägt neben aller Strategie zu einer gewissen Neugierde der Türkei gegenüber bei. Hinzu kommt, dass der türkische Staatspräsident, Abdullah Gül, von 1983 bis 1991 für die Islamische Entwicklungsbank in Jidda tätig war und der amtierende Außenminister, Ahmet Davutoğlu, als einer der wenigen türkischen Politiker Arabisch spricht, da er sich häufig in der arabischen Welt aufgehalten hat.²³

DIPLOMATIE UND WIRTSCHAFT

Anhand konkreter Beispiele wird nun die Vitalität der Beziehungen verdeutlicht und dabei neben den intensivierten Wirtschaftsverbindungen auch eine auffällige Reisediplomatie und ihre strategische Ausrichtung evaluiert. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass die GKR-Staaten strukturell äußerst heterogen sind. Saudi-Arabien mit einer Bevölkerung von ca. 28 Mio. und einer Fläche „so groß wie die fünf größten EU-Staaten Frankreich, Spanien, Schweden, Deutschland und Finnland zusammen“²⁴ und Bahrain mit einer Einwohnerzahl von 1,3 Mio. und einer Fläche, die etwa Hamburg entspricht, haben auch wirtschaftlich eine unterschiedliche Ausstrahlung auf die Türkei. Die ökonomischen Beziehungen zwischen der Türkei und dem GKR wurden jedenfalls durch eine neue Vertrauensbasis in Folge des Irak-Kriegs ermöglicht und seit 2005 institutionalisiert.

Im Mai 2005 einigten sich die Türkei und die GKR-Staaten in Manama, der Hauptstadt Bahrans, auf eine Absichtserklärung, um in den Bereichen Wirtschaft und Handel, Infrastruktur, Sicherheit, Rohstoff- und Nahrungsmittelaustausch sowie Tourismus intensiver zu kooperieren. Als einmalig kann zudem angesehen werden, dass die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Türkei und dem GKR angestrebt wird.²⁵ Selbst wenn sich die Realisierung einer solchen eigentlich bis 2010 zu verwirklichenden Freihandelszone bis dato wegen des Veto Saudi-Arabiens

verzögert, ist die Symbolkraft dieser Absicht nicht zu unterschätzen und wird durch Besuche des saudischen Königs Abdullah in der Türkei 2006 und erneut 2007 sowie einem Gegenbesuch Güls 2009 unterstrichen. Es waren vor 2006 mehr als vierzig Jahre ohne saudi-arabischen Staatsbesuch in der Türkei vergangen.

Der hohe Stellenwert einer aktiven Reisediplomatie für die AKP-Regierung in arabische Länder ist seit dem Amtsantritt Erdoğan bekannt, erhält durch die Häufigkeit von Besuchen in golfarabische Länder und ihre politischen Früchte jedoch bestätigende Resonanz. Zusätzlich zu den unzähligen Reisen des türkischen Außenministers in die Golfstaaten besuchte Staatspräsident Gül 2010, als erster türkischer Staatsgast seit mehr als dreizehn Jahren überhaupt, den Oman und im selben Jahr weitere zwei Mal Kuwait. Erdoğan setzte die jüngste Reisefreudigkeit in die Golfstaaten fort und besuchte 2011 neben Saudi-Arabien zuerst Qatar und anschließend mit einer Delegation von 350 Unternehmern Kuwait.²⁶ Die ökonomischen Früchte solcher Reisen sind für die Türkei direkt spürbar. Ein Konsortium islamischer Banken, die Kuwait-Turkey Bank, hat zwischenzeitlich mehr als 130 Filialen in der Türkei, Rohstoffe wie Chemikalien und Plastik bezieht die Türkei nahezu ausschließlich aus Kuwait und Nahrungsmittel und Textilien werden nach Kuwait exportiert. Neben dem ökonomischen Mehrwert gelangt die Türkei auch symbolisch zu neuer Anerkennung. Während seiner Reise nach Kuwait erhielt Erdoğan 2011 den regional äußerst prestigeträchtigen Titel „Islamische Persönlichkeit des Jahres“ und verdeutlichte somit, welche Rolle der Türkei in den Golfstaaten mittlerweile beigemessen wird.²⁷

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Beziehungen ist seit 2002 nicht zu übersehen und für die Türkei deutlich attraktiver als für die GKR-Staaten. So beträgt etwa das bilaterale Handelsvolumen zwischen Bahrain und der Türkei mehr als 244 Mio. US-Dollar, hauptsächlich da die Türkei 90 % ihres Aluminiums aus dem Königreich bezieht und Stahl, Eisen sowie Zement nach Bahrain exportiert. Das Handelsvolumen zwischen Saudi-Arabien und der Türkei beträgt bereits heute mehr als sechs Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die wirtschaftliche Verflechtung ist vielschichtig: Während die Türkei hauptsächlich Öl

aus Saudi-Arabien bezieht, sind türkische Firmen im Bauwesen aktiv und finden in dem arabischen Königreich einen dankbaren Abnehmer türkischer Nahrungs- und Textilprodukte. Insgesamt betrug das Handelsvolumen zwischen der Türkei und den Golfstaaten 2011 beachtliche 13 Milliarden US-Dollar.²⁸

TÜRKEI ALS „STRATEGISCHER PARTNER“ DES GKR

Neben der unbestreitbaren Zunahme der wirtschaftlichen Kooperation wurde 2008 ein wahrhaft historisches Kapitel der türkisch-golfarabischen Zusammenarbeit aufgeschlagen. Am 2. September 2008 beschlossen die Außenminister der sechs GKR-Staaten im Rahmen ihres 108. Ministertreffens in Jidda, die Türkei als einzigen nicht-golfarabischen Staat zum „strategischen Partner“ des GKR zu erklären.²⁹ Ein erstes gemeinsames Arbeitstreffen auf Ministerebene fand schließlich am 8. Juli 2009 in Istanbul statt und wird seither kontinuierlich einmal jährlich fortgesetzt. In der gemeinsamen Abschlusserklärung des ersten Treffens wird zu jedem regional relevanten Thema geradezu demonstrativ eine abgestimmte politische Haltung eingenommen. Als ambitioniert darf das Ziel angesehen werden, mit einer direkten Eisenbahnverbindung zwischen den GKR-Staaten und der Türkei auch die Bevölkerungen enger zu verbinden.³⁰

Während die Wirtschaftsbeziehungen auch während der weltweiten Finanzkrise nahezu konstant blieben, wurden auch die strategischen Dialogsitzungen fortgesetzt und im Lichte der arabischen Aufstände eine noch engere inhaltliche Abstimmung vereinbart. Wenig verwunderlich erscheint daher auch, dass die Abschlusserklärungen ausführlicher wurden und – im Gegensatz zu 20 Punkten in der ersten Erklärung 2009 – zwischenzeitlich 38 Punkte des abgestimmten Vorgehens nach der letzten Sitzung am 28. Januar 2012 verkündet wurden. Es wird nunmehr von einem „Gemeinsamen Aktionsplan“ gesprochen und eine weitere Intensivierung der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Kooperation betont. Zudem soll ein GKR-Türkei-Wirtschaftsforum etabliert und der Austausch von Wissenschaftlern und Studenten vorangetrieben werden. Regional positionieren sich die Türkei und der GKR kritisch gegenüber Israel, betonen den

Souveränitätsanspruch Iraks und „wiederholen ihre Entschlossenheit, an der Seite Ägyptens zu stehen, um den Transformationsprozess erfolgreich abzuschließen“. Außerdem erörtert die Erklärung verhältnismäßig stark die derzeitige Situation in Syrien und fordert „die Einleitung eines politischen Prozesses in Syrien, der den legitimen Ansprüchen und Wünschen des syrischen Volkes“ entspricht.³¹

FAZIT: ZWECKBEZIEHUNG UNGLEICHER PARTNER

Es kann festgehalten werden, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und den Golfstaaten wirtschaftlich und sicherheitspolitisch weitreichend sind. Bisher wurden diese Beziehungen wissenschaftlich vergleichsweise gering analysiert. Es sind Entwicklungen erkennbar, die eine positive Prognose der türkisch-golfarabischen Beziehungen als wahrscheinlich erscheinen lassen. Diese haben sich seit dem Antritt der AKP-Regierung deutlich verbessert und sind derzeit vor allem zum Vorteil der Türkei. So hat sich die Türkei mit den Golfstaaten nicht nur verlässliche – und vor allem finanziell potente – Investoren gesichert, sondern in den sechs GKR-Staaten dankbare Abnehmer ihrer Güter und durch die Beliebtheit türkischer Fernsehsendungen in diesen Ländern langfristig womöglich auch Anhänger ihres Lebensmodells gefunden. Zudem kann die sicherheitspolitische Allianz und die enge Abstimmung mit den Golfstaaten in regionalen Krisenzeiten als ein Erfolg der türkischen Außenpolitik einer „Strategischen Tiefe“ angesehen werden. Einerseits ist eine angestrebte Wiederbelebung der Beziehungen zu Staaten der Region auch über die direkte Nachbarschaft hinaus gelungen und mit dem Ziel der wirtschaftlichen Prosperität – aus türkischer Sicht – erfolgreich geglückt. Andererseits kann die Türkei, obschon mit dem Iran in guten Beziehungen stehend, auch für den Fall eines unerwünschten Hegemonialstrebens des Iran vorsorgen und eine Achse mit dem einflussreichen Saudi-Arabien und den mehrheitlich sunnitisch geprägten, strategisch wichtig gelegenen, kleineren Golfmonarchien verfestigen.

Die Golfmonarchien wiederum haben in der Türkei einen regional gut vernetzten und durch seine militärische Stärke bedeutenden strategischen Partner gefunden. Durch die islamische

Prägung der AKP und nach der veränderten geopolitischen Lage seit dem US-Einmarsch im Irak ist die Türkei ein verheißungsvoller Partner. Die Golfstaaten können gemeinsam mit der Türkei den machtpolitischen und ideologischen Aufstieg des Iran bremsen und dabei im Ernstfall auf eine Vielzahl von Methoden zurückgreifen. Ökonomisch hat die Türkei für die Golfmonarchien im Verhältnis zu deren globaler Relevanz eine eher marginale Bedeutung, dennoch scheint die wirtschaftliche Kooperation als positive Begleitscheinung der strategischen Partnerschaft gerne angenommen zu werden.

Die Türkei und die Golfstaaten sind daher ungleiche Partner in einer Zweckbeziehung, die, solange sich die Interessenlage einer der Partner nicht fundamental verändern sollte, vorerst standhaft zu bleiben scheint.

|| THOMAS VOLK M.A.

Doktorand der Islamwissenschaft an der Universität Basel

ANMERKUNGEN

- 1 www.sueddeutsche.de/politik/aufstand-in-syrien-golfstaaten-und-tuerkei-wenden-sich-von-assad-ab-1.1311263, Stand: 5.5.2012.
- 2 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,825230,00.html, Stand: 6.5.2012.
- 3 www.thenational.ae/thenationalconversation/comment/gcc-positions-for-a-stronger-role-in-tomorrows-syria, Stand: 9.5.2012.
- 4 www.thenational.ae/news/world/middle-east/turkey-follows-arab-league-by-imposing-sanctions-against-syria, Stand: 9.5.2012.
- 5 www.sana.sy/eng/21/2012/01/29/397165.htm, Stand: 7.5.2012.
- 6 Der Vorsitzende der Verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien, Dr. Mustafa Ben Jaffar, erklärte während einer Veranstaltung der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag am 8.2.2012 in Berlin, dass Tunesien sich die Türkei zum Vorbild nehme und ein islamisch geprägtes, säkulares, rechtsstaatliches Modell anstrebe. Der Autor war bei der Veranstaltung anwesend.
- 7 <http://gulfnnews.com/news/gulf/uae/general/gcc-names-turkey-first-strategic-partner-outside-the-gulf-1.129631>, Stand: 7.5.2012.
- 8 <http://hpeb08.files.wordpress.com/2008/08/putnam.pdf>, Stand: 6.9.2011.
- 9 <http://www.gcc-sg.org/eng/index.html>, Stand: 30.4.2012.
- 10 Koch, Christian: Der Golf-Kooperationsrat als regionale Sicherheitsorganisation, in: KAS-Auslandsinformationen 11/2010, S. 24-39.
- 11 <http://www.gccsg.org/eng/indexfc7a.html?action=Sec-Show&ID=1>, Stand: 30.4.2012.
- 12 Wiese, Inken: Die Beziehungen der kleinen Golfstaaten zur Türkei. Ungleiche Erwartungen an ein großes Potential, in: Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen. Nationales Interesse, nicht Religion als Basis der Kooperation, hrsg. von Sigrid Faath, Baden-Baden 2011, S. 141-158, hier S. 143.
- 13 Steinberg, Guido: Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Türkei. Unterschiedliche Prioritäten bei ähnlichen Interessen, in: Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen. Nationales Interesse, nicht Religion als Basis der Kooperation, hrsg. von Sigrid Faath, Baden-Baden 2011, S. 119-140, hier S. 121.
- 14 Başkan, Birol: Turkey-GCC Relations: Is there a future?, in: Insight Turkey 1/2011, S. 159-173.
- 15 Koch: Der Golf-Kooperationsrat als regionale Sicherheitsorganisation, S. 28.
- 16 Martin, Lenore G.: Turkey's Middle East Foreign Policy, in: The Future of Turkish Foreign Policy, hrsg. von Lenore G. Martin und Dimitris Keridis, Cambridge 2004, S. 157-189, hier S. 186.
- 17 www.mfa.gov.tr/joint-statement-turkey-gcc-high-level-strategic-dialogue-4th-joint-ministerial-meeting_28january-2012_istanbul_-turkey.en.mfa, Stand: 7.5.2012.
- 18 www.mepc.org/journal/middle-east-policy-archives/gulf-states-and-iran-turkish-perspective, Stand: 30.4.2012.
- 19 Aras, Bülent: Turkey and the GCC: An Emerging Relationship, in: Middle East Policy Journal 4/2005, S. 89-97, hier S. 91.
- 20 Martin, Lenore G.: Turkey and the Gulf Cooperation Council Security, in: Turkish Studies 1/2009, S. 75-93, hier S. 82.
- 21 Nach allgemeiner Schätzung leben derzeit ca. 14 Mio. der weltweit ca. 160-200 Mio. Schiiten in den arabischen Golfstaaten. Das iranische Militär verfügt über ca. 540.000 Soldaten, die GKR-Länder gemeinsam über ca. 176.500 Soldaten. Zum Vergleich hierzu hat das türkische Militär – immerhin das zweitgrößte innerhalb der NATO – ca. 666.000 Soldaten; vgl. www.mepc.org/journal/middle-east-policy-archives/gulf-states-and-iran-turkish-perspective, Stand: 30.4.2012.
- 22 Wiese: Die Beziehungen der kleinen Golfstaaten zur Türkei, S. 147.
- 23 Steinberg: Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Türkei, S. 124.
- 24 Hermann, Rainer: Die Golfstaaten. Wohin geht das neue Arabien?, München 2011, S. 245.
- 25 www2.tbmm.gov.tr/d23/1/1-0322.pdf, Stand: 14.5.2012.
- 26 www.mfa.gov.tr/turkey-kuwait-relations.en.mfa, Stand: 16.5.2012.

- ²⁷ www.bbc.co.uk/news/business-12290479, Stand: 17.5.2012.
- ²⁸ www.emirates247.com/business/economy-finance/gcc-turkey-eye-deeper-ties-2012-02-13-1.442820, Stand: 17.5.2012.
- ²⁹ <http://gulfnews.com/news/gulf/uae/general/gcc-names-turkey-first-strategic-partner-outside-the-gulf-1.129631>, Stand: 7.5.2012.
- ³⁰ www.mfa.gov.tr/joint-statement-of--the-joint-ministerial-meeting-of-the-gcc-turkey-high-level-strategic-dialogue-istanbul_-turkey_-8-july-2009.en.mfa, Stand: 14.5.2012.
- ³¹ www.mfa.gov.tr/joint-statement-turkey-gcc-high-level-strategic-dialogue-4th-joint-ministerial-meeting_-28january-2012_-istanbul_-turkey.en.mfa, Stand: 7.5.2012.

EINE GENUG INNOVATIVE AUßENPOLITIK? DIE TÜRKEI UND ARMENIEN

HANS-LUKAS KIESER || Offiziell bestehen keine Beziehungen zwischen der Türkei und der 1991 unabhängig gewordenen Sowjetrepublik Armenien im nordöstlich an die Türkei anschließenden Kaukasus. Die gemeinsame Grenze ist geschlossen. Doch ist die Förderung türkisch-armenischer Beziehungen zu einem Postulat der Diplomatie auf höchster Ebene geworden, wie die Unterzeichnung gemeinsamer türkisch-armenischer Protokolle im Oktober 2009 in Zürich demonstriert hat. Ein Grund dafür ist die energie- und sicherheitspolitische Bedeutung des Kaukasus, in dem auch das turksprachige und muslimische, im Gegensatz zu Armenien an Bodenschätzen reiche Aserbaidschan liegt. Was Armenien international und für die „neue türkische Außenpolitik“ der AKP-Regierung jedoch zu einer besonderen Herausforderung macht, ist das traumatische Erbe des jungtürkischen Völkermords an den osmanischen Armeniern. Dieser Genozid setzte 1915 einer jahrhundertealten armenisch-türkischen Koexistenz ein Ende. Wo die Probleme groß sind und die Geschichte schwer, sind es auch die involvierten Kräfte und möglichen Chancen, wie der Historiker Gerard J. Libaridian, der außenpolitische Berater des ersten armenischen Präsidenten, mehrfach betont hat.¹

EINFÜHRUNG: EINE BESONDERS KOMPLEXE INTERAKTION

Um zu gedeihen, bedarf das kleine, ressourcenarme Binnenland Armenien neben einer guten Ordnung im eigenen Hause funktionierender Nachbarschaftsbeziehungen und internationalen Rückhalts. Was die Nachbarschaft betrifft, ist Armenien, dessen Fläche, Einwohnerzahl (3,3 Millionen) und Bruttoinlandsprodukt einen kleinen Bruchteil desjenigen der Türkei ausmacht, der klar schwächere, von der Bereitwilligkeit und Interessenlage der größeren Nachbarn abhängige Partner. Lässt sich von einer neuen, kohärenten AKP-Politik in punkto Armenien sprechen? Wie ordnet sich die bisherige Politik historisch ein und welches sind mögliche Perspektiven? Welche Rolle spielen dabei nicht-konventionelle Akteure jenseits des diplomatischen Korps? Bevor ich auf diese Fragen eingehe, folgen hier einige einführende Bemerkungen und, im 2. Kapitel, ein vertiefter Blick in die Geschichte.

Die AKP-Regierung hat innerhalb eines Jahrzehnts dank der EU-Standards und des EU-Rückhalts die vormaligen „Wächter“ des kemalistischen Staats – die Armee und namentlich den Justiz- und Verwaltungsapparat – aus deren Jahrzehnte überdauernden Vorzugsstellung aushebeln können. Ihre Außenpolitik hat die EU-Kandidatur in ihren ersten Jahren mit Enthusiasmus und Konsequenz angegangen. Zugleich zeigt sie ein neues Selbstbewusstsein und setzt „neo-osmanische“ Akzente. Im Gegensatz zu früher pflegt sie offen muslimische Solidarität und hat von Beginn an, nämlich im Vorfeld der amerikanischen Invasion in den Irak 2002/03, Distanz zum vorher meist beflissen befolgt Gehorsam gegenüber amerikanischer Nahoststrategie markiert. Wenige Jahre später (2008, verstärkt 2010) hat sie sich mit Israel diplomatisch überworfen – ohne dabei jedoch die Nähe zu Washington aufs Spiel zu setzen. Diese hat im Gegenteil während der Administration Obama gegenüber der EU deutlich an

Gewicht gewonnen. Die Türkei hat sich erstaunlich rasch auf der westlichen Seite des Konflikts in Syrien positioniert und ist mit dieser Positionierung beträchtliche Risiken auch nach Innen eingegangen.²

Seit die türkische Politik im vergangenen Jahrzehnt ziviler und demokratischer geworden, somit nicht mehr vorwiegend die Domäne einer militärischen und bürokratischen Elite ist, setzt sie vermehrt auf muslimische Solidarität und lange verdrängte osmanische Bezüge. Dies tangiert auch das Verhältnis zu Israel, wobei hier kurzlebige rhetorische mit vitalen interessenpolitischen Aspekten einher gehen. Anders als Armenien ist das kleine Land Israel seit seiner Gründung immer ein wichtiger wirtschaftlicher, militärischer und diplomatischer Partner der Türkei und geschätzter, ja überschätzter Lobbyist gewesen. Besonders nahe standen sich die beiden Länder in den 1980er- und 1990er-Jahren, den beiden Jahrzehnten nach dem großen Militärputsch in der Türkei: der hohen, jedoch ablaufenden Zeit eines von den Generälen dominierten „Wächterstaates“. Damals, als im Westen intensiv über Genozid und Holocaust im Zweiten Weltkrieg diskutiert wurde, unterstützten israelische Staatsmänner und Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaften in der Türkei und der USA die türkische Diplomatie tatkräftig bei der Relativierung und Leugnung des Völkermords an den Armeniern.³ Auch dies hat sich im vergangenen Jahrzehnt teilweise markant geändert: In Israel selbst und bei Juden weltweit ist das historische Bewusstsein von einem der Shoah vorausgegangenen Genozid an den Armeniern im Gegensatz zu früher weithin verankert. Yad Vashem in Jerusalem und das Genozidmuseum in Eriwan arbeiten neuerdings zusammen.⁴

HISTORISCHE FÄDEN

Der Umgang mit Armenien und den Armeniern ist für die moderne Türkei in politisch-kultureller und historisch-identitärer Hinsicht zentral. Denn die osmanischen Armenier waren eine regsame, einflussreiche Minderheit im Osmanischen Reich gewesen und wurden im 19. Jahrhundert wegen ihrer Nähe zum und ihrer loyalen Akteure im osmanischen Reformstaat als „die treue Gemeinschaft“ gewürdigt. Ihre Zukunft stand und fiel mit derjenigen eines modernen

osmanischen Rechtsstaates. Unter dem Sultan Abdulhamid II. (1876-1909) und dessen Politik muslimischer Einheit zur Rettung des Reichs verschlechterte sich ihre Lage gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Sie wurden Opfer umfangreicher Massaker.⁵ Umso mehr klammerten sie sich an das europäische Versprechen im Berliner Vertrag von 1878, für Reformen und Sicherheit in ihrem Siedlungsgebiet in den osmanischen Ostprovinzen zu sorgen (Artikel 61). Doch deren Verwirklichung blieb aus. Sozial- und nationalrevolutionär gesinnte junge Aktivisten suchten auf eigene Faust Veränderungen zu erzwingen. Eine armenisch-revolutionäre Bewegung entstand. 1908 bereitete das jungtürkische Komitee im Bunde mit der Armenischen Revolutionären Föderation die Jungtürkische Revolution gegen das System Abdulhamids II. vor. Beide postulierten das Ziel eines osmanischen Verfassungsstaates und der rechtsstaatlichen Lösung der Konflikte in den Ostprovinzen.

Über der ungelösten, seit 1878 internationalisierten Frage der Reformen in den Ostprovinzen kam es jedoch 1912 zum Bruch. Wenige Monate später errichtete das jungtürkische Komitee eine Parteidiktatur. Deutschland unterstützte damals, 1913/14, neu das Reformbegehren des Berliner Vertrags, und zwar in einem ungewöhnlich einvernehmlichen Zusammengehen mit Russland. Zuvor hatte die deutsche Diplomatie keine Solidarität mit den gefährdeten Armeniern gezeigt, sondern seit 1878 unkritisch die Haltung des osmanischen Staates vertreten, der unter Abdulhamid II. in freundschaftliche Nähe gerückt war. Das jungtürkische Komitee eignete sich nach den osmanischen Verlusten in den Balkankriegen (1912/13) die radikal türkistische Vorstellung an, die osmanischen Christen, insbesondere die politisch und kulturell agilen Armenier, die zudem untereinander gut organisiert waren, stünden dem Aufbau eines sicheren türkischen Nationalheims in Kleinasien im Wege.⁶

Der Erste Weltkrieg wurde zur Gelegenheit, im Schatten des Kriegs radikale ethno-religiöse „Säuberungen“ im Innern durchzuführen. Schon im Frühjahr 1914 begann das Komiteeregime, osmanische Christen von der Ägäisküste zu vertreiben. Die Julikrise von 1914 lenkte die internationale Aufmerksamkeit davon ab und verlieh dem Regime die unverhoffte Gunst der Stunde,

Deutschland für ein Kriegsbündnis und zugleich für die Abkehr von seinem Engagement für Reformen gewinnen zu können. 1915 erweiterte und radikalisierte es das erfolgreiche Modell der Vertreibung christlicher Staatsangehöriger zu einer Politik mit dem Zweck, „die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten“ (wie der deutsche Botschafter Wangenheim im Juli 1915 festhielt).⁷ Der Massenraubmord, so der Historiker Christian Gerlach, diente dem Ziel, ein türkisches Nationalheim ohne politische und kulturelle Konkurrenz durch die überdurchschnittlich gebildete und international vernetzte armenische Gemeinschaft, aber mit deren materiellen Ressourcen aufbauen zu können.⁸ Er bildete eine wichtige, wenn auch fortan gereizt geleugnete Grundlage für den Aufbau des türkischen Nationalstaats in der Zwischenkriegszeit.

Bis ins späte 20. Jahrhundert hat die türkische Diplomatie den Völkermord an den Armeniern vertuscht und beschönigt, aber auch gerechtfertigt. Sie hat ihn als zwar bedauerlich, aber – euphemistisch verharmlosend – unvermeidbar für die Gründung eines zivilisatorisch, nach 1945 auch strategisch dem Westen zugewandten türkischen Nationalstaats in Kleinasien dargestellt. Es dauerte Jahrzehnte, bis im Westen in Diplomatie und etablierter Wissenschaft die Stimmen verstummten, die unbedarft dieser Argumentation folgten – und die von einer bemerkenswerten Akzeptanz von Massengewalt im Missklang mit der gleichzeitigen öffentlichen Aufarbeitung der Weltkriegsverbrechen in Europa zeugten. Eine europäische Auseinandersetzung mit dem Versagen gegenüber den Armeniern blieb daher lange aus. Der Artikel 61 des Vertrages von Berlin hatte den Armeniern 1878 Sicherheit, der Vertrag von Sèvres 1920 ein Nationalheim mit Einbezug eines Teils ihres ostanatolischen Siedlungsgebietes in Aussicht gestellt. Davon verlautete im Vertrag von Lausanne von 1923 nichts mehr. Dieser ging im Gegenteil stillschweigend über den Völkermord hinweg und sah zugleich „Bevölkerungstransfers“ bisher ungekannter Größenordnung vor, die ein fatales Paradigma im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs und für das ganze 20. Jahrhundert bildeten.

Nachdem sie dies nach dem Vertrag von Lausanne ein halbes Jahrhundert lang nicht mehr gewesen war, wurde die armenische Vergangen-

heit der Türkei Ende der 1970er-Jahre, ein Vierteljahrhundert vor der „neuen Außenpolitik“ der AKP-Regierung, wieder Thema der internationalen Beziehungen. Einen Meilenstein setzte in diesem Zusammenhang die Resolution des Europäischen Parlaments „Zur politischen Lösung der armenischen Frage“ von 1987. Sie erkannte den Genozid explizit an und stellte dessen Anerkennung durch die Türkei zur Bedingung eines türkischen Beitritts zum geeinten Europa. Im selben Jahr 1987 wurde die Kandidatur um Mitgliedschaft der seit 1961 assoziierten Türkei abgelehnt.⁹ Für alle Welt sichtbar waren somit Schatten aus der Vergangenheit aufgetaucht, die sich fortan nicht mehr ohne gründliche Auseinandersetzung bannen ließen.

1991 erklärte sich die Sowjetrepublik Armenien unabhängig. Die türkische Diplomatie beeilte sich, Armenien unverzüglich anzuerkennen, wenn auch ohne Beziehungen aufzunehmen. Zum Schatten der Vergangenheit gesellte sich damals und bis heute derjenige des Kriegs um Bergkarabach, eine armenische Enklave in dem durch Stalin Aserbaidschan zugeteilten Territorium. Die armenische Armee eroberte sie und einen verbindenden Korridor mit russischer Unterstützung im Krieg von 1988-1994. 1993 hat die Türkei als Antwort darauf ihre Grenze geschlossen, die für das junge, kleine Binnenland von vitaler Bedeutung ist.

In jenen Jahren nach dem Kalten Krieg hat sich die professionelle Forschung erstmals anhaltend und über einzelne, vor allem armenische Stimmen hinaus des Themas Völkermord im Ersten Weltkrieg angenommen – dies entgegen den Widerständen von Seiten der Diplomatie und auch der etablierten Orientalistik, die das Wegblicken als Preis für ungestörte Beziehungen und Archivzugänge über Jahrzehnte verinnerlicht hatte. Diese neue, kritische historische Arbeit lebt seither aus der Synergie mit wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften in der Türkei selbst. An europäischen Institutionen gab es keine einschlägige adäquate Forschung; auch nicht in Deutschland, dessen Archive zu den wichtigsten über den Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich zählen. In Deutschland hat die Bundestagsresolution von 2005 erstmals offiziell zur Aufarbeitung des Armeniermords und der Rolle Deutschlands aufgerufen und damit neue

Impulse nach Innen wie nach Außen gegeben.¹⁰ Auch Richtung Türkei, wo die AKP damals seit zweieinhalb Jahren an der Macht war.

DIE AKP UND ARMENIEN

Die AKP setzte von Beginn an auch in der Außenpolitik neue Akzente. Sie präsentierte, als der bisherige Berater Ahmet Davutoğlu 2009 Außenminister wurde, eine ausformulierte neue Doktrin. Die AKP-Außenpolitik hat die Türkei als seriösen EU-Kandidaten und der NATO weiterhin loyal verbundenen Akteur positioniert, der aber neu eine kohärente Vision verfolgen und eine aktive Rolle spielen soll in und zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten, Russland, dem Kaukasus und Zentralasien. Die Türkei könne dafür ihre einmalige osmanische Erfahrung in die Waagschale legen (daher die Fremdbezeichnung „neo-osmanisch“). Eine neu gewonnene, „sanfte“ zivile und wirtschaftliche Macht sowie eine neue, auf militärisches Drohgebaren verzichtende politische Sprache sollten insbesondere die Nachbarschaftsbeziehungen nach allen Seiten aktivieren und verbessern („zero problems towards neighbours“).¹¹

Vorgeschichte

Was Armenien betrifft, konnte die AKP-Regierung auf einschlägige Vorarbeiten des türkischen Außenministeriums und nichtstaatlicher Akteure seit den 1990er-Jahren zurückgreifen. Volkan Vural, 1988-1993 türkischer Botschafter in Moskau, 1995-1998 in Berlin, war Ankaras Ansprechperson für armenische Angelegenheiten. Als die informellen staatlichen Beziehungen in Folge des armenisch-aserbaidzhanischen Krieges stagnierten, übernahm der 1997 gegründete nichtstaatliche Turkish-Armenian Business Development Council (TABDC) eine Vorreiterrolle für Kontakte auf verschiedenen Ebenen, vom Handel bis zum Studentenaustausch und ersten Plänen für die Restauration der Kirche auf der Insel Akhtamar (im ost-anatolischen Van-See).¹²

Präsident Robert Kotscharian verfolgte im Unterschied zu seinem Vorgänger Lewon Ter-Petrosjan, dem ersten Präsidenten der unabhängigen Republik Armenien (1991-1998), eine aktive Politik der Genozidanerkennung in Absprache mit der weltweiten Diaspora. Informelle staatliche Kontakte blieben auch daher Ende der 1990er-

Jahre weiterhin eingefroren. Neben dem TABDC trafen sich allerdings auch ehemalige Diplomaten mit armenischen Kollegen; so insbesondere an der Diplomatischen Akademie Wien. Dies führte 2001 zur Gründung der Turkish-Armenian Reconciliation Commission (TARC). Als Geste des guten Willens gab die damalige Koalitionsregierung Reisenden aus Armenien die Möglichkeit, ein Visum direkt am Flughafen Istanbul für wenig Geld zu erwerben.

Die AKP kam im Herbst 2002 an die Macht, als die TARC wie auch die TABDC weiterhin am Arbeiten waren. Zudem hatte im Jahr 2000 ein unabhängiges, an der University of Michigan in Ann Arbor basiertes Netzwerk von etablierten wie auch jüngeren Akademikern aus Armenien, der Türkei und weiteren Ländern einen innovativen Workshop for Turkish-Armenian Scholarship (WATS) zu bilden begonnen, der sich fortan zu regelmäßigen, produktiven, einer kritischen historischen Arbeit verpflichteten Treffen an verschiedenen Institutionen und Universitäten in den USA und Europa zusammenfand.¹³ Von politischer Seite war der Druck auf die Türkei insofern gestiegen, als nun auch Parlamente in Westeuropa, nämlich Italien (2000), Frankreich (2001) und die Schweiz (2003), den Völkermord an den Armeniern anerkannten.

Schwierigstes Problem und Lackmустest

Außenminister Abdullah Gül, der heutige Staatspräsident, nannte Anfang 2007 das „armenische Problem“ die größte „Bedrohung“ für die Türkei nach (damals an erster Stelle) der unsicheren Zukunft im Irak nach Saddam Hussein.¹⁴ Und Außenminister Davutoğlu bezeichnete im Mai 2010, ein halbes Jahr nach Unterzeichnung der Zürcher Protokolle, die Beziehung mit Armenien als „die problematischste“ im Rahmen der neuen Nachbarschaftspolitik. In der Tat ist die Beziehung mit Armenien ein besonders aufschlussreicher und schwieriger Test für die Güte der AKP-Außenpolitik. Das Messglas lässt sich als halb voll oder halb leer beschreiben, wobei die beobachtbaren Fortschritte größtenteils auf die Zeit vor Ende 2009 fallen. Danach, zum Teil aber bereits seit 2005, lässt sich von Stagnation auf mehreren Ebenen sprechen.

Diese Entwicklung lässt sich am besten mit der These erklären, dass die AKP kein umfassen-

des Konzept verfolgte, sondern dass sie bei dieser schwierigsten außenpolitischen Beziehung mehr reagierte als agierte. Zwar ging sie mit mehr Offenheit gemäß den allgemeinen neuen Gewichtungen, aber eher situativ als programmatisch und innovativ vor. Während ein solches Vorgehen anderswo positive Resultate ergeben konnte, genügte es im armenischen Fall nicht. Denn ohne Paradigmawechsel auf staatlicher Ebene konnte die „Mauer des Traumas“ nicht zu Fall gebracht, das historisch verspielte, für gelingende Beziehungen mit Armenien unentbehrliche Vertrauen nicht neu gewonnen werden. Somit blieben auch mehr Stabilität und Prosperität im Kaukasus aus.

Volkan Vural, einer der erfahrensten türkischen Diplomaten in armenischen Angelegenheiten, hat 2008, zwei Jahre nach seiner Pensionierung, in einem Interview deutlich gemacht, welches aus seiner Sicht die Messlatte für eine gelingende armenisch-türkische Zukunft ist. Er hat der Regierung empfohlen, um Verzeihung zu bitten für die Verbrechen an den Armeniern und weiteren Minderheiten; und er hat die Öffnung der Grenze zu Armenien, gewisse Entschädigungen sowie das Rückkehrrecht einschließlich der Staatsbürgerschaft für rückkehrwillige armenische Nachkommen als Desiderata in die Waagschale gelegt.¹⁵ Diese Desiderata sind kompatibel mit dem Geist und Buchstaben der Zürcher Protokolle.

Das Messglas ist halb voll. Davon zeugen sowohl der Meilenstein der Zürcher Protokolle und vielerlei neue Beziehungen auf nichtstaatlicher Ebene als auch die Tatsache, dass sich in der Türkei in den letzten zehn Jahren eine teilweise viel liberalere Atmosphäre in Medien und Öffentlichkeit eingestellt hat. Armenische Themen, einschließlich der Thematisierung des Völkermords, sind nicht mehr tabu, wenn auch noch heikel. Eine Zäsur war diesbezüglich im Jahr 2005 die heftig umstrittene, aber schließlich doch an einer Istanbuler Privatuniversität durchgeführte Tagung über „Die Armenier in der Spätphase des Osmanischen Reiches“.¹⁶ Seit einigen Jahren organisieren menschenrechtliche Gruppen am 24. April Veranstaltungen in Istanbul zum Gedenken an den Armeniermord, und die Polizei schützt sie vor dem Übergriff durch gewalttätige Nationalisten. Zudem kümmert sich der Staat unter der AKP im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten um

den Schutz historischer armenischer Gebäude und steht Organisationen, die dies tun, nicht mehr kategorisch im Weg. Auch hat er kürzlich die Rückgabe von seit den 1930er-Jahren staatlich beschlagnahmtem armenischem Stiftungseigentum in die Wege geleitet.¹⁷

Das Glas ist halb leer. Vom entscheidenden, deblockierenden Schritt – dem Freimut zum öffentlichen Eingeständnis eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Jahre 1915 – kann staatlicherseits bisher keine Rede sein. Immerhin stellen Ministerpräsident Erdoğan's Eingeständnis eines staatlichen Massakers im alevitisch-kurdischen Dersim, als in jener halbautonomen, damals in Tunceli umbenannten Bergregion noch einige Armenier lebten, und seine Entschuldigung, ein positives Präjudiz dar.¹⁸ Wenn es indessen um Armenien geht, zieht es derselbe Hauptakteur vor, das brüderliche Band mit dem undemokratischen Aserbaidschan zu beschwören und sich zu der Aussage zu versteigen, Muslime könnten keine Genozidtäter sein.

Zürcher Protokolle

Obwohl, kaum unterzeichnet, schon blockiert und obwohl von Anfang an sowohl von türkisch-nationalistischer als auch armenisch-nationalistischer Seite angefochten, bilden die Zürcher Protokolle „über die Entwicklung bilateraler Beziehungen“ vom 10. Oktober 2009 die zentrale Grundlage für eine künftige armenisch-türkische Annäherung mit dem Ziel vollwertiger, prosperierender Beziehungen. Inklusiv Anhang über einen Zeitplan und Subkommissionen (Politische Beratung; Transport und Kommunikation; Rechtliches; Erziehung und Wissenschaft; Handel und Tourismus; Umwelt; Geschichte) fassen sie auf knapp drei Seiten die wichtigsten Schritte und Elemente zusammen.¹⁹

Die schweizerische Diplomatie nutzte die neue, durch die EU-Kandidatur und die AKP-Regierung geschaffene Atmosphäre. Sie wollte sowohl ihre in den 1990er-Jahren wegen des Kurdenproblems zerrüttete Beziehung mit der Türkei als auch zugleich Mediationsmöglichkeiten zwischen der Türkei und Armenien ausschöpfen. Dies fiel mit dem besonderen Engagement von Michael Ambühl, Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (2005-2010) und der Berufung des

erfahrenen Botschafters Walter Gyger, der mit einer Türkin verheiratet ist, auf den Posten in Ankara im Sommer 2004 zusammen. Vorsteherin des Außenministeriums war die Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (2002-2011), die im Herbst 2003 kurz vor einem Staatsbesuch in Ankara brüsk ausgeladen worden war.

Die neuen Mediatoren konnten auf den positiven und negativen armenisch-türkischen Erfahrungen seit 1991 und auf neue, unparteiische, den Handlungsbedarf von türkischer Seite bekräftigende historische Forschungsimpulse aufbauen. Sie ließen Anfangs 2007 von einem Experten der spätosmanisch-armenischen Geschichte eine interne Studie über Sinn und Machbarkeit einer historisch-wissenschaftlichen Kommission erstellen. Im Sommer 2007 trug der schweizerische Botschafter türkischen Vertretern einen entsprechenden Vorschlag vor und arrangierte einen methodologischen Vortrag des Historikers Jean-François Bergier, der sich als Leiter der Bergier-Kommission zum Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg international einen Namen gemacht hatte.

Im September, am Rande der UNO-Vollversammlung, lancierte Ambühl nach Absprache mit den Außenministern Armeniens und der Türkei die schweizerische Mediation mit dem Ziel, die türkisch-armenischen Beziehungen zu beleben.²⁰ 2008 und Anfangs 2009 wurden mehrere trilaterale Treffen meist in der Schweiz abgehalten, bei denen die schweizerische Delegation Schritt für Schritt das Protokoll erarbeitete und verfeinerte. Es wurde am 10. Oktober in der Aula der Universität Zürich im Beisein der Außenminister Armeniens, der Türkei, der Schweiz, Russlands, Frankreichs, der USA und des Generalsekretär des Rates der Europäischen Union unterzeichnet.

Die Schweiz eignete sich als Vermittlerin, weil sie beiden Seiten als vertrauenswürdig, machtpolitisch desinteressiert und historisch nicht vorbelastet erschien. Am schwierigsten ist es, das Vertrauen eines schwächeren, von einem Trauma geplagten Partners zu gewinnen. Daher war es ein Vorteil und auch für die türkische Seite kein Hinderungsgrund, dass das schweizerische Parlament den Genozid an den Armeniern anerkannt hatte und das schweizerische Antirassismogesetz Genozidleugnung unter Strafe stellt, was die armenische Diaspora, die kein Zehntel

der Einwanderer aus der Türkei in der Schweiz beträgt, vor Kränkungen schützt. Schweizerische Gerichte hatten 2005 gegen Yusuf Halaçoğlu, den damaligen Leiter des Türkischen Instituts für Geschichte, und 2006/07 gegen Doğu Perinçek, einen türkischen Politiker, nach einschlägigen Vorträgen in der Schweiz eine strafrechtliche Untersuchung angestrengt und Letzteren auch verurteilt.

Parallel zur Ausarbeitung des Protokolls halfen Treffen der Staatspräsidenten bei je einem Fussballmatch der beiden Nationalmannschaften in Eriwan und Bursa, einen Durchbruch vorzubereiten. Auch am Weltwirtschaftsforum in Davos, drei Monate nach der Unterzeichnung, trafen sich Gül und Sarkissian. Doch zeichnete sich bereits damals ab, dass der von den Protokollen vorgesehene Zeitplan nicht eingehalten würde. Bis heute haben die beiden Parlamente sie nicht ratifiziert.

Die plausibelste, durch mehrere öffentliche Aussagen sowohl vor als auch kurz nach der Unterzeichnung gestützte These ist diejenige, dass Ministerpräsident Erdoğan Rücksicht auf kurzfristig wahl-relevante Faktoren, darunter die „Bruderschaft“ mit Aserbaidschan und die Parteinahme im Karabachkonflikt höher gewichtete als den Gang in das durch die Protokolle verheißene armenisch-türkische Neuland. Im Widerspruch zu den Zürcher Protokollen, die diese Verbindung durchdachterweise ausklammern, hat er kurz nach Unterzeichnung der Protokolle Fortschritte im Sinne der Protokolle von Fortschritten bei der Regelung des Konflikts um Nagorni-Karabach abhängig gemacht – und damit den Prozess blockiert. Die Beschwörung türkisch-aserbaidschanischer Blutsbruderschaft weckte ungute ethno-religiöse, anti-armenische Geister. Sie verträgt sich ebenso wenig mit türkisch-armenischer Versöhnung wie Geschichtsmythen. Die AKP hat zwar Kemalismus-Kritik ermöglicht und im eigenen Interesse erfolgreich betrieben, das nationale Selbstverständnis jedoch nicht von den Schatten der ersten Gründungsphase des türkischen Nationalheims in den Jahren 1913-1918 unter der inneren Ägide Talat Paschas emanzipiert. Sie hat den kemalistischen gewissermaßen durch einen „neo-osmanisch“ muslimischen Nationalismus ersetzt.²¹ Allerdings ist auch die AKP trotz ihrer Parteidisziplin keineswegs monolithisch.

FAZIT

Ein scheinbar längst vergangenes, im 20. Jahrhundert lange erfolgreich verdrängtes, spätosmanisches Kapitel beeinflusst im frühen 21. Jahrhundert maßgeblich die Außenpolitik der Republik Türkei. Zwar nimmt deren „neue Außenpolitik“ explizit Fäden aus osmanischer Zeit auf. Doch war sie bisher kaum willig, ihre Kritik der frührepublikanisch-kemalistischen und Aufwertung der vorrepublikanischen Vergangenheit mit einer historischen Selbstkritik zu verbinden, die der Sache angemessen ist. Daher hat sie die Frage nach der historischen Verantwortung noch nicht zugelassen (und, implizit, die eigene Verantwortungsfähigkeit nicht bejaht). Weiterhin blenden nationalistische Prämissen die Opferperspektive weitgehend aus. Lässt sie deren Artikulation freimütig zu, ohne sie gegen andere Interessen aufzurechnen, und öffnet sie die Barrieren hin zu Armenien im übertragenen und konkreten Sinn, wird sie bei ihrer schwierigsten Herausforderung Erfolg haben.

Allerdings kann die Vorgehensweise der Bergier-Kommission nur beschränkt ein Modell sein für die in den Zürcher Protokollen skizzierte Historikerkommission. Auch die Bergier-Kommission musste den Konflikt zwischen nationalpatriotischem, mit individuellen und kollektiven Erinnerungen besetztem Geschichtsverständnis und schmerzlichen Wahrheiten (primär über den Umgang mit Flüchtlingen) in der Schweiz des Zweiten Weltkriegs in Kauf nehmen. Sie musste Letztere benennen, beschreiben, wo möglich quantifizieren und adäquat kontextualisieren. Doch tat sie dies im Rahmen einer in ihren Grundzügen international bereits etablierten Meistererzählung (master narrative) über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Ein überzeugender master narrative über die „Urkatastrophe der osmanischen Welt“ in den 1910er-Jahren, den Kontext des Armeniengenozids, ist noch nicht etabliert, wenn auch die nötigen Elemente dafür vorhanden sind. Insofern hat eine Historikerkommission gemäß Zürcher Protokoll umfassender und pionierhafter zu arbeiten. Erfreulicherweise ruht, wie jüngste Erfahrungen unter anderem in der WATS zeigen, die einschlägige historisch kritische Forschung zunehmend auch auf den Schultern einer jüngeren Generation in oder aus

der Türkei, die namentlich die Erschließung osmanischer Quellen vorantreibt.

Auch wenn mit Blick auf die letzten Jahre auf politischer Ebene Skepsis angebracht ist, bleiben viele Perspektiven offen. Die Beziehungen im nahöstlichen Umfeld sind vielschichtig und dynamisch bis volatil. Aserbaidschan hat die Türkei kürzlich damit brüskiert, dass es ohne Rücksicht auf Empfindlichkeiten des „größeren Bruders“ mit Israel Interessenpolitik betrieb.²² Mit umgekehrten Vorzeichen könnte die Türkei noch vor 2015 die Chance packen und – Nibelungentreue, Geschichtsmymen und Energiemilliarden hin oder her – der historisch und international zentralen Bedeutung einer reparierten Beziehung mit Armenien die Priorität einräumen, die ihr gebührt. İshak Alaton ist einer der prominentesten jüdisch-türkischen Geschäftsleute und der Gründer der Türkischen Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien (TESEV) sowie der Open Society Foundation (Açık Toplum Vakfı). Er steht für eine zwar schmale, aber starke Gruppe von Geschäftsleuten und Intellektuellen vor allem in Istanbul, die sich für ein Umdenken einsetzen. Wie Volkan Vural hat er kürzlich Gesellschaft und Regierung dazu aufgefordert, öffentliche Entschuldigungen für den Armeniemord noch vor 2015 in die Wege zu leiten.²³ In Diyarbakir hat dies die kurdische Stadtregierung bereits vorbehaltlos getan.²⁴

|| PROF. DR. PHIL. HANS-LUKAS KIESER

Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit mit besonderer Berücksichtigung der osmanischen und postosmanischen Welt an der Universität Zürich; Präsident der Stiftung Forschungsstelle Schweiz-Türkei

ANMERKUNGEN

- 1 So what questions should we be asking today?, in: *Der Völkermord an den Armeniern, die Türkei und Europa*, Zürich 2006, S. 37–41, und *The past as a prison, the past as a different future*, in: *Turkish Policy Quarterly* 4/2005, http://www.armenews.com/IMG/pdf/GerardJ_Libaridian.pdf, keine Seitennummerierung, Stand: 1.6.2012.
- 2 Oran, Baskın: A proactive policy with many hunches on the back, in: *Another empire? A decade of Turkish Foreign policy under the Justice and Development Party*, hrsg. von Kerem Öktem, Ayşe Kadioğlu und Mehmet Karlı, Istanbul 2012, S. XXII.
- 3 Bali, Rifat: *Model Citizens of the State: The Jews of Turkey during the Multi-Party Period*, Madison 2012; Bengio, Ofra: *The Turkish-Israeli relationship. Changing ties of Middle Eastern outsiders*, New York 2010, S. 198 f.; Novick, Peter: *The Holocaust in American Life*, Boston 1999, S. 192 f.; Linenthal, Edward T.: *Preserving Memory. The Struggle to Create America's Holocaust Museum*, New York 1995, S. 263.
- 4 Nachricht vom 24.8.2012 auf der Internetseite des Genozidmuseums, <http://www.genocide-museum.am>, Stand: 15.9.2012.
- 5 Verheij, Jelle: Die armenischen Massaker von 1894-1896. Anatomie und Hintergründe einer Krise, in: *Die armenische Frage und die Schweiz (1896-1923)*, hrsg. von Hans-Lukas Kieser, Zürich 1999, S. 69-129.
- 6 Kieser, Hans-Lukas: Germany and the Armenian genocide of 1915–17, in: *The Routledge History of the Holocaust*, hrsg. von Jonathan C. Friedman, New York 2011, S. 30-44.
- 7 An den Reichskanzler Bethmann Hollweg; *Der Völkermord an den Armeniern 1915/16. Dokumente aus dem Politischen Archiv des deutschen Auswärtigen Amts*, hrsg. von Wolfgang Gust, Springe 2005, S. 185.
- 8 Gerlach, Christian: Nationsbildung im Krieg: Wirtschaftliche Faktoren bei der Vernichtung der Armenier und beim Mord an den ungarischen Juden, in: *Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah*, hrsg. von Hans-Lukas Kieser und Dominik J. Schaller, Zürich 2003, S. 347-422.
- 9 Neuwirth, Marc: *Diskussion des Völkermordes an den Armeniern in der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf die Beziehungen EU-Türkei im Zeitraum 1999-2007*, Lizentiatsarbeit der Universität Zürich, 2008, S. 49-55; Marc Neuwirth vertieft dieselbe Thematik in einer Dissertation.
- 10 Schaeffgen, Annette: *Schwieriges Erinnern: Der Völkermord an den Armeniern*, Berlin 2006, S. 122–138.
- 11 Davutoğlu, Ahmet: Turkey's zero-problems foreign policy, in: *Foreign Policy*, 20.5.2010, www.foreignpolicy.com/articles/2010/05/20/turkeys_zero_problems_foreign_policy?page=full, Stand: 5.6.2012.
- 12 Phillips, David L.: *The Turkey-Armenia Protocols*, Columbia University 2012, S. 15 f.
- 13 Mitglieder des WATS haben unter eigenem Namen wichtige Forschungen publiziert; vom WATS selbst stammt der Sammelband *A question of genocide: Armenians and Turks at the end of the Ottoman Empire*, hrsg. von Ronald G. Suny, Fatma M. Göçek und Norman Naimark, New York 2011.
- 14 Tageszeitung Sabah, 12.1.2007.
- 15 Tageszeitung Taraf, 8.9.2008, Interview mit Neşe Düzel.
- 16 Goltz, Gabriel: Das Jahr 2005: ein Meilenstein in der Debatte in der Türkei über das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich 1915/16, in: *Der Völkermord an den Armeniern, die Türkei und Europa*, hrsg. von Hans-Lukas Kieser und Elmar Plozza, Zürich 2005, S. 21-35.
- 17 Phillips: *The Turkey-Armenia Protocols*, S. 96.
- 18 Kieser, Hans-Lukas: Dersim Massacre, 1937-1938, in: *Online Encyclopedia of Mass Violence*, [online], published on 27.7.2011, www.massviolence.org/Dersim-Massacre-1937-1938.
- 19 Für einen Scan des englischen Originals, www.mfa.gov.tr/data/DISPOLITIKA/turkiye-ermenistan-ingilizce.pdf, Stand: 2.6.2012.
- 20 Vgl. die Aussagen von Ambühls, Michael in: *The Turkey-Armenia Protocols*, zit. von Phillips, David L., Columbia University 2012, S. 27-31.
- 21 Ausführungen dazu in: *Turkey beyond nationalism*, hrsg. von Hans-Lukas Kieser, London 2012, vii–xvii.
- 22 Azerbaijan granted Israel access to air bases on Iran border, Haaretz, 23.3.2012.
- 23 Interview mit Barçın İnanç, Hurriyet Daily News, 28.1.2012.
- 24 So im Rahmen des Workshop „The Social and Economic History of Diyarbakır and the Region“ vom 11.-13.11.2011 im Diyarbakır Sümerpark Conference Center.

TÜRKISCHE AUßENPOLITIK IN ZENTRALASIEN

MAX GEORG MEIER || In den frühen 90er-Jahren sah die türkische politische Führung die Auflösung der Sowjetunion als eine historische Gelegenheit, den Einfluss der Türkei über die turksprachigen Länder Zentralasiens, mit denen das Land durch gemeinsame Geschichte, Kultur, Sprache und Traditionen verbunden ist, auszudehnen. Während der Westen diese Anstrengungen unterstützte und die Türkei als Modell eines demokratisch säkularen Staates mit großenteils moslemischer Bevölkerung anpries, stand Russland der neuen türkischen Außenpolitik eher skeptisch gegenüber und lehnte ein stärkeres Engagement der Türkei in ihrem „Hinterhof“ ab. Mitte der 90er-Jahre wurde jedoch schnell klar, dass die Türkei ihre angedachte Rolle in Zentralasien nur bedingt würde realisieren können. Der Grund dafür lag zunächst in einigen schweren diplomatischen Fehlern, vor allem im Verhältnis zu Usbekistan. Auch benötigte das Land einen Großteil seiner politischen Energie für heimische Probleme (Zypernkonflikt, Kurdenproblem, ...) und seine von „Hassliebe“ geprägte Beziehung zu Europa. Heute haben die jungen unabhängigen Staaten Zentralasiens ihren eigenen Weg mehr oder weniger gefunden, wobei sie nach 70 Jahren Sowjetunion von niemandem mehr bevormundet werden möchten. Die Türkei hat neuerdings dieser Situation Rechnung getragen und bemüht sich um einen neuen außenpolitischen Ansatz, der zwar immer noch die gemeinsamen historischen Wurzeln betont, aber jetzt doch mehr als zuvor gemeinsame wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellt.

DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG VON ZENTRALASIEN FÜR DIE TÜRKEI

Abbildung 1:

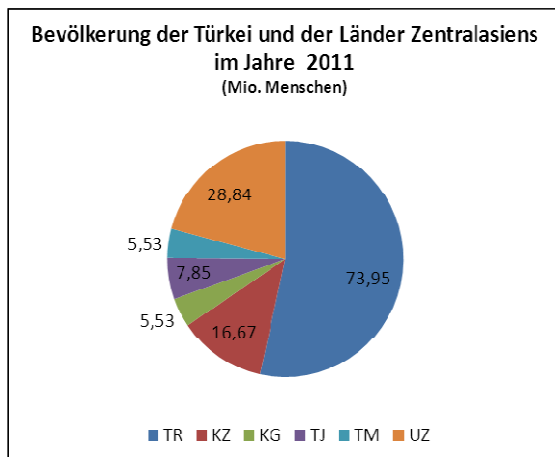


http://www.santarosa.edu/art-gallery/images/tent_map.jpg

Die Geschichte der heutigen Türkei beginnt eigentlich mit dem 11. Jahrhundert, als turksprachige Stämme in Kleinasien eindrangen.¹ Diese waren ein Ableger der Oghusen, die von der Mongolei bis zur Wolga die asiatischen Steppen bewohnten. Die heutige Türkische Republik geht auf Sultan Osman zurück, dessen Urahnen aus Zentralasien stammten und dessen Nachfolger das Osmanische Reich auf den Ruinen des seldschukischen Imperiums gründeten. Nach Angaben türkischer Wissenschaftler wird die Gesamtbevölkerung der „türkischen Welt“ heute auf mehr als 200 Mio. Menschen geschätzt. Eingeschlossen in diese Kalkulation sind die Bewohner der heutigen Türkei, die Turkvölker Zentralasiens, die Turkvölker Russlands, Afghanistans, Iraks, Irans, Syriens und die muslimischen Türken auf der Balkanhalbinsel. Weiterhin sollte beachtet werden, dass die Gesamtbevölkerung der Türkei und der zentralasiatischen Staaten im Jahre 2011

etwa 140 Mio. Menschen betrug und diese Länder ein Territorium von 4,78 Mio. km² einnahmen. Der überwiegende Teil der turksprachigen Völker liegt im eurasischen Gürtel vom Balkan bis nach Chinesisch-Turkestan. Die Türkei mit einem eigenen Territorium von 780.000 km² liegt in Anatolien, das die türkischen Nationalisten für das „Herz der türkischen Welt“ halten. Hier sollte sich nach deren Meinung auch die Vereinigung der gesamten türkischen Welt vollziehen.

Abbildung 2:
International Monetary Fund: World Economic Outlook Database 2012, Table: Population 2011, Turkey and Central Asian countries, Washington D.C.

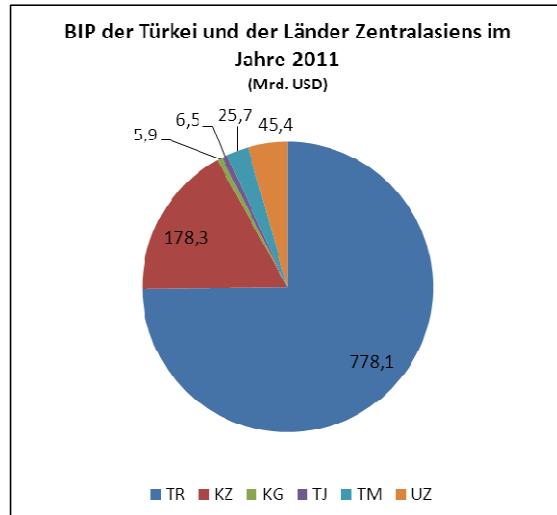


Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die Türkei einer der ersten Staaten, der die Unabhängigkeit der turksprachigen ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien anerkannte.

In den Jahren 1991 bis 1992 nahm die Türkei als einer der ersten Staaten offizielle diplomatische Beziehungen mit den neuen unabhängigen zentralasiatischen Republiken auf und eröffnete dort offizielle diplomatische Vertretungen.

Parameter der türkischen Außenpolitik gegenüber den Ländern Zentralasiens waren von Beginn an die Entwicklung demokratischer Werte bei Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität sowie die aktive Kooperation mit den Ländern der Region im Rahmen ihrer Integration in die Weltgemeinschaft.

Abbildung 3:
International Monetary Fund: World Economic Outlook Database 2012, Table: Gross domestic product, current prices 2011, Turkey and Central Asian countries, Washington D.C.



Im Oktober 1992 wurde unter der Schirmherrschaft der Türkei in Ankara der türkische Council als Interessenverband der Turkstaaten gegründet. Während desselben Treffens erklärte der damalige türkische Präsident Turgut Özal, dass die Türkei ein „kulturelles Zentrum und ein ständiger Magnet“ für die neuen unabhängigen Staaten in Zentralasien sei. In den ersten Jahren nach ihrer Unabhängigkeit kommunizierten die zentralasiatischen Länder mit dem Rest der Welt durch die Türkei. Die politische Führung der neuen Staaten betrachtete Ankara als einen Vermittler, der dank langjähriger Beziehungen mit Brüssel und Washington in der Lage war, ihnen dabei zu helfen, sich möglichst schnell in das globale politische und wirtschaftliche System zu integrieren. Auch bei der Aufnahme in regionale wirtschaftliche und politische Organisationen wie OSZE, OECD, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation und Islamische Konferenz war die Türkei der „Türöffner“. Die Türkei spielte eine wichtige Rolle beim Beitritt der zentralasiatischen Republiken in das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“. Ankara trug auch dazu bei, dass die zentralasiatischen Staaten Mitglieder bei den internationalen Finanzorganisationen wurden (Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank).

Tabelle 1: International Monetary Fund: World Economic Outlook Database 2012, Turkey and Central Asian Countries, Washington D.C.

Einzelne Indikatoren für die Türkei und die Länder Zentralasiens (Jahr 2011)							
	Einheit	TR	KZ	KG	TJ	TM	UZ
Zuwachs des BIP in Prozent	%	8,5	7,5	5,7	7,4	14,7	8,3
BIP in laufenden Preisen	Mrd. USD	778,1	178,3	5,9	6,5	25,7	45,4
BIP pro Kopf nach Kaufkraftparität	USD	14.517	13.001	2.372	2.067	7.846	3.302
Import von Erdöl	Mrd. USD	54,1	2,9	0,7	0,4	0,0	0,0
Export von Erdöl	Mrd. USD	4,5	55,1	0,0	0,0	14,8	0,0
Bevölkerungszahl	Mio.	74,0	16,7	5,5	7,8	5,5	28,8
Fläche	1.000 km ²	780	2.725	199	143	491	448

Abkürzungen: TR = Türkei, KZ = Kasachstan, KG = Kirgisistan, TJ = Tadschikistan, TM = Turkmenistan, UZ = Usbekistan

Die Türkei versuchte anschließend, das „Gipfeltreffen der Staatspräsidenten der türkisch sprechenden Länder“ zu etablieren. Zwischenstaatliche Differenzen verhinderten jedoch die geplante jährliche Abfolge der Treffen. Es sollte auch angemerkt werden, dass die jungen zentralasiatischen Staaten mit der Zeit aufhörten, bei Beziehungen mit den westlichen Staaten auf die Vermittlung der Türkei zurückzugreifen. Heute führen sie ihre Außenpolitik selbständig mit eigenen Ressourcen und vor allem eigenem Personal weiter.

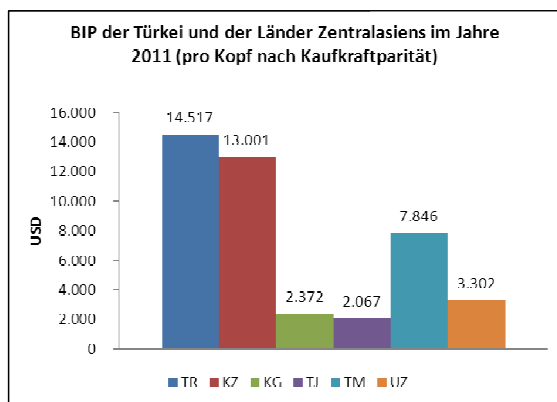
Eine der Hauptideen aus der Türkei für die Region (vor allem in den 90er-Jahren) war die Bildung des „Großen Turan“² unter der Schirmherrschaft von Ankara. Demnach sollten alle turksprachigen Völker in einem geopolitischen Raum vereinigt werden. Dieser Vorschlag fand jedoch unter den Ländern Zentralasiens keine Zustimmung, stieß vielmehr auf Widerstand. Nachdem dann auch die Türkei im Zeitraum 1990 bis 2000 mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und innenpolitischen Problemen zu kämpfen hatte, war diese Strategie zum Scheitern verurteilt. Die Idee des Aufbaus einer türkischsprachigen regionalen Organisation war damit zunächst einmal untergraben. Als die Türkei anschließend ab dem Jahre 2000 wieder ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum er-

zielen konnte, griff sie die Idee, mit den turksprachigen Nachbarstaaten einen politischen Bund zu gründen, neu auf.

Seit 1992 hatte es auf Initiative der Türkei in unregelmäßigen Abständen den „Gipfel der türkisch sprechenden Länder“ gegeben, um vor allem sprachliche und kulturelle Projekte in Angriff zu nehmen. Im Rahmen des zehnten Gipfeltreffens, das im September 2010 in Istanbul stattfand, kam dann jedoch die entscheidende Wende. Zuvor gab es de facto keinerlei feste Strukturen für das Zusammenwirken der turksprachigen Staaten. Jetzt wurde offiziell ein Abkommen über die Bildung eines „Kooperationsrats turksprachiger Staaten“ ratifiziert (unter Beteiligung von Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan und der Türkei)³ und dessen leitende Organe (Rat der Staatsoberhäupter, Rat der Außenminister und Ältestenrat) eingesetzt. Auch die Gründung eines Rates für wirtschaftliche Fragen wurde beschlossen. Das Generalsekretariat des Rates befindet sich in Istanbul und hat seine Arbeit im November 2010 aufgenommen. So bekam die Idee der Integration der Turkstaaten zum ersten Mal nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die notwendige Institutionalisierung für ihre praktische Umsetzung. Die Rolle des Kooperationsrats wurde im Jahre 2011 wäh-

rend des ersten Gipfeltreffens in Astana / Kasachstan noch einmal gestärkt, als die Staatsoberhäupter der turksprachigen Länder wichtige Entscheidungen zum Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen (besonders im wirtschaftlichen Bereich) treffen konnten.

Abbildung 4:
International Monetary Fund: World Economic Outlook Database 2012, Table: Gross domestic product, based on purchasing-power-parity (PPP) per capita GDP 2011, Turkey and Central Asian countries, Washington D.C.

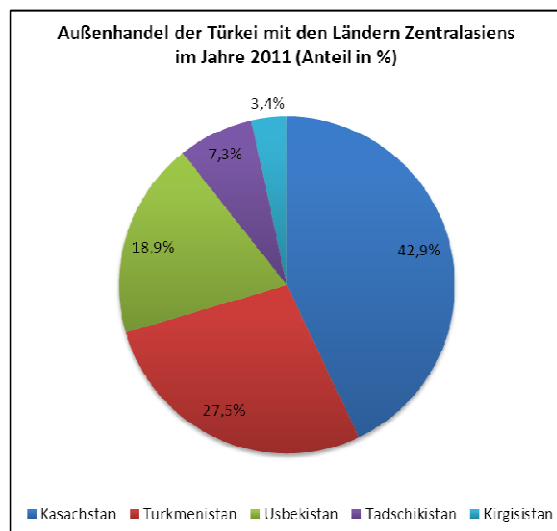


Die Türkei misst ihren turksprachigen „Bruderländern“ große Bedeutung zu. Nichtsdestotrotz haben sich in den letzten Jahren die Beziehungen zu einigen dieser Länder verschlechtert, was oft daraus resultierte, dass die Türkei die naive und falsche Überzeugung an den Tag legte, dass die bilateralen Beziehungen alleine wegen der gemeinsamen historischen Wurzeln und enger wirtschaftlicher Verflechtungen problemlos sein müssten. Die Türkei versucht jedoch heutzutage, ihre diesbezügliche Politik zu korrigieren und ihren Führungsanspruch mit konkreten Kooperationsprojekten zu unterlegen.

So wurde im wirtschaftlichen Bereich für die Türkei eine der Prioritäten der Ausbau der regionalen Verkehrsinfrastruktur (von der Türkei bis nach Zentralasien). Mittelfristig ist hierbei geplant, mehrere Energie- und Transportwege aus Zentralasien zu den wichtigen türkischen Häfen zu schaffen und dadurch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der Region zu stärken. Dabei legt die Türkei besonderes Augen-

merk auf Projekte im Bereich des Abbaus, der Verarbeitung und des Transports von Energieträgern wie Erdöl und Erdgas. Die Türkei ist ein aktives Mitglied des Konsortiums der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, dem sich 2006 auch Kasachstan angeschlossen hat. Darüber hinaus vereinbarten Kasachstan und die Türkei, am Schwarzen Meer eine Erdölraffinerie zu bauen, die mit kasachischem Erdöl arbeiten soll. Dieses würde von Noworossijsk in die Türkei transportiert und dort schließlich als bearbeitetes Produkt weiterverkauft. Die Türkei zeigt bereits seit langem auch großes Interesse an der Schaffung einer transkaspischen Pipeline. Trotz gültiger zwischenstaatlicher Vereinbarungen und der Schaffung eines entsprechenden Konsortiums zum Bau und Betrieb der „Transkaspischen Gaspipeline“ existierte dieses Projekt zunächst jedoch nur auf dem Papier. Im Jahre 2006 wurde es modifiziert und ist nun als „Tengiz-Turkmenbaschi-Baku-Tiflis-Erzurum-Gaspipeline“ bekannt. Aber leider gibt es bis heute Probleme bei der Durchsetzung des Projekts, ja seine endgültige Umsetzung ist fraglich.

Abbildung 5:
Turkish Statistical Institute: Foreign Trade Statistics Database 2012, Table: Foreign Trade of Turkey with Central Asian countries, Ankara, Turkey



Für die Türkei ist auch der Ausbau der Eisenbahntransportinfrastruktur von großer Bedeutung. So schlug der türkische Ministerpräsident Erdoğan

im April 2012 bei seinem offiziellen Besuch in China während eines Treffens mit chinesischen Geschäftsleuten die Schaffung einer „Eisenbahnseidenstraße“ vor, womit die Türkei und China verbunden wären. Die Vorschläge von Erdoğan gehen jedoch noch weiter und sehen die Schaffung eines umfangreichen Netzwerks von Handels- und Transitbeziehungen zwischen Süd- bzw. Zentralasien und Europa vor. Insgesamt ist das angedachte Projekt offen für 28 Länder, darunter auch die zentralasiatischen. Die Gesamtlänge der neuen Verkehrsadern soll 81.000 Kilometer erreichen.

In der türkischen Außenpolitik gegenüber den Turkstaaten spielen humanitäre und kulturelle Aspekte traditionell eine wichtige Rolle. Im Juli 1993 wurde deshalb auf Betreiben der Kultusminister von Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisistan und der Türkei die internationale „Organisation für die gemeinsame Entwicklung der türkischen Kultur und Kunst“ (TÜRKSÖY) gegründet. Diese versteht sich als eine UNESCO der Region und widmet sich der Erforschung der gemeinsamen Geschichte, Kultur, Sprache und Traditionen. Ein wichtiges Ziel hierbei ist auch die Einführung einer gemeinsamen Sprache. Die Türkei schlägt hierfür Türkisch vor, weil das Land demographisch und wirtschaftlich das größte unter den Turkvölkern als

Staatsvolk hat. Mit der Idee einer gemeinsamen Sprache ist die Idee der gemeinsamen Nutzung von lateinischen Buchstaben eng verbunden. Unter den turksprachigen Ländern nutzen heute Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan lateinische Buchstaben, während Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisistan weiterhin die aus der Sowjetunion verbliebene kyrillische Schrift bevorzugen.

Im Bereich der Ausbildung hat die Türkei seit dem Jahre 1992 einige tausend Studenten aus zentralasiatischen Ländern aufgenommen und diesen in den meisten Fällen ein kostenloses Hochschulstudium ermöglicht. Viele von ihnen haben mittlerweile ihr Studium beendet und sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Parallel begann auch eine große Zahl von türkischen Studenten, in Zentralasien eine Hochschule zu besuchen. Der Beginn der 90er-Jahre war dann auch der Startschuss für den Aufbau von türkischen Bildungseinrichtungen (Primar- und Sekundarschulen sowie Hochschulen) in Zentralasien. Bis zum Jahre 2000 waren in Kasachstan 28, in Usbekistan 18, in Turkmenistan 18 und in Tadschikistan 6 türkische Primar- und Sekundarschulen aktiv geworden. Auch ein Netzwerk türkischer Hochschulen wurde in Zentralasien aufgebaut: Vor allem die beiden türkischen Hochschulen in Kasachstan und Kirgisistan genießen heute großes Ansehen.

Tabelle 2: Turkish Statistical Institute: Foreign Trade Statistics Database 2012, Table: Foreign Trade of Turkey with Central Asian countries, Ankara, Turkey

Außenhandelsumsatz der Türkei mit den Ländern Zentralasiens (Mio. USD)			
	Handelsumsatz	Export	Import
1992	145,82	83,90	61,92
1997	939,87	595,33	344,54
2002	842,69	398,83	443,86
2007	4.427,86	1.944,91	2.482,95
2008	5.285,38	2.258,43	3.026,95
2009	3.964,21	2.125,40	1.838,81
2010	5.469,32	2.514,48	2.954,83
2011	6.852,88	3.148,76	3.704,12

Für die türkischen Schulen in ganz Zentralasien besteht bei Studierenden und Eltern große Nachfrage. Verantwortlich dafür sind die hohe Qualität ihrer Lehrer, die gute allgemeine Organisation und die praktizierte Lehrdisziplin. Bei vielen nationalen und regionalen Bildungswettbewerben schneiden die Schüler aus türkischen Schulen sehr erfolgreich ab. Ihre Leistungen beim Erlernen von Fremdsprachen sind überdurchschnittlich, und sie erhalten deshalb oft Stipendien für ein Studium an westlichen Hochschulen. Die Eltern tun in der Regel alles, um ihre Kinder an türkischen Schulen studieren zu lassen. Sie hoffen darauf, dass diese hier eine bessere Ausbildung erhalten können als es an regulären nationalen Schulen der Fall wäre. Doch stehen die türkischen Schulen heutzutage auch unter strenger Beobachtung von Seiten der nationalen Regierungen und der Medien. Es wurden nämlich Vorwürfe erhoben, dass türkische Schulen heutzutage nicht nur das Ziel einer regulären Ausbildung verfolgen, sondern ihre Tätigkeit mittler-

weile mehr auf die Verbreitung von türkischem Nationalismus und strengem Islam ausgerichtet ist.

Trotz verschiedener Probleme im politischen Bereich haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und den zentralasiatischen Ländern seit deren Unabhängigkeit Anfang der 90er-Jahre sehr dynamisch entwickelt. Nach offiziellen Angaben des Türkischen Statistischen Instituts belief sich das Außenhandelsvolumen der Türkei mit den zentralasiatischen Ländern im Jahre 2011 auf 6,85 Mrd. USD. Die türkischen Direktinvestitionen in Zentralasien betragen Ende 2010 4,7 Mrd. USD. Das Auftragsvolumen von türkischen Unternehmen in Zentralasien von 1990 bis zum Jahre 2010 wird auf etwa 30 Mrd. USD geschätzt. Alle größeren angesehenen türkischen Unternehmen (oft in einem Joint Venture mit einheimischen Firmen) agieren in der Region. Im Jahre 2011 stieg das jährliche Bruttoinlandsprodukt in der Türkei und in den zentralasiatischen Ländern um durchschnittlich 8,7 %.

WECHSELSEITIGE BEZIEHUNGEN DER TÜRKEI MIT DEN LÄNDERN ZENTRALASIENS

Abbildung 6: Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan (im Uhrzeigersinn)



Türkei und Kasachstan

Tabelle 3: Turkish Statistical Institute: Foreign Trade Statistics Database 2012, Table: Foreign Trade of Turkey with Kazakhstan, Ankara, Turkey

Außenhandelsumsatz der Türkei mit Kasachstan			
	Handelsumsatz	Export	Import
1992	29,89	19,38	10,51
1997	375,86	210,58	165,29
2002	364,00	160,15	203,85
2007	2.363,94	1.079,89	1.284,05
2008	2.751,70	890,57	1.861,13
2009	1.592,87	633,42	959,45
2010	2.211,43	818,90	1.392,53
2011	2.943,01	947,90	1.995,11

Kasachstan ist für die Türkei in Zentralasien der wichtigste Partner. 2009 wurde zwischen den beiden Ländern ein umfassendes Abkommen über strategische Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Ländern erreichte im Jahre 2011 3 Mrd. USD (43 % des gesamten Umsatzes mit den Ländern der Region). Dabei betrug der türkische Export nach Kasachstan 950 Mio. USD (30 % des gesamten Exports nach Zentralasien) und der Import lag bei etwa 2 Mrd. USD (54 % des gesamten Imports aus Zentralasien). Die Gesamtsumme türkischer Direktinvestitionen in Kasachstan beträgt 2 Mrd. USD (1992-2012). Im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre haben türkische Unternehmen 370 Projekte in Höhe von 14,5 Mrd. USD als Auftragsarbeit erfolgreich abgeschlossen.

Es existieren heute etwa 400 türkisch-kasachische Joint Ventures. 130 Unternehmen agieren zu 100 % mit türkischem Kapital. Während des kasachisch-türkischen Forums in der Hauptstadt Astana, das im Mai 2012 stattfand, erklärte der türkische Ministerpräsident Erdoğan, dass die Türkei und Kasachstan beabsichtigen, den gemeinsamen Außenhandelsumsatz auf 10 Mrd. USD zu erhöhen. Ihm zufolge planen türkische Unternehmen in den Sektoren Erdöl, Kommunikation, Textil und Nahrungsmittel in Kasachstan zu investieren.

Im Jahre 2010 waren in Kasachstan 28 türkisch-kasachische Primar- und Sekundarschulen tätig, wobei die Zahl der Schüler etwa bei 10.000 lag. In Kasachstan wurden zwei türkisch-kasachische Universitäten gegründet: Die Erstere trägt den Namen des ehemaligen türkischen Präsidenten Süleyman Demirel. Die Zweite ist unter dem Namen Hodscha Achmad Yasawi⁴ bekannt, wobei es sich hier um die größte Hochschule Zentralasiens handelt. Im Rahmen der gültigen Verträge wurde seit 1992 etwa 3.000 kasachischen Studenten ein kostenloses Studium in der Türkei ermöglicht. Angesichts des breiten Bildungssektors in Kasachstan finden die dortigen türkischen Bildungseinrichtungen keine so große Beachtung wie in den Nachbarrepubliken.

Politisch gesehen hält die Türkei Kasachstan für ein europäisches Land, da 10 % seines Territoriums Teil des europäischen Kontinents sind. Es gibt weltweit noch zwei weitere Länder mit einer derartigen geographischen Besonderheit: Russland und die Türkei selbst. Aus diesem Grund glaubt die türkische Seite, dass Kasachstan sich den europäischen politischen Institutionen und hierbei insbesondere dem Europäischen Rat anschließen sollte. Die Türkei sieht sich verpflichtet, Kasachstan im Rahmen dieses Prozesses ihre langjährige Erfahrung aus der Zusammenarbeit mit Europa zur Verfügung zu stellen.

Türkei und Turkmenistan

Tabelle 4: Turkish Statistical Institute: Foreign Trade Statistics Database 2012, Table: Foreign Trade of Turkey with Turkmenistan, Ankara, Turkey

Außenhandelsumsatz der Türkei mit Turkmenistan			
	Handelsumsatz	Export	Import
1992	28,68	7,50	21,18
1997	191,08	117,53	73,55
2002	216,37	110,02	106,35
2007	736,71	339,99	396,72
2008	1.052,24	662,93	389,31
2009	1.273,21	945,66	327,56
2010	1.526,17	1.139,83	386,34
2011	1.886,13	1.493,41	392,71

Die Türkei ist der größte ausländische Handelspartner Turkmenistans. Im Jahre 2011 erreichte das Handelsvolumen zwischen der Türkei und Turkmenistan mehr als 1,8 Mrd. USD, was 27,5 % des gesamten Handelsvolumens zwischen der Türkei und Zentralasien ausmachte. Gleichzeitig stieg der türkische Export nach Turkmenistan auf mehr als 1,5 Mrd. USD (47,4 % der gesamten Ausfuhr nach Zentralasien). Der Import aus Turkmenistan betrug fast 400 Mio. USD (10,6 % der gesamten Einfuhr aus Zentralasien). Für Turkmenistan ist die Türkei mit 1,3 Mrd. USD einer der wichtigsten Investoren. Als Auftragsarbeit realisierten türkische Unternehmen in Turkmenistan rund 700 Projekte im Wert von 24 Mrd. USD. Im Lande sind etwa 600 türkische Unternehmen registriert. In der Diskussion ist auch, die Energieressourcen Turkmenistans über die Türkei den Weltmärkten zuzuführen.

Seit dem Jahre 1993 waren in Turkmenistan insgesamt 18 turkmenisch-türkische Primär- und Sekundärschulen eröffnet worden, in denen etwa 300 Lehrer aus der Türkei beschäftigt waren. An türkischen Universitäten waren mehr als zweitausend turkmenische Studenten ausgebildet worden. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 begannen die turkmenischen Behörden dann, die meisten turkmenisch-türkischen Schulen zu schließen. Der Grund hierfür war ernste Besorgnis auf turkmenischer Seite, dass die Türkei über den Bildungssektor verstärkt religiöse Ziele verfolgen würde und auch auf die Inhalte der Erziehung politischen Einfluss nehmen wollte. Nur solche turkmenisch-türkischen Schulen wurden als Einrichtung beibehalten, die eine anerkannt qualitativ hochstehende, ideologiefreie Ausbildung anbieten. Trotzdem gibt es bei den turkmenischen Behörden immer noch Bedenken, dass auch diese Schulen verdeckt die Ideologie des Turanismus / Pantürkismus⁵ fördern könnten.

Türkei und Usbekistan

Tabelle 5: Turkish Statistical Institute: Foreign Trade Statistics Database 2012, Table: Foreign Trade of Turkey with Uzbekistan, Ankara, Turkey

Außenhandelsumsatz der Türkei mit Usbekistan			
	Handelsumsatz	Export	Import
1992	75,51	54,49	21,02
1997	305,36	210,59	94,77
2002	169,08	93,74	75,34
2007	839,42	225,61	613,81
2008	917,94	337,13	580,81
2009	693,04	279,96	413,08
2010	1.144,04	282,67	861,37
2011	1.294,40	354,51	939,88

Ein weiteres wichtiges Land für den Außenhandel der Türkei mit Zentralasien ist Usbekistan, das im Jahre 2011 fast 20 % des Exports / Imports mit den Ländern der Region oder 1,3 Mrd. USD ausmachte. Dabei erreichten die türkischen Exporte in das Land mehr als 350 Mio. USD (11,3 % der Exporte nach Zentralasien), die Importe aus Usbekistan in die Türkei 940 Mio. USD (25,4 % der Importe aus Zentralasien). Türkische Unternehmen investierten in den letzten 20 Jahren in Usbekistan mehr als 1 Mrd. USD. Als Auftragsarbeit haben türkische Unternehmen in Usbekistan 88 Projekte im Gesamtwert von fast 2 Mrd. USD realisiert. Rund 700 türkische Unternehmen sind heutzutage in der usbekischen Wirtschaft tätig.

Ende der 90er-Jahre war die türkische Präsenz im usbekischen Bildungssektor am stärksten. Von 1992 bis 1999 wurden in diesem Land insgesamt 65 türkisch-usbekische Primar- und Sekundarschulen eröffnet, an denen 300 Lehrer aus der Türkei arbeiteten. Wie heute bekannt, wurden in diesen Schulen Fächer wie Naturwissenschaften und Fremdsprachen auf höchstem Niveau vermittelt. Aber auch die Auslegung des Koran und die praktische Lebensführung eines Moslems (Gebetszeiten, Kleidung ...) waren Teil des Lehrplans. Außerdem wurden in den 90er-Jahren mehr als

2.000 usbekische Studenten an türkischen Universitäten ausgebildet.

Doch im Jahre 1999 verschlechterten sich die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abrupt. Grund dafür war, dass die Türkei dem usbekischen Oppositionsführer Muhammad Salih den Aufenthalt in der Türkei erlaubte, obwohl dieser vom usbekischen Regime beschuldigt wurde, an der Organisation von Terroranschlägen, einem militanten Anschlag auf den usbekischen Präsidenten und der Vorbereitung eines Staatsstreichs beteiligt gewesen zu sein. Anschließend wurden die türkischen Bildungseinrichtungen geschlossen und deren Lehrer gemeinsam mit dem türkischen Kulturattaché des Landes verwiesen. Im Jahre 2011 begannen die usbekischen Behörden dann, Druck auch auf die türkischen Unternehmer in Usbekistan auszuüben. Als Folge davon mussten etwa 50 türkische Unternehmen ihre Tätigkeit einstellen. Zudem wurden deren Besitzer bzw. Geschäftsführer anschließend vor Gericht angeklagt. Zu Beginn des Jahres 2012 wurde die Ausstrahlung von türkischen Fernsehserien unterbunden, die türkischen Sprachschulen mussten schließen, und noch einmal wurde der Druck auf die ansässige türkische Unternehmerschaft verstärkt. Politische Beobachter glauben, dass usbekische Behörden einen zu starken wirt-

schaftlichen und kulturellen Einfluss der Türkei im Lande befürchteten, vor allem weil die türkische Regierung derzeit von der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ gebildet wird, die für ihre pro-islamische und pantürkische Orientierung bekannt ist. Die usbekischen Behörden sehen in dem türkischen Einfluss eine islamistische Bedrohung für ihr Land und sind mittlerweile nur mehr bereit, auf internationaler Ebene mit der

Türkei zusammenzuarbeiten. Die Neugründung von türkischen Unternehmen und Schulen auf usbekischem Boden bleibt vorerst gestoppt.

Basierend auf der geostrategischen Lage von Usbekistan (mit bedeutenden natürlichen Ressourcen und der größten Bevölkerung Zentralasiens) betrachtet die Türkei dieses Land dennoch als einen „Schlüssel“ für die Schaffung von Frieden und Stabilität in der Region.

Türkei und Tadschikistan

Tabelle 6: Turkish Statistical Institute: Foreign Trade Statistics Database 2012, Table: Foreign Trade of Turkey with Tajikistan, Ankara, Turkey

Außenhandelsumsatz der Türkei mit Tadschikistan			
	Handelsumsatz	Export	Import
1992	8,47	0,71	7,76
1997	10,58	7,20	3,38
2002	51,61	10,92	40,70
2007	261,46	118,11	143,35
2008	324,18	176,45	147,73
2009	233,63	126,36	107,27
2010	427,58	143,89	283,69
2011	496,86	172,58	324,28

Trotz der Tatsache, dass Tadschikistan kein turksprachiges Land ist, entwickeln sich die bilateralen Beziehungen mit der Türkei in letzter Zeit positiv. Der Außenhandel zwischen beiden Ländern betrug im Jahre 2011 fast 500 Mio. USD, was mehr als 7 % des gesamten Exports / Imports mit der Region ausmacht. Die Exporte nach Tadschikistan im vergangenen Jahr erhöhten sich auf 173 Mio. USD (5,5 % der Exporte nach Zentralasien), während die Einfuhr aus Tadschikistan auf 324 Mio. USD anstieg (8,8 % der Importe aus Zentralasien). Als Auftragsarbeit setzten türkische Unternehmen in Tadschikistan 34 Projekte im Wert von 441 Mio. USD um.

Die Zahl der in Tadschikistan lebenden türkischen Bevölkerung ist im Vergleich zu den Nachbarrepubliken eher gering. Auch die aktiven sechs türkischen Primär- und Sekundärschulen sind weniger sichtbar. Dennoch gelten diese im Vergleich mit den regulären tadschikischen Bildungseinrichtungen als „elitär“ und werden bevorzugt von den Kindern wichtiger tadschikischer Politiker und Unternehmer besucht.

Türkei und Kirgisistan

Tabelle 7: Turkish Statistical Institute: Foreign Trade Statistics Database 2012, Table: Foreign Trade of Turkey with Kyrgyzstan, Ankara, Turkey

Außenhandelsumsatz der Türkei mit Kirgisistan			
	Handelsumsatz	Export	Import
1992	3,27	1,83	1,44
1997	56,99	49,43	7,56
2002	41,63	24,00	17,62
2007	226,33	181,31	45,02
2008	239,32	191,35	47,97
2009	171,45	140,00	31,45
2010	160,10	129,20	30,90
2011	232,49	180,36	52,12

Den niedrigsten Außenhandelsumsatz unter den Ländern Zentralasiens verzeichnet die Türkei mit Kirgisistan. Im Jahre 2011 lag dieser bei 233 Mio. USD, was nur 3,4 % des gesamten Handelsvolumens zwischen der Türkei und den Ländern der Region ausmacht. Die Exporte nach Kirgisistan betragen 180 Mio. USD (5,7 % der gesamten Ausfuhren nach Zentralasien) und die Importe aus Kirgisistan 52 Mio. USD (1,4 % der gesamten Einfuhren aus Zentralasien). Für den gesamten Zeitraum seit der Unabhängigkeit Kirgisistans werden die dortigen türkischen Investitionen auf 270 Mio. USD geschätzt. In Kirgisistan haben türkische Unternehmen als Auftragsarbeit 46 Investitionsprojekte im Wert von 585 Mio. USD realisiert.

Es gibt 21 kirgisisch-türkische Bildungseinrichtungen. In diesen werden etwa 8.400 Jungen und Mädchen unterrichtet. Bereits mehr als 8.000 Jugendliche haben die Schule / das Studium beendet. In Kirgisistan gibt es zwei türkische Universitäten: die kirgisisch-türkische Universität „Manas“ (benannt nach dem mythischen kirgisischen Helden) und die internationale Universität „Atatürk Ala-Too“ (Alo-Too ist ein Teil des Tien-Schan-Massivs auf kirgisischem Boden). Es sollte noch erwähnt werden, dass ein erheblicher Teil der Studenten dieser Universitäten Absolventen von

kirgisisch-türkischen Gymnasien sind. Von 1992 bis heute sind auch über 3.000 kirgisische Studenten in der Türkei ausgebildet worden.

AUSBLICK: WIE WIRD DIE TÜRKISCHE AUßENPOLITIK IN ZENTRALASIEN IN NAHER ZUKUNFT AUSSEHEN?

Politische Experten sind sich einig, dass die aktuelle Integrationspolitik von Ankara in Zentralasien immer noch mit der pantürkischen Idee sympathisiert. Es wird dazu angeführt, dass zu Beginn des letzten Jahrhunderts vom damaligen Führer der Türken, Kemal Atatürk, eine Doktrin dahingehend entwickelt worden war, dass alle turksprachigen Völker von der Türkei in einem gemeinsamen geopolitischen Raum, dem sogenannten „Großen Turan“, vereinigt werden sollten. Und wie es aussieht, bleibt diese Lehre ein wichtiger Bestandteil der Ideologie und des politischen Bewusstseins auch der heutigen politischen Elite in der Türkei. Die kulturelle, sprachliche und religiöse Einheit der Turkvölker scheint für sie immer noch ein wichtiges Ziel im Rahmen ihrer Zentralasienpolitik zu sein. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Entstehung neuer unabhängiger Staaten in Zentralasien zu Beginn der 90er-Jahre wurden in Ankara als eine äußerst

günstige Voraussetzung für die Umsetzung dieser Strategie angesehen. Die Ausrichtung auf Zentralasien wurde deshalb zu einer der Prioritäten der türkischen Außenpolitik. Ziel sollte es dabei sein, einen gemeinsamen Markt für Güter und Dienstleistungen zu schaffen, ein einheitliches regionales Energiesystem aufzubauen, Transportwege für die vorhandenen Energieressourcen zu bauen sowie eine gemeinsame Sprache einzuführen. Aber in diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die herrschenden zentralasiatischen Eliten nach ihrer nationalen Unabhängigkeit jeden Versuch einer neuen ideologischen Herrschaft von außen ablehnten. Diese Haltung wird wahrscheinlich auch in Zukunft beibehalten werden, auch wenn die Tatsache anerkannt ist, dass die Türkei und die Völker Zentralasiens gemeinsame historische Wurzeln haben.

Die Turkvölker haben das Potenzial, bei vielen internationalen Themen eine gemeinsame politische Linie zu verfolgen. Beispiele wären hier die Lage im Nahen Osten, in Berg-Karabach oder auch auf Zypern. Doch muss hier angemerkt werden, dass bislang eine nachhaltige politische Zusammenarbeit nur zwischen der Türkei und Aserbaidschan beobachtet werden kann. Allerdings erwarten Experten, dass die türkische Integrationspolitik in Zentralasien in Zukunft Wirkung zeigen wird. Sie erklären dies mit dem zunehmenden Engagement der Türkei und dem Wunsch der zentralasiatischen Länder, ein Gegengewicht zur politischen Vorherrschaft Russlands in der Region zu schaffen.

Zusätzlich zu den historischen, geistigen und kulturellen Beziehungen ist in den letzten Jahren der Faktor der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Vordergrund getreten. Die turksprachigen Staaten sind durch Energieprojekte mittlerweile eng miteinander verbunden, und die Sicherstellung der Energietransporte aus Kasachstan bzw. Turkmenistan über die Türkei weiter nach Westen ist zu einem gemeinsamen Interesse geworden. In diesem Zusammenhang verabschiedete der bereits erwähnte Kooperationsrat im Jahre 2011 in Almaty eine Erklärung, mit der die wachsende Bedeutung von Energieressourcen aus dem Kaspischen Raum für die Versorgung von Europa bestätigt wird. Weiter wurde in dem Dokument betont, dass die Baku-Tiflis-Ceyhan-Ölpipeline und die Baku-Tiflis-Erzurum-Gaspipeline nicht nur

zur weltweiten Energiesicherheit beigetragen, sondern auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region gefördert hätten. Diese Zeilen in der Almaty-Erklärung geben einen Hinweis darauf, dass vor allem der Export von zentralasiatischen Öl- und Gasressourcen nach Europa ein wichtiger Bestandteil der türkischen Integrationspolitik in der Region geworden ist. Für die kommenden Jahre hat der Kooperationsrat als Ziel ausgegeben, die wirtschaftliche Integration mit den turksprachigen Staaten zu vertiefen und den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften zu stärken.

Es wird jedoch nicht erwartet, dass die türkische Integrationspolitik in Zentralasien in naher Zukunft dieselbe Dynamik entwickeln kann wie die von Russland, Weißrussland und Kasachstan im Jahre 2010 eingegangene Zollunion.

Politische Analytiker merken auch an, dass das ehrgeizige Streben Ankaras in Zentralasien von Moskau skeptisch aufgenommen worden ist und zu bilateralen Spannungen geführt hat. Die türkische Integrationspolitik in Zentralasien wird als eine Bedrohung für die eigene beherrschende Stellung auf dem Markt des Transports von Energieressourcen angesehen. Auch sieht Russland seine Rolle als Integrator der ehemaligen Sowjetunion gefährdet. Moskaus Angst liegt auch darin begründet, dass in Russland selbst eine große Zahl von turksprachigen Völkern lebt. Diese genießen zwar meist einen autonomen Status, jedoch flammen immer wieder regionale Unabhängigkeitsbestrebungen auf.

|| DR. MAX GEORG MEIER

Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung
in Bischkek / Kirgisistan

ANMERKUNGEN

- 1 Die Turkvölker kamen aus dem östlichen Zentralasien nach Kleinasien. Das Siedlungsgebiet des ältesten unter dem Namen Türken bekannten Volkes befand sich auf einem Gebiet, das sich vom Altai-Gebirge bis zum Tianschan und vom Baikalsee im Norden bis zum Südrand des Tarim-Beckens erstreckte. Bereits in der ausgehenden Spätantike entstand ein erstes türkisches Reich, das der Göktürken, die ab der Mitte des 6. Jahrhunderts für etwa zwei Jahrhunderte eine bedeutende Rolle in der Geschichte Zentralasiens spielten. Hier nahmen später Migrationen ihren Anfang, die zur Gründung verschiedener Reiche, denen der Karachaniden, Seldschuken oder Osmanen, führten. Sie brachten ferner turksprachige Gruppen in den Mittleren Osten und nach Anatolien.
- 2 Unter dem Namen Turan kannten muslimische Geographen und Historiker vor allem bis zum 10. Jahrhundert eine unzugängliche Gebirgsregion im östlich-zentralen Belutschistan, die im Süden an Makran und im Osten an Sind grenzte. Möglicherweise leitet sich die Bezeichnung vom persischen Terminus tura(n) („feindliches, nichtiranisches Territorium“) her. Turan, dessen Hauptstadt Qusdar (das heutige Chuzdar) war, wird bei Istachri, Muqaddasi, Ibn Hauqal und in den Hudud al-alam beschrieben, und auch bei Yaqut findet die Region noch Erwähnung. Ihre Lage entspricht ungefähr der des neuzeitlichen Chanats von Kalat.
- 3 Usbekistan und Turkmenistan haben sich dem Kooperationsrat bisher nicht angeschlossen.
- 4 Sufi-Lehrer, † 1166, Mausoleum in der Stadt Türkistan.
- 5 Der Turanismus ist eine Ideologie, die einen gemeinsamen Ursprung der Türken, Ungarn, Finnen, Esten, Mongolen, Mandschuren und Jakuten annimmt. Die spekulative Urheimat dieser „Turanier“ oder „turani- den Rasse“ war Turan, eine mythische Landschaft in Zentralasien jenseits des Oxus (Amu-Darja). Gleichzeitig bezeichnet Turanismus das Bestreben, diese Völker zu einer geistigen und kulturellen Einheit zusammenzufassen. Der Turanismus trägt irredentistische Züge und gehört zu den sogenannten Pan-Bewegungen.

VERANTWORTLICH

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Bernd Rill

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen,
Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien
- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU

- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik

